

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit:

„Der spanische Bürgerkrieg aus der Sicht der heutigen
spanischen Gesellschaft:
Vergleich der Regierungsperiode
José Maria Aznar (1996-2004) mit der von José Luis
Rodríguez Zapatero (2004-2008)“

Verfasserin

Laura Lassar

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, Oktober 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt:
Studienrichtung lt. Studienblatt:
Betreuer:

A 300
Politikwissenschaft
Ao. Univ.-Prof. Dr. Otmar Höll

Vorwort

*„Einen Tag, ehe ich in die Miliz eintrat, sah ich in der Lenin-Kaserne in Barcelona einen italienischen Milizsoldaten, der vor dem Offizierstisch stand“.*¹ So beginnt die Reportage George Orwells, der 1936, als Freiwilliger, den Milizen beitrug und an der Seite der Republik die spanische Demokratie verteidigte. Dieser sehr bewegende und vor allem schockierende Bericht weckte mein Interesse für den Spanischen Bürgerkrieg, über den ich bis zu diesem Zeitpunkt – ich muss es zu meiner Schande gestehen- nicht sehr viel wusste. Die Faszination für diesen Abschnitt der Geschichte führte mich zu einem Austauschjahr in Spanien und schlussendlich zu dem Entschluss, meine Diplomarbeit diesem Thema zu widmen. Im Rahmen einer politikwissenschaftlichen Magisterarbeit wollte ich mich auf den aktuellen Umgang mit dem historischen Erbe konzentrieren.

Die Recherche und die Erstellung der Arbeit haben sich nicht immer als einfach erwiesen. Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit bei einigen meiner Mitmenschen bedanken, die mich im Laufe dieser Arbeit sehr unterstützt hatten. In erster Linie gebührt mein Dank Univ.-Doz. Dr. John Bunzl, der mir mit vielen wichtigen Impulsen und Ratschlägen immer wieder unter die Arme griff. Dr. Matti Bunzl verhalf mir mit wichtigen Anregungen die Fragestellung zu konkretisieren und den Forschungsansatz zu formulieren.

Zusätzlich möchte ich mich vor allem bei Ulises Lorente und Naomi Lassar bedanken, die mir beim Übersetzen und Korrigieren sehr hilfreich zur Seite standen.

Natürlich gilt mein Dank auch meinen Betreuer Univ.-Prof. Dr. Otmar Höll, der mich, durch neue Anregungen, auf andere Blickwinkel des Themas aufmerksam gemacht hatte.

Zuletzt möchte ich meiner Familie und meinen Freunden für ihre essentielle Unterstützung danken. Ohne deren Hilfe wäre die Erstellung der Arbeit sicher nicht möglich gewesen.

Wien, Oktober 2010

¹ Orwell, George(1938): Mein Katalonien, London, S, 7.

1 Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
1 Inhaltsverzeichnis	3
2 Einleitung.....	6
2.2 Methoden und Material	10
3 Zur Theorie der Erinnerung.....	12
3.1 Einleitung.....	12
3.2 Anfänge	12
3.3 Begriffsdefinitionen.....	13
4 Historischer Exkurs: Der Spanische Bürgerkrieg: Ursachen und Folgen	20
4.1 Die Hintergründe und Ursachen	20
4.2 Die 2. Republik: Vorgeschichte und Verlauf	22
4.3 Der Putsch vom Juli 1936 und der Ausbruch des Krieges	27
4.4 Militärischer Verlauf	28
4.4.1 Die erste Phase: Frühjahr 1936 bis Frühjahr 1937:.....	28
4.4.2 Zweite Phase: Frühjahr 1937 bis Frühjahr 1938:	30
4.4.3 Dritte Phase: Frühjahr 1937 bis Dezember 1938:	30
4.4.4 Vierte Phase: Dezember 1938 bis März 1939:.....	30
4.5 Charakteristika des Krieges	30
4.5.1 Militärpolitik	30
4.5.2 Ausländische Intervention.....	31
4.6 Ideologische Dimension	35
4.7 Die Folgen des Bürgerkrieges	38
4.8 Nachkriegsjahre	39
4.8.1 Ziele der Siegermacht.....	39
4.8.2 Repression, Verfolgung und Exil	40
4.9 Das erzwungene Gedächtnis im Franquismus.....	42
5 Der Spanische Bürgerkrieg heute: Zwischen Erinnern und Vergessen	45
5.1 Legislaturperiode Aznar (1996-2004)	45
5.2 Legislaturperiode Zapatero (2004-2008).....	46
5.3 Die schwierige spanische Identität	48
5.3.1 Die Bedeutung des „Pakt des Schweigens“ für die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung	48
5.3.2 Die Wiederkehr der Geschichte	50
5.3.3 Spanische Identität zweigeteilt: Die Haltung der Großparteien.....	52

5.4	Staatliche und zivile Erinnerungspolitik im Vergleich.....	53
5.4.1	Die Radikalisierung der PP und der Erfolg revisionistischer Autoren.....	53
5.4.2	Die Reaktion der Zivilgesellschaft auf die Regierung Aznar.....	58
5.4.3	Die Vergangenheit heute: Konflikte auf staatspolitischer Ebene.....	61
5.4.3.1	Franquistische Symbolik: Ein Konfliktherd	62
5.4.3.2	Franco-Statuen: Der Diktator im öffentlichen Raum.....	63
5.4.3.3	Franquistische Orts-und Straßennamen	63
5.4.3.4	„Das Tal der Gefallenen“ - Denkmal des Franquismus.....	64
5.4.3.5	Die Ehrung der Anderen	66
5.4.4	Die Sozialistische Partei und die Erinnerungsdebatte.....	67
5.4.4.1	Erinnerungspolitik im Wahlkampf 2004 und in den ersten Monaten der Legislaturperiode Zapatero.....	67
5.4.4.2	Gründung und Arbeit der Interministeriellen Kommission.....	68
5.4.4.3	Regionale Erinnerungspolitik: die Rückgabe der Papiere von Salamanca .	69
5.4.4.4	Die Geburt des Reparationsgesetzes und das Jahr der Erinnerung.....	71
5.4.5	Staatliche und zivile Erinnerungspolitik: Schlussfolgerungen.....	72
6	Gesetzgebung.....	77
6.1	Gesetzesinitiativen während der Regierungsperiode Aznar	77
6.2	Der langer Weg zum Reparationsgesetz – Gesetzesinitiativen während der Regierungsperiode Zapatero.....	79
6.2.1	Forderungen der zivilgesellschaftlichen Organisationen an die interministerielle Kommission	79
6.2.1.1	Unterstützung bei den Exhumierungen.....	79
6.2.1.2	Entschädigungs- und Pensionsleistungen	80
6.2.1.3	Franquistische Symbolik.....	81
6.2.1.4	Franquistische Rechtsprechung.....	81
6.2.1.5	Der Gesetzesentwurf im Kreuzfeuer der Kritik	82
6.2.2	Kritik von rechts.....	82
6.2.3	Kritik von links.....	83
6.2.4	Stockende Verhandlungen.....	85
6.2.5	Eckpunkte des Reparationsgesetzes	87
6.2.5.1	Zielsetzung.....	87
6.2.5.2	Öffentliche Verurteilung.....	87
6.2.5.3	Franquistische Rechtssprechung.....	88
6.2.5.4	Entschädigungs- und Pensionsleistungen	88
6.2.5.5	Exhumierungen	88

6.2.5.6	Entfernung der franquistischen Symbolik	89
6.2.5.7	Franco-Mausoleum: „Valle de los Caídos”	89
6.2.5.8	Internationale Brigaden und Exilanten	89
6.2.5.9	Zentrales Dokumentationsarchiv	89
6.2.6	Reaktionen auf das Gesetz	90
6.3	Schlussfolgerungen.....	90
6.3.1	„Das Gesetz der Erinnerung“: Ein Resumé.....	91
6.3.2	Die Rolle der <i>Partido Popular</i>	93
6.3.3	Zwei Großparteien im Vergleich.....	95
6.3.3.1	Öffentlichkeit vs. Privatheit.....	95
6.3.3.2	Initiativ vs. statisch	96
7	Conclusio	98
8	Literatur- und Quellenverzeichnis	103

2 Einleitung

„Zapatero hat erreicht, dass die eine Hälfte Spaniens die andere Hälfte nicht mehr akzeptiert. Genau das politische Schema, das uns vor 70 Jahren zum schlimmsten Moment unserer Geschichte führte, will man nun wiederholen“, sagt der ehemalige spanische Regierungschef José María Aznar auf einer Wahlkampfveranstaltung in der Provinz Zaragoza im Mai 2007². Aznar reagierte mit dieser Aussage auf den, zu der Zeit viel diskutierten, Gesetzesentwurf der Regierung Zapateros. Das Reparationsgesetz, das von rechter wie von linker Seite angefeindet wird, gilt als Meilenstein in der verspäteten spanischen Erinnerungspolitik. Unter anderem wurden Reparationsleistungen auf Opfergruppen ausgedehnt, die bislang keine Berücksichtigung gefunden hatten (z.B. Homosexuelle). Exhumierungen der „Kriegsverschwundenen“ sollen von nun an aktiv vom Staat unterstützt und der Zugang zu den Archivalien der franquistischen Repression erleichtert werden. Ebenso sollen franquistische Hinterlassenschaften nicht mehr an öffentlichen Plätzen zu finden sein³.

Im oben angeführtem Zitat artikuliert der ehemalige Ministerpräsident Spaniens in wenigen Sätzen den Kern des Konflikts rund um das historische Erbe in Spanien. Der Schrecken der Bürgerkriegserfahrung und deren Folgen bewirkten eine fast pathologische Angst vor der „Wiederkehr der Geschichte“. Der Übergang zur Demokratie in den 1970er Jahren, die so genannte *Transición*, setzte sich zum Ziel eine derartige Wiederholung unter allen Umständen zu verhindern. Beide Bürgerkriegsparteien sahen sich dazu verpflichtet, durch die beidseitige Verdrängung des tatsächlichen Geschehenen dem, durchaus erfolgreichen, Übergang zur Demokratie den Weg zu bereiten. Der so genannte „Pakt des Schweigens“, wie die kollektive Verdrängung der Vergangenheit genannt wird, war das Erfolgsrezept für den ökonomischen und sozialen Aufschwung in den 70er und 80er Jahren aber auch gleichzeitig Ursache für den schwierigen Umgang mit der Geschichte. Aznar spricht in dem oben erwähnten Zitat eben diese Angst vor einem erneut geteilten Spanien (*las dos Españas*) an und versucht diese für seine Zwecke zu instrumentalisieren. Jedoch fällt seine „Warnung“ auf unfruchtbaren Boden. Schon lange ist die Befürchtung vor einer Wiederholung der Geschichte in der Gesellschaft nicht mehr gegenwärtig. Die, seit der Wende zum 21. Jahrhundert eingesetzte, Erinnerungsbewegung macht die Neubewertung der jüngeren Vergangenheit zum Gegenstand öffentlicher Debatten. Lang verdrängte Erinnerungen der republikanischen Seite finden wieder Einzug in

² El País (o.V.24. Mai 2007.: o.S.).

³ Vgl. Bernecker L, Walther/ Brinkmann, Sören (2008): Kampf der Erinnerungen. Der Spanische Bürgerkrieg in Politik und Gesellschaft 1936-2008, Bremen, S. 353.

den offiziellen Bewertungen der historischen Geschehnisse und tragen zu einer Verarbeitung deren bei.

In der folgenden Arbeit wird die angesprochene Renaissance der Vergangenheit in Spanien Gegenstand der Untersuchung sein. Der Umgang mit dem historischen Erbe aus Bürgerkrieg und Franquismus soll in erster Linie aus der regierungs- bzw. parteipolitischen Perspektive untersucht werden. Es soll ein Vergleich zwischen der Legislaturperiode der *Partido Popular* (PP) unter José María Aznar (1996-2004) und der, der *Partido Socialista Obrero Español* (PSOE) unter José Luis Rodríguez Zapatero (2004- 2008), in Bezug auf die Erinnerungspolitik, gezogen werden. Im Zuge dessen soll der Einfluss der Zivilgesellschaft auf die Parteipolitik untersucht werden.

Die Analyse wird sich auf drei große Vergleichsvariablen beziehen:

1. Staatliche Vergangenheitspolitik bzw. Geschichtspolitik
2. Der Einfluss der Zivilgesellschaft
3. Gesetzgebung im Bereich Erinnerungspolitik

Die erste Vergleichsvariable bezieht sich auf Aktivitäten, die seitens der Regierung, zur Förderung der Aufarbeitung der Vergangenheit unternommen wurden. Diese wären beispielsweise die Entfernung symbolischer Reliquien aus dem Franco-Regime, Entschädigungsleistungen für die Opfer und deren Nachkommen, aktive Unterstützung der Recherchetätigkeiten zu Bürgerkrieg und Diktatur etc. Der zweite Punkt bezieht sich auf den Einfluss der Zivilgesellschaft auf die jeweilige Regierungspartei. Zu guter Letzt soll die Gesetzgebung beider Regierungsparteien untersucht und verglichen werden.

Diese Variablen sind deshalb von Interesse, da sie die Bereitschaft zu einer aktiven Vergangenheitspolitik einer Regierung darstellen und eine Bewertung dessen erlauben. In den letzten Jahren ist die Zahl der erinnerungspolitischen Aktivitäten (vor allem in der Wissenschaft) stark gestiegen. Die Fülle an Beiträgen sowie in der Fachliteratur als auch in den öffentlichen Medien erschwert eine umfassende Darstellung. Um die Arbeit in einem realistischen Rahmen zu halten wird sich die Analyse auf die oben genannten Variablen begrenzen. Der Fokus bildet die Darstellung der regierenden Parteien; wie sie sich, bezüglich der erwähnten Variablen, in der politischen Öffentlichkeit zeigen, was sie sagen, wie sie reagieren und welche Gesetze sie einführen bzw. behindert. Mittels des Vergleichs sollen die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der beiden Regierungsperioden erörtert werden. Die angestrebten Erkenntnisse

sollen dazu dienen diese Unterschiedlichkeiten bzw. Gemeinsamkeiten zu erklären und zu verstehen.

Die Tatsache, dass die PSOE die Nachkommen der im Bürgerkrieg republikanische und die PP die nationale⁴ Seite repräsentieren, ist erklärend für deren unterschiedlichen Zugang zum historischen Erbe. Doch welche Faktoren spielen hierbei noch eine Rolle? Welche Botschaften versuchen die Regierungsparteien an die Öffentlichkeit zu bringen und wie aussagekräftig ist ihre Haltung zur Vergangenheit? Politikwissenschaftlich ist dies insofern relevant, als die Rekonstruktion von Vergangenem immer in der Gegenwart geschieht und daher der Umgang mit der Vergangenheit als wesentlicher Indikator für aktuelle Standpunkte und Weltanschauungen dient. Besonders in Spanien, wo der Machtkampf über die Deutungshoheit der Vergangenheit noch nicht entschieden ist, spielen solche Indikatoren eine essentielle Rolle und geben Aufschluss über die Ursachen der Konflikte innerhalb der schleppenden Vergangenheitspolitik.

In den letzten Jahren erfährt das Thema Gedächtnis- und Erinnerungsdiskurse, besonders in den postfaschistischen Staaten Europas, große Aufmerksamkeit. Sowohl in der Wissenschaft als auch in der medialen Öffentlichkeit führt der so genannte „memory-boom“ fast zu einem besessenen Betreiben von Erinnern und Dokumentieren. Mit den Worten Pierre Noras zu sprechen, befinden wir uns in einer „weltweiten Konjunktur des Gedächtnisses“, einer „Ära des leidenschaftlichen, konfliktbeladenen, fast zwanghaften Gedenkens“⁵. Die große Anzahl an fachwissenschaftlichen Beiträgen und internationalen Konferenzen zu den Themen Gedächtnis und Erinnerungskulturen sind nur Beispiele für den Aufschwung des Forschungsgebietes.

Der spanische Fall ist, unter anderem, deshalb von Interesse, da, im Vergleich zum europäischen Schnitt, der kritische Umgang mit der Vergangenheit, erst relativ spät eingesetzt hatte. Es überrascht, dass mit einer auffallenden Eile der Versuch unternommen wurde die Erinnerung an die Opfer des Franquismus in das Zentrum der Wahrnehmung zu rücken. Der Eindruck, ein gewisser „Nachholbedarf“ bestünde, wird beim Beobachter hinterlassen. Die jüngere Vergangenheit produzierte, vor allem in der letzten Legislaturperiode Zapateros (2004-

⁴ In der Fachliteratur und in der folgenden Arbeit wird die Anhängerschaft rund um Franco als die „Aufständischen“ oder als die „Nationalen“ bezeichnet. Tatsächlich bestand das „nationale“ Lager aus Großgrundbesitzern, konservative katholische Gruppierungen, Monarchisten, Rechtsrepublikaner sowie aus der faschistischen Falange. Alle erwähnten Kräfte verfolgten ohne Zweifel eine klerikal-faschistische Ideologie.

⁵ Vgl. Gerbel, Christian/ Lechner, Manfred/C.G. Lorenz, Dagmar/ Marchart, Oliver/ Öhner, Vrääth/ Steiner, Ines/Strutz, Andrea/Uhl, Heidemarie (Hrsg.) (2005): Transformationen gesellschaftlicher Erinnerung. Studien zur „Gedächtnisgeschichte“ der Zweiten Republik, Wien, S. 7.

2008), einige leidenschaftliche Kontroversen über die Neubewertung von Bürgerkrieg und Diktatur. Die andauernden Debatten lassen den Schluss zu, dass die Konflikte rund um die franquistische Vergangenheit in Spanien noch kein Ende gefunden hatten. Das Bestreben hin zu einer allgemein anerkannten Deutung der Vergangenheit ist aus politikwissenschaftlicher Sicht deshalb sehr interessant, weil es sich hierbei um keinen abgeschlossenen Prozess handelt. Es handelt sich um einen fortwährenden Konflikt zwischen den Nachkommen beider Bürgerkriegsseiten, die nach dem öffentlichen Anerkennen ihrer Geschichte streben. *„Kollektives Gedächtnis entsteht in einem Spannungsfeld konkurrierender Erinnerungserzählungen, die ein Kräftefeld konstituieren, in dem wiederum unterschiedlich ausgeprägter Definitionsmacht ausgestattete Diskurse wechselseitig aufeinander wirken und Geschichtsbilder prägen, die zur Produktion und Durchsetzung der historischen und je gegenwärtigen Identitäten von Gemeinschaften entscheidend beitragen.“*⁶ Diese Definition des kollektiven Gedächtnisses trifft sehr genau auf den spanischen Fall zu, wo es im „Kampf der Erinnerungen“ um die Durchsetzung einer Deutungshoheit geht.

Aus diesen Überlegungen resultierend, lauten meine **Fragestellungen:**

1. Welche Legislaturperiode (Aznar (1996-2004) oder Zapatero (2004- 2008)) leistete im Bezug auf die Vergangenheitspolitik einen größeren Beitrag, und warum?
2. Wo liegen die Unterschiede und wo die Gemeinsamkeiten und wie sind diese zu begründen?
3. Welche Auswirkungen hat der Einfluss der Zivilgesellschaft auf die Regierungsparteien? Wie groß ist der Druck der Bevölkerung auf die jeweilige Regierung?

Unter dem Begriff „Beitrag“, sind jene Aktivitäten seitens des Staates zu verstehen, die den kritischen Umgang mit der Vergangenheit fördern und der Gesellschaft bei der Verarbeitung traumatischer Erlebnisse dienen. Zu diesem Punkt ist zu sagen, dass es sehr schwierig ist einen „Erfolg“ diesbezüglich zu messen. In der vorliegenden Arbeit liegt der Fokus auf die Aktivitäten der einzelnen Regierungen im Wechselspiel mit der Zivilgesellschaft. Der Erfolg wird daher daran gemessen, welche Maßnahmen getroffen wurden und welche Auswirkungen diese auf die Gesellschaft haben. Das Brechen des Schweigens bzw. die politische Behandlung der erlittenen Traumata werden ebenfalls als Erfolg bewertet.

Davon abgeleitet lauten meine **Arbeitshypothesen:**

⁶ Gerbel (Hg.), Transformationen gesellschaftlicher Erinnerung, S. 13.

1. Die Legislaturperiode der PSOE leistete einen größeren Beitrag in Bezug auf die Erinnerungspolitik. Der Hauptgrund dafür ist, dass sich die Nachkommen der republikanischen Seite, mit der systematischen Amnesie der eigenen Geschichte konfrontiert sahen. Dieser Umstand zwang sie dazu, die eigene Deutung der Geschichte wieder in das kollektive Gedächtnis zu integrieren.
2. Das große internationale, und vor allem europäische Interesse an Vergangenheitspolitik und Gedächtnis favorisierte den Prozess in der Legislaturperiode Zapateros und führte zu einer intensiveren Beschäftigung mit Bürgerkrieg und Diktatur. Ich gehe davon aus, dass der Impuls zu erinnerungspolitischen Maßnahmen von zwei Seiten herührte: Es wurde sowohl innerhalb Spaniens als auch außerhalb politischer Druck erzeugt.
3. Der Einfluss der Zivilgesellschaft stellt einen wesentlichen Faktor in der Entwicklung der spanischen Vergangenheitspolitik, sowohl in der sozialistischen als auch in der konservativen Regierungsperiode, dar.

Anfangs sollen die wichtigsten Arbeitsbegriffe erörtert werden um dem/der LeserIn einen theoretischen Überblick zu verschaffen. Des Weiteren soll ein historischer Exkurs das Verständnis über die aktuellen Konflikte erleichtern. Es soll eine Einsicht über die essentiellsten Gegebenheiten während des Bürgerkriegs und der ersten Jahre der Franco-Diktatur geboten werden. Nach einer kurzen Zusammenfassung der Jahre der Legislaturperioden Aznar und Zapatero werden die Aktivitäten der beiden Regierungen anhand der oben genannten Vergleichsvariablen erörtert und diskutiert. Zum Schluss soll auf die Fragestellungen eingegangen und die Ergebnisse analysiert werden.

2.2 Methoden und Material

Wie schon aus der Fragestellung herausgeht wird der Hauptteil der Materie mit der Methode des Vergleichs bearbeitet. Dabei sollen die Gemeinsamkeiten und Unterschiede bezüglich der oben erwähnten Anhaltspunkte herausgearbeitet werden. Die vergleichende Methode ist insofern dienlich, als sie die verschiedenen Herangehensweisen an gewisse Themenbereiche sichtbar macht und schließlich zur Überprüfung der Hypothesen herangezogen werden kann. Nach Dieter Nohlen sind die Vorteile des Vergleichs die, dass sie es versteht „ (...) *auf Neu-entdeckungen hinzuweisen bzw. das Besondere hervorzuheben (sog. heuristischer Vergleich); zu systematisieren gerade durch Betonung der Differenz (sog. Systematisierender Vergleich) (...) wird in der Regel zum Zweck empirischer Generalisierung und zur Überprüfung von Hy-*

*pothesen verwandt(...)*⁷“ Im Allgemeinen erlaubt die vergleichende Methode einen tieferen Einblick in die Komplexität des jeweiligen Forschungsgegenstandes.

Das Untersuchungsmaterial stützt sich sowohl auf Primärquellen (v.a. Zeitungsartikel) als auch auf Sekundärliteratur. Bei der Verwendung der Printmedien liegt der Fokus nicht bei der Analyse des Mediums sondern bei der Darstellung der Partei innerhalb des Mediums. Die Wahl der Printmedien ergibt sich aus mehreren, für die Arbeit, essentiellen Gründen: einerseits weil sie in schriftlicher Form online verfügbar sind, und andererseits weil sie einer der wichtigsten Möglichkeiten für Parteien darstellen sich in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Außerdem verlangt die Aktualität des Themas einen Blick in die Presse, da die Fachliteratur sich der Materie noch nicht weitreichend genug angenommen hat. Fast ausschließlich werden die Tageszeitungen *El País* und *El Mundo* verwendet, welche den Großteil des politischen Spektrums in Spanien abdecken, sowie kleinere wissenschaftliche Zeitschriften. Des Weiteren werden Internetseiten von den Parteien als auch von den zivilgesellschaftlichen Organisationen verwendet. Mittels dieser Primärquellen solle die mediale Darstellung der beiden Regierungsparteien untersucht und analysiert werden.

Ferner sollen explorative Experteninterviews die Einsicht in die Materie vertiefen und den Zugang zu den aktuellen Erkenntnissen der Wissenschaft ermöglichen. Auch werden über Interviews Stimmungen und Meinungen besser vermittelt als bei der Verwendung von Literatur oder Printmedien. Die Experten kommen aus dem universitären und dem zivilgesellschaftlichen Bereich um den unterschiedlichen Zugang zur Materie in die Analyse zu integrieren.

Zusätzlich, sozusagen im Rahmen eines „Methodenmix“, soll eine Auswahl an Fachliteratur die Ergebnisse der empirischen und medialen Forschung untermauern. Sowohl für den historischen Exkurs als auch für die theoretische Abhandlung werden ausschließlich Quellen aus der Wissenschaftsliteratur verwendet, zumal das Gebiet schon sehr ausführlich erforscht wurde.

Sämtliche Zitate aus spanischen Quellen wurden von der Autorin persönlich übersetzt.

⁷ Kriz, Jürgen/Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.)(1994): Politikwissenschaftliche Methoden. (Lexikon der Politik Bd. 2), München, S. 508f.

3 Zur Theorie der Erinnerung

3.1 Einleitung

*„Kollektives Gedächtnis entsteht im Spannungsfeld konkurrierender zum Teil widersprüchlicher Erinnerungserzählungen.“*⁸ definiert Oliver Marchart, Kultur- und Politikwissenschaftler, in seinem Text über das historisch-politische Gedächtnis. Folglich ergibt sich daraus die Feststellung, dass jede Erinnerung bzw. jede offizielle Version einer historischen Erfahrung eine gegenwärtige Konstruktion sei. Dies ist das Fundament einer Theorieschule, die sich Anfang des vorigen Jahrhunderts entwickelt hatte. Die so genannte Gedächtnisforschung erreichte im Laufe der Jahre eine immer größere Einflussphäre und beschäftigte eine Vielzahl an Disziplinen wie die Soziologie, Geschichte, Politikwissenschaft, Psychoanalyse und die Kunst. Das Interesse für das Themenfeld erlangte ein so inflationäres Interesse, dass man von einem regelrechten „Memory-Boom“ zu sprechen begann.

Die gegenwärtige Arbeit versucht den Fragen rund um das franquistische Erbe in Spanien nachzugehen. Die spanischen Erinnerungskonstruktionen bezüglich des Bürgerkriegs und der Franco-Diktatur ergeben sich, gleich dem obigen Zitat, aus einem Spannungsverhältnis innerhalb der Gesellschaft. Die Nachkommen der Bürgerkriegsverlierer und die der Bürgerkriegsgewinner treffen aufeinander im Kampf um eine offiziell anerkannte Deutung der jeweils eigenen Vergangenheit. Die oben gestellten Fragestellungen werden aus diesem theoretischen Zugang heraus analysiert.

3.2 Anfänge

In den 1920er entwickelten, der Soziologe Maurice Halbwachs und der Kunsthistoriker Aby Warburg unabhängig voneinander zwei Theorien des „kollektiven“ oder „sozialen“ Gedächtnisses. Obwohl beide Ansätze grundverschieden sind besteht der gemeinsame Nenner darin den biologistischen Erklärungsansätzen, das kollektive Gedächtnis sei vererbbar, zu widersprechen. Das Argument es gebe ein „Rassengedächtnis“ versuchte man mit den erarbeiteten Theorien zu entkräften⁹.

„Die Erinnerung ist in sehr weitem Maße eine Rekonstruktion der Vergangenheit mit Hilfe von der Gegenwart entliehenen Gegebenheiten und wird im Übrigen durch andere, zu frühe-

⁸ Gerbel (Hg.) Transformationen gesellschaftlicher Erinnerung, S. 22.

⁹ Vgl. Assmann, Jan/Hölscher, Tonio(1988): Kultur und Gedächtnis, Frankfurt am Main, S. 9.

ren Zeiten unternommene vorbereitet, “¹⁰ schreibt Maurice Halbwachs 1925 in seinem monumentalen Werk „*Les cadres sociaux de la mémoire*“ (Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen). Als einer der Gründungsväter der kulturwissenschaftlichen Gedächtnisforschung, ist der Gedächtnisbegriff Halbwachs nach wie vor von großer Bedeutung. Basierend auf der Grundannahme, dass Erinnerungen sozial konstruiert sind und demnach immer die gesellschaftlichen Bedingungen der Gegenwart reflektieren, entwickelte er den Begriff des kollektiven Gedächtnisses.

Erst in den 1980er Jahren findet das Gedächtnis-Thema in der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Forschung wieder Interesse. Dies ist vor allem auf die Werke Aleida und Jan Assmann und die Pierre Noras zurückzuführen. Im deutschsprachigen Raum sind Aleida und Jan Assmann für die Entwicklung des Konzepts des „Kulturellen Gedächtnisses“ bekannt. Mit der konzeptionellen Verbindung von Kultur und Gedächtnis bewirken sie Anfang der 1980er Jahre ein reges Interesse vor allem in den Kulturwissenschaften. Sie spielen in der neueren Gedächtnisforschung eine wesentliche Rolle.

Von großer Bedeutung ist ebenfalls das Schwinden der Zeitzeugengeneration des Holocausts und des Zweiten Weltkrieges. Dies stellt einen tiefen Einschnitt für die Kulturwissenschaften dar, da die mündliche Überlieferung von Lebenserfahrungen ausbleiben sollte; ein Umstand, der ebenfalls dazu führt, dass die Gedächtnisforschung Anfang der 80er Jahre einen Aufschwung erfuhr.¹¹

Unter den zahlreichen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern erreicht das Werk Pierre Noras „*Lieux de mémoire*“ (Erinnerungsorte) große Bedeutung. Sein Konzept der Erinnerungsorte ist international einflussreich und anerkannt. Im Folgendem, basierend auf die oben erwähnten Beiträge, sollen die zentralsten Arbeitsbegriffe erläutert werden.

3.3 Begriffsdefinitionen

Die Breite dieses Forschungsfeldes erklärt die große Menge an Terminologien, die diesem Bereich angehören. Es wird kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben, jedoch sollen die wichtigsten Begrifflichkeiten erörtert werden. Einleitend soll mit dem Überbegriff Gedächtnis begonnen werden, der sich im Laufe der Zeit in verschiedene Subbegriffe gliedert.

⁸Erl, Astrid(2005):Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. Eine Einführung, Stuttgart/Weimar, S. 17.

¹¹ Erl, Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen, S. 3.

In seinem Werk „Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen“ führt Maurice Halbwachs einige soziologische Konstruktionen an - die Familie, die Religionsgemeinschaft, die soziale Klasse etc. Ausgehend von der Annahme, dass der Mensch immer in einer „Wir-Gruppe“ bzw. einer soziologischen Konstruktion existiert, bilden diese die Grundlage jeder individuellen Identität. Zu Beginn seiner Studie stellt er Geschichte und Gedächtnis gegenüber. Geschichte zeichnet sich, in seinen Augen, durch *„Universalität, und einer unparteiischen Gleichordnung aller vergangenen Ereignisse“*, aus. Das **kollektive Gedächtnis** hingegen verläuft partikulär.

„Seine Träger sind zeitlich und räumlich begrenzte Gruppen, deren Erinnerung stark wertend und hierarchisierend ist. Eine zentrale Funktion des Vergangenheitsbezugs im Rahmen kollektiver Gedächtnisse ist Identitätsbildung. Erinnert wird, was dem Selbstbild und den Interessen der Gruppe entspricht.“¹²

Die oben angeführten Thesen nimmt Aleida Assmann in ihren Forschungen auf und führt diese weiter. Dabei geht sie der Frage nach wie individuelle Erinnerungskonstruktionen zu kollektiven werden. Sie bestätigt, dass unser Gedächtnis bzw. unsere Identität von unseren näheren „Wir-Gruppen“ wie der Familie, dem Freundeskreis, der Religionsgemeinschaft oder der Nation, bestimmt wird. Aleida Assmann definiert zuerst das **individuelle Gedächtnis**, das, wie sie sagt, vier zentrale Eigenschaften besitzt. Es ist unaustauschbar bzw. nicht übertragbar. Es vernetzt sich mit anderen Erinnerungen und bestätigt sich im ständigen kommunikativen Austausch. Schließlich ist es fragmentarisch bzw. begrenzt und sehr labil, da es sich im Laufe der Zeit verändern kann. Assmann fasst diese Merkmale so zusammen:

„Das individuelle Gedächtnis, so können wir diese Merkmale zusammenfassen, ist das dynamische Medium subjektiver Erfahrungsverarbeitung.“¹³

Die Sprache wird als die wichtigste Stütze des individuellen bzw. kommunikativen Gedächtnisses angesehen. Nur durch soziale Interaktion und gemeinsamen Erfahrungen entstehen Erinnerungen. Die Erinnerung existiert nur in einem spezifischen Zeithorizont, und zwar üblicherweise innerhalb einer Familie dreier Generationen. Assmann bezeichnet es daher auch als *„Drei-Generationen-Gedächtnis.“¹⁴*

Neben dem individuellen kommunikativen Gedächtnis existiert auch das **soziale bzw. Generationengedächtnis**. Sowohl Maurice Halbwachs als auch Karl Mannheim haben in den

¹² Erll, Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen, S. 17.

¹³ Aleida, Assmann(2006): Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, München, S. 25.

¹⁴ Assmann, Der lange Schatten der Vergangenheit, S. 26.

1930er Jahren diesem Gebiet besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Sie gehen davon aus, dass jedes Individuum in den übergeordneten historischen Erfahrungen eingebunden ist.

Sie teilen, in der Regel, mit den Mitmenschen ihrer Generation ähnliche Überzeugungen, Wertmaßstäbe, Weltbilder und Haltungen. Mit dem Wechsel der Generationen lösen sich gewisse „Erinnerungsprofile“ auf. Dominante Erfahrungen und prägende Ereignisse tauschen sich aus und erzeugen einen unterschiedlichen Wertekodex. Aleida Assmann nennt in diesem Kontext das Beispiel der 68er Bewegung in Deutschland. Das Schweigen über die nationalsozialistische Vergangenheit wurde gebrochen als Reaktion auf die Haltung der vorhergehenden Generationen¹⁵. Das Konzept des Generationengedächtnisses ist für die vorliegende Arbeit deshalb relevant, weil man der Frage nachgeht, warum gerade in den letzten zehn Jahren das Thema der jüngsten Vergangenheit in Spanien so intensiv diskutiert wurde. Untersucht wird ob das Wegfallen der Zeitzeugengeneration für die aktuelle Renaissance der Vergangenheitsdebatten verantwortlich ist.

Der Begriff, **kollektives Gedächtnis**, wie ihn Maurice Halbwachs geprägt hat, hat sich zu einem sehr breiten Feld begrifflicher und theoretischer Konzeptionen entwickelt. Der so genannte „Memory Boom“ führte, seit den 1980er Jahren, zu einer regen Publikation zum Thema Gedächtnis und Erinnerungskultur. Die verschiedenen Ansätze gehen der Frage nach, wie es dazu kommt, dass, um mit den Worten Marx zu sprechen, die herrschenden Ideen herrschend werden. Dazu wurden im Laufe der Zeit einige Begrifflichkeiten verwendet, die ich hier kurz vorstellen möchte.

Kritiker des kollektiven Gedächtnisses sprechen in diesem Bezug von Ideologien oder Mythen. Unter der Annahme, dass das Gedächtnis rein individuell und nicht kollektiv reproduzierbar ist, spricht die Philosophin, Susan Sonntag, von repräsentativen Bildern, die sich in unserem Gedächtnis einprägen und Ideologien schaffen¹⁶.

Der Mythos einer Nation bzw. das „**politische Gedächtnis**“, sind integrative Faktoren einer Nation und bilden den Zusammenhalt innerhalb einer Gemeinschaft. Religionswissenschaftler Ernest Renan behauptet schon im Jahr 1882, dass jede Nation eine „Seele“ besitzt. Er schreibt:

„Eine Nation ist eine Seele, ein geistiges Prinzip. Zwei Dinge, die in Wahrheit nur eins sind, machen diese Seele, dieses geistige Prinzip aus. (...) Der Mensch improvisiert nicht. Wie der

¹⁵ Vgl. Assmann, Der lange Schatten der Vergangenheit, S. 27.

¹⁶ Vgl. Assmann, Der lange Schatten der Vergangenheit, S. 30.

einzelne, so ist die Nation das Endpunkt einer langen Vergangenheit, große Männer, Ruhm (...) - das ist das soziale Kapital, auf dem man eine nationale Idee gründet.“¹⁷

Obwohl die Schriften Renans aus der Idee der Romantik entspringen, sind sie im Grunde von der Idee beherrscht, dass die bindenden Elemente einer Nation weder Abstammung, Sprache noch Ethnie sind, sondern die gemeinsamen Erfahrungen und Erzählungen. Nicht die punktgenaue historische Betrachtung, sondern das Erschaffen von Mythen bzw. Bilder führen zum so genannten „kollektiven Gedächtnis“.

Die Studien Aleida- und Jan Assmanns stellen neben den Begriff des Generationsgedächtnisses die Konzeptionen des **kommunikativen-und kulturellen Gedächtnisses** vor. Das kommunikative Gedächtnis entsteht durch Alltagsinteraktion, hat die Erfahrung der eigenen Zeitgenossen zum Inhalt und besitzt daher einen, auf die Lebensdauer dreier Generationen, beschränkten, Zeithorizont. Beim kulturellen Gedächtnis hingegen handelt es sich um eine an „feste Objektivationen gebundene, hochgradig gestiftete und zeremonialisierte (...) Erinnerung“¹⁸. Das kulturelle Gedächtnis übermittelt eine feste Anzahl an Inhalten, zu deren Verbreitung Spezialisten wie Priester, Lehrer etc. ausgebildet werden. Das Ringen um Einfluss auf das kulturelle Gedächtnis ist im Prinzip dem Verbreiten eigener Ideen, Inhalte und Erinnerungskonstruktionen gleich. Das kulturelle Gedächtnis ist besonders langlebig und besitzt daher einen sehr großen Zeithorizont. Träger dieses Gedächtnisses sind Museen, Riten, Gedenktage, Monumente etc. Aleida Assmann teilt das kulturelle Gedächtnis in zwei Unterkategorie, in ein **Speichergedächtnis** und ein **Funktionsgedächtnis**. Das Speichergedächtnis wird als Unterbewusstsein einer Gesellschaft beschrieben, welches Erinnerung zwar archiviert, diese aber nicht an die Oberfläche (die gesellschaftlich öffentliche Wahrnehmung) lässt. Das Funktionsgedächtnis ist im Gegenzug dazu das aktive Bewusstsein einer Gesellschaft. Es sind Erinnerungen aus dem Speichergedächtnis, die sich in der öffentlichen Wahrnehmung einer Gemeinschaft integrieren.

„Die Struktur des kulturellen Gedächtnisses besteht in diesem Spannungsverhältnis von Funktions- und Speichergedächtnis, von Erinnertem und Vergessenem, Bewusstem und Unbewusstem, Manifestem und Latentem“¹⁹

Die enge Auswahl der Erinnerungen, die aus dem Speichergedächtnis in das Funktionsgedächtnis integriert werden wird in Folge des „Kampfes der Erinnerungen“ getroffen.

¹⁷ Assmann, Der lange Schatten der Vergangenheit, S. 38.

¹⁸ Erll, Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen, S. 28.

¹⁹ Assmann, Der lange Schatten der Vergangenheit, S. 57.

Konzepte der Gedächtnisforschung sind wesentlich in der Betrachtung der Erinnerungspolitik bzw. Erinnerungskultur einer gewissen Gemeinschaft oder Nation. Davon ausgehend widmet sich dieser Beitrag den Begrifflichkeiten des **Erinnerungsmanagements**.

Begriffe wie Erinnerungs-, Geschichts-, und Vergangenheitspolitik gehören zu der Kategorie Erinnerungsmanagement bzw. Vergangenheitsbewältigung einer Nation oder Gemeinschaft. Sie sind relativ neue Termini in der wissenschaftlichen Vergangenheitsdebatte. Zunächst ist es wichtig diese sehr nah verwandten Konzepte genauer zu definieren. Günther Sandner definiert das Begriffspaar in einem Beitrag in der österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP) so:

*„**Vergangenheitspolitik** (Hervorheb. d. Verf.) fokussiere die Fragestellung, wie nach der Überwindung eines diktatorischen oder autoritären Systems mit dessen unmittelbaren personellen und materiellen Hinterlassenschaften umgegangen wird..., “*

Und weiter zur Geschichtspolitik schreibt er:

*„Das Erkenntnisinteresse von **Geschichtspolitik** (Hervorheb. d. Verf.) richtet sich auf die öffentlichen Konstruktionen von Geschichts- und Identitätsbildern, die sich beispielsweise über Rituale und Diskurse vollziehen, wohingegen gesetzgeberische und justizielle Handlungsoptionen weniger Beachtung finden.“ ²⁰*

Sandner sieht die Kategorie Geschichtspolitik als einen Überbegriff, und Vergangenheitspolitik als einen Subbegriff dessen. Sie sind daher nicht ausschließlich sondern stehen in einem hierarchischen Verhältnis zueinander.

Aleida Assmann fügt dem Begriff Geschichtspolitik eine negative Konnotation bei, da es, nach ihrer Meinung zu schließen, eine von oben aufoktroyierte und homogenisierte Form der Erinnerung darstelle. Erinnerungen werden sowohl konstruiert als auch instrumentalisiert und erfüllen demnach einen bestimmten Zweck. Im Gegenzug dazu besetzt Assmann den Begriff Erinnerungskultur positiv. Erinnerungskulturen entstehen in der Gesellschaft und werden nicht von oben her bestimmt.

Beide Autoren sind sich darin einig, dass sowohl Erinnerung als auch die Geschichte Identitäten stiften und so der Vergemeinschaftung einer Gruppe beitragen. Sie dienen zur Legitimierung von Herrschaft und zur Wiederherstellung einer Ordnung nach einem historischen Um-

²⁰ Sandner, Günther (2001) Hegemonie und Erinnerung: Zur Konzeption von Geschichts- und Vergangenheitspolitik, In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 30(1), Wien/Salzburg S. 7.

bruch. Sowohl die ehemaligen Herrschaftseliten als auch die neuen Führungsmächte suchen in der Geschichte die Legitimationsgrundlage für ihre Existenz.

Günther Sandner schreibt dazu:

*„Im Sinne der Traditionsstiftung und der Herstellung von Kontinuität kann Geschichte in hegemonialen Diskursen zur Stabilisierung von Herrschaft, zur Erhaltung des status quo artikuliert werden. Sie kann freilich auch als Gegengeschichte, als Reservoir gleichsam unterdrückter Traditionen auf der Bildfläche erscheinen.“*²¹

Im Konfliktpotential von Erinnerungskulturen steckt der eigentliche Machtkampf um die hegemoniale Vorherrschaft einer bestimmten Geschichtsdeutung. Der „Kampf der Erinnerungen“ besteht darin den Erinnerungsdiskurs zu dominieren indem man neue Traditionen gestaltet, kollektive Identitäten erschafft und die eigene Deutung der Geschichte als die vorrangige innerhalb der Gesellschaft positioniert. Diese Auseinandersetzungen finden in der öffentlichen Kommunikation statt. Sie artikulieren sich nicht nur über die herkömmlichen Medien wie Zeitungen und Rundfunk sondern auch über Museen, Gedenkveranstaltungen, Literatur, Film, Geschichtsbücher, Riten etc.

In der wissenschaftlichen Literatur wird oft von „*pressure groups*“ bzw. so genannte „*Agenten der Memoria*“ gesprochen²². Mit beiden Begriffen sind Akteure gemeint, die eine gewisse Strategie verfolgen um, ihren historischen Deutungsanspruch durchzusetzen. Grundsätzlich spricht man hier von politischen Gruppierungen, Parteien, Unabhängigkeitsbewegungen, Vereinigungen und dergleichen.

*„Den politischen Eliten als Deutungseliten einer Gesellschaft, die das konstitutive Ensemble von grundlegenden Vorstellungen, Normen, Werten und Symbolen definieren, kommt hier besondere Bedeutung zu, sie verfügen über symbolisches Kapital und ringen um kulturelle Hegemonie,“*²³

schreibt Sandner zu diesem Punkt.

Aleida Assmann stellt fest, dass die Nationen im Banne oder wie sie es nennt, im „Schatten der Vergangenheit“ stünden. Schlüsselereignisse dominieren und prägen die Gegenwart. Sie bilden normative Handlungsanleitungen für die nachfolgenden Generationen. Nationen kön-

²¹ Sandner, Hegemonie und Erinnerung, S. 7.

²² Sandner Hegemonie und Erinnerung, S.11/ Noetzel, Thomas(2006):Erinnerungsmanagement. Von Der Vorgeschichte zur Geschichte. In: Landkammer, Joachim/Noetzel, Thomas/Ch. Zimmerli, Walther(Hrsg.) Erinnerungsmanagement. Systemtransformation und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich, München, S. 15-23.

²³ Sandner, Hegemonie und Erinnerung, S. 11.

nen sich erst aus den Zwängen der Vergangenheit befreien wenn der „Kampf der Erinnerungen“ entschieden wurde. In den folgenden Abschnitten soll gezeigt werden, welche Schlüsselereignisse die spanische Gegenwart prägen, welche Erinnerungskonstruktionen dominieren und wie der vielbesagte „Kampf der Erinnerungen“ in diesem Fall ausgehen könnte. Die Rolle der so genannten „Agenten der Memoria“ (die Regierungsparteien, zivilgesellschaftliche Akteure etc.) soll analysiert werden. Die oben genannten Theoriekonzeptionen sind in der Analyse der aktuellen Geschichtspolitik in Spanien essentiell zumal sie als Erklärungsansätze für die oben formulierten Fragestellungen eingesetzt werden.

4 Historischer Exkurs: Der Spanische Bürgerkrieg: Ursachen und Folgen

4.1 Die Hintergründe und Ursachen

Jede Darstellung des Spanischen Bürgerkrieges beginnt mit der Analyse der Ursachen und Hintergründe der gravierenden Konflikte des frühen 20. Jahrhunderts in Spanien. Ursachen und Konflikte sind aus der innerspanischen Gesellschaftsstruktur heraus zu erklären und prägen schon Jahrzehnte vor dem Ausbruch des Krieges das politische Feld. Eine deutliche Verzögerung des Modernisierungsprozesses unterschiedlichen Ebenen (ökonomisch, politisch, sozial, demographisch) führt zu spürbaren sozialen Spannungen und zu einer Herausbildung zweier Interessensgruppen. Diese werden in der Literatur oft als die „Zwei Spanien“ bezeichnet²⁴. Zwei Lager, die zu der Zeit unüberbrückbare Gegensätze darstellten, formierten sich aus einerseits urban-progressiven, antiklerikal-liberalen, republikanisch-demokratischen Gruppierungen und andererseits aus ländlich-konservativen, autoritär-monarchistischen und katholisch-traditionalistischen Bevölkerungsschichten.

Strukturelle Probleme, die im Laufe der Zeit immer gravierender wurden, führten zu einer tieferen Kluft zwischen den zwei Lagern. Im Folgenden werden die Hauptkonfliktpunkte vorgestellt.

Es ist in der Literatur fast unbestritten, dass die Agrarfrage einer der konfliktreichsten und brennendsten Fragen des 20. Jahrhunderts in Spanien darstellte. Die Aufteilung des Landes in Latifundien und Minifundien ist einer der Merkmale für die extrem unausgewogene Eigentumsstruktur des Landes. 1930 nahmen die Latifundien, die lediglich 0,1 Prozent aller Wirtschaftsbetriebe darstellten, 33,28 Prozent der Gesamtoberfläche ein, während Minifundien zwar 96 Prozent aller Betriebe stellten, aber nur über 29,57 Prozent des Bodens verfügten. Im Süden waren es die Tagelöhner die die größte und revolutionärste gesellschaftliche Gruppe repräsentierten²⁵. Verfügungsgewalt über Boden war der Maßstab für Wohlstand, Bildung, soziale Anerkennung und politische Partizipationsmöglichkeiten. Extreme Unterschiede zwischen Arm und Reich führten schon vor dem Ausbruch des Krieges zu Revolten und Gewaltakten, die im Laufe der Zeit nur immer weiter zunahmen. Die Agrarfrage war wie eine tickende Zeitbombe, die eine Lösung, abseits einer kriegesischen Auseinandersetzung, für unmöglich erschienen ließ.

²⁴ Vgl. Bernecker L., Walther(1991): Krieg in Spanien 1936-1939, Darmstadt, S. 5.

²⁵ Vgl. Bernecker/ Brinkmann, Kampf der Erinnerungen, S. 23.

Der nächste Konfliktpunkt im Spanien des 20. Jahrhunderts ist das Verhältnis zwischen der zentralistischen Regierung in Madrid und den Regionen in der Peripherie des Landes. Besonders ausgeprägt ließ sich der politische Regionalismus in Katalonien und im Baskenland beobachten. Sehr komplexe soziale, historisch-politische und ideologische Strukturen führen zu der Sonderart des spanischen Separatismus. Walther L. Bernecker, Autor zahlreicher Werke zur spanischen Bürgerkriegsgeschichte fasst dies so zusammen:

„Beide Regionen waren die reichsten und die am meisten sich entwickelten Regionen Spaniens, deren wirtschaftlicher Fortschritt sich zu ihrem politischen Gewicht im gesamtspanischen Staat allerdings umgekehrt proportional verhielt.“²⁶

Wesentliche Unterschiede in der Entwicklung der beiden Regionalismen dürfen in diesem Kontext nicht ignoriert werden. Die Bewegung in Katalonien hatte eine Art Vorbildwirkung für die übrigen Autonomiebestrebungen in Spanien. Entstanden im Laufe der Industrialisierung, beruhte der katalanische Nationalismus zunächst auf die katalanische Sprache, Literatur und Romantik. Kurze Zeit später formierte sich eine politische Bewegung, die dem Streben nach Autonomie eine neue Qualität verlieh.

Der baskische Nationalismus, hatte im Gegenzug zum Katalanischen, einen durchwegs anti-modernen Charakter. Er begründete sich auf eine kulturnationale Bewegung, die Industrialisierung und Modernisierung ablehnte. Der Gegenstand der baskischen Unabhängigkeitsbestrebung hatte rassistische Wesenszüge, da es sich um eine völkische „Reinhaltung“ der baskischen Gesellschaft handelte²⁷.

Ein weiterer Konflikt, der die Vorkriegszeit Spaniens prägte sind die Auseinandersetzungen zwischen der katholischen Kirche und dem Staat. Religion genoss seit der Herrschaft der katholischen Könige einen Status der mit dem des Königs gleichzusetzen war. Im gesellschaftlichen wie im politischen Bereich war die Kirche allgegenwärtig und galt als Verbündete der Mächtigen. Dies führte dazu, dass sich innerhalb der Arbeiterbewegung eine extrem antiklerikale Gesinnung entwickelt hatte. Kirchen und Klöster wurden mit den Kapitalisten, dem Staat, dem Bürgertum und mit der Ausbeutung in einem Zusammenhang gebracht. Der große Einfluss der Kirche im Staat, vor allem im Sozialbereich und in der Bildung, bildete einer der Hauptkonfliktpunkte während der 2. Republik.

²⁶ Bernecker, Krieg in Spanien, S. 9.

²⁷ Bernecker, Krieg in Spanien, o.S.

Eine weitere Organisation, die als eigenständige Akteurin agierte, und deren Einfluss für Instabilität im Land sorgte, war das Militär. Das Heer hatte eine außergewöhnlich unabhängige Stellung im Staat. Dies lässt sich auf den Unabhängigkeitskrieg mit Napoleon (1804-1814) zurückführen, wo dem Militär eine politische Rolle zufiel. Den Offizieren wurde angeraten wichtige politische Entscheidungen zu treffen, die den Ausgang des Krieges erheblich beeinflusste. Im Wandel des spanischen Staates hin zur Modernisierung und Industrialisierung wurde dem Militär die Rolle als Hüter der Tradition und der nationalen Einheit zugesprochen.

4.2 Die 2. Republik: Vorgeschichte und Verlauf

Die Zeit der Restauration nach der 1. Republik (1873-1874), war geprägt durch die Rückbesinnung auf die alten politischen Strukturen. Weder Arbeiterschaft noch das Bürgertum hatten ein politisches Gewicht. Carlos Collado Seidel beschreibt die Zeit so:

„So zeigt sich für die Epoche der Restauration in Spanien eine deutliche Dichotomie zwischen dem Fortbestand einer aus dem Acien Régime herübergeretteten Gesellschaftsstruktur und den gesellschaftlichen Entwicklungen seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert; eine Situation, die bis zum Ausbruch des Bürgerkrieges keine grundlegende Veränderung erfahren sollte.“²⁸

Überproportionales Bevölkerungswachstum, Radikalisierung der Arbeiterschaft, Aufschwung im Selbstbewusstsein des Bürgertums und eine Kette von Niederlagen des Militärs führten zur Labilität im politischen System und zu starkem Misstrauen gegenüber dem Staat. Angesichts der verheerenden Krisen erwies sich das politische System als handlungsunfähig. Der Oberkommandierende General für die Militärregion Katalonien, Miguel Primo de Riviera übernahm im September 1923, mittels eines Staatsstreiches, die Regierungsgewalt, entmachtete das Parlament und richtete eine Militärdiktatur ein. Anfänglich wurde Riviera von nahezu allen gesellschaftlichen Gruppierungen unterstützt, da der Wunsch nach Reformen innerhalb der Bevölkerung sehr ausgeprägt war. Primo de Riviera präsentierte sich als der „Erneuerer Spaniens“²⁹, und setzte den Staat verstärkt als Lenkungsorgan in sozialen wie in wirtschaftlichen Belangen ein. Er integrierte die sozialistischen Organisationen wie die Gewerkschaften in das System und ließ sie als Vertreter ihrer Interessen agieren. Ein breit angelegtes Infrastrukturprogramm führte zu einer Senkung der Arbeitslosenzahlen, das eine deutlichen Verbesserung der sozialen Lage und eine Reduzierung der sozialen Konflikte mit sich brachte³⁰.

²⁸ Seidel Collado, Carlos(2001): Der Spanische Bürgerkrieg. Geschichte eines europäischen Konflikts., München, S. 18.

²⁹ Vgl. Seidel Collado, Der Spanische Bürgerkrieg, S. 24.

³⁰Vgl. Seidel Collado, Der Spanische Bürgerkrieg, o.S.

Eine Reihe von Problemen, die aufgrund der veralteten gesellschaftlichen Strukturen nicht überwunden werden konnten, wurde in späterer Folge Primo de Rivera zum Verhängnis. Bald verlor De Rivera das Vertrauen der politischen Eliten sowie des Militärs. Anschaulich wurde dies nach der breiten Ablehnung eines von ihm vorgelegten Verfassungsentwurfes. Angesichts des Verlustes an Rückhalt innerhalb der Bevölkerung, trat Primo de Rivera im Jänner 1930 zurück und ging ins französische Exil.

Viele Autoren sind sich über die Rolle der Diktatur Primo de Riveras uneinig. Viele HistorikerInnen meinen, gemäß der verbreiteten Darstellung Prima der Riveras, dass es sich bei seiner Diktatur um ein Übergangsregime handelte. Es diene als temporäre Lösung, das „Ruhe und Ordnung“ im Lande wieder herstellen sollte. Im Gegenzug dazu vertritt Shlomo Ben-Ami, ein wichtiger Historiker Spaniens und Politiker in Israel, der Ansicht, dass:

*„...Primo de Riveras Regime sei ein weit direkteres und kohärenteres Projekt einer institutionalisierten Diktatur als bisher angenommen; es habe mit Stil und Rhetorik der späteren Franco-Ära begonnen- der Diktator könne in seinem Antikommunismus, in seiner selbstzuschriebenen Funktion als „Wächter des Abendlandes“ und im Abhalten von Plebisziten als Vorläufer Francos gelten-, sich am Faschismus Mussolinis orientiert und sei auf ein langandauerndes autoritäres Regime hin angelegt gewesen.“*³¹

Dem Scheitern der Diktatur folgen die ersten Zeichen der Republik. 1930 formierte sich in San Sebastián eine reformorientierte republikanische Front. Die Kommunalwahlen vom 12. April 1931 brachten einen eindeutigen Sieg des liberalen Bürgertums und der Sozialisten. Nachdem die Streitkräfte und Teile des Establishments König Alfonso XIII das Vertrauen entzogen hatten ging er am 14. April 1931 ins Exil. Daraufhin wurde die 2. Republik ausgerufen. Bei den folgenden Parlamentswahlen im Juni 1931 erreichten die Sozialisten zusammen mit den linksrepublikanischen Parteien einen überwältigenden Sieg. Das Wahlsystem, das grundsätzlich Parteienzusammenschlüsse bevorzugte war unter anderem für den großen Erfolg des linksrepublikanischen Parteienbündnisses verantwortlich.

Die zweite Republik kann man in drei voneinander getrennten Phasen betrachten. Die erste Phase das so genannte „*Bienio de Reformas*“ (Doppeljahr der Reformen) bezeichnet die Reformjahre unter der linksrepublikanischen Regierung. Die zweite Phase das „*Bienio negro*“ (das schwarze Doppeljahr) regiert unter einer rechtskonservativen Regierung, war vom Wiederrufen der Reformvorhaben, besonders auf dem Agrarsektor, geprägt. Die Monate zwischen

³¹ Bernecker, Krieg in Spanien, S. 13.

den Wahlen im Februar 1936 und dem Ausbruch des Bürgerkrieges im Juli desselben Jahres werden als die dritte Phase der zweiten Republik bezeichnet. Die vermehrten sozialen Spannungen in der dritten Phase, vor allem auf dem Agrarsektor, sind von der Intensität, dass allmählich die Kontrolle aus den Händen der Regierung zu gleiten scheint³².

Aus einer sehr schwierigen Ausgangssituation formierte sich, nach den Wahlen 1931, eine neue Regierung unter Ministerpräsident Manuel Azaña. Die Bevölkerung hatte große Hoffnungen, und erwartete sich, dass die neuen Eliten des Landes die brennenden Probleme in kürzester Zeit lösen würden. Ein äußerst ehrgeiziges Reformprogramm wurde in die Wege geleitet. Die Arbeit der Regierung begann mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung, die stark von der Weimarer Reichsverfassung beeinflusst wurde. Die schon erwähnten Probleme sollten von einer neuen Verfassung gelöst werden: das Verhältnis zwischen Zentrum und Peripherie, der Konflikt zwischen Kirche und Staat (zivile Eheschließung, Schulpolitik etc.) und die Frage des Eigentums, gehörten zu den wichtigsten Fragen der neuen Regierung. Das Vorhaben, Eigentum könne unter dem Vorwand „im Interesse sozialer Nützlichkeit“³³ enteignet werden, stieß auf Ablehnung beim liberalen Bürgertum.

Die Reformierung des Agrarsektors gehörte zu einem der zentralsten Aufgaben der neuen Regierung. Am 15. September 1932 wurde das Agrarreformgesetz erlassen, das die Frage der Grundbesitzenteignungen, der Entschädigungen und der Landverteilungen an die Agrarbevölkerung regeln sollte. Allerdings sah sich die Regierung Azaña bei der Durchführung des Gesetzes mit großen Schwierigkeiten konfrontiert, so dass die tatsächliche Realisierung ins Stocken geriet.

Nicht minder problematisch erwies sich die Durchführung der Reformen im Verhältnis zwischen Kirche und Staat. Die Beschneidung im Lehrbereich und die verfassungsverankerte Trennung zwischen Kirche und Staat veranlasste die Amtskirche dazu eine entschiedene Gegnerin der Republik zu werden. Die Verteidigung der Rechte der Kirche wurde zu einem der zentralsten Inhalte im antirepublikanischen Widerstand³⁴.

Reformen innerhalb des Militärs wie die Demokratisierung der Streitkräfte, die Verkleinerung des stark aufgeblähten Offizierskorps oder die Verringerung des Militärhaushaltes, führten zu weiterem Misstrauen gegen die Republik. Als mehr oder weniger eigenständiger Akteur im

³² Vgl. Bernecker/Brinkmann, Kampf der Erinnerungen, S. 22.

³³ Vgl. Bernecker/Brinkmann, Kampf der Erinnerungen, S. 22.

³⁴ Vgl. Bernecker/Brinkmann, Kampf der Erinnerungen, S. 24f.

Staat, schmiedeten Generäle, die sich ihrer Macht beraubt fühlten, Pläne zum Sturz der Demokratie.

Im September 1932 wurde für Katalonien ein Autonomiestatut erhoben, das die Problematik der Region weitestgehend lösen sollte. Somit besaß Katalonien ein eigenes Parlament - *die Generalitat*-, und umfangreiche Selbstverwaltungsrechte.

Die linksliberale Koalition der zweiten Republik stand grundsätzlich auf sehr unsicherem Boden, ein Umstand der ihre zahlreichen Vorhaben erheblich erschwerte. So geriet die Regierung bald von linker wie von rechter Seite unter Beschuss. Die Linke Spaniens sah im Reformvorhaben der Regierung eine zu zögerhafte Haltung, während die Rechte sich über die auferlegten Dekrete, hinwegsetzte. Hinzu kam, dass zu diesem Zeitpunkt die Weltwirtschaftskrise ihren Höhepunkt fand; Exporte gingen drastisch zurück, die Preise auf den internationalen Märkten fielen und die Arbeitslosenzahlen stiegen extrem an³⁵.

Im November 1933 kam es schließlich zu Neuwahlen. Aufgrund interner Konflikte und der Wahlenthaltung der Anarchisten stellte sich die Ausgangslage des linken Flügels in dieser Wahlauseinandersetzung als äußerst schwierig dar. Währenddessen konnte sich die Rechte organisieren. Unter der Führung von José Maria Gil Robles wurde seine Partei, *Acción Popular*, die politische Stimme des Katholizismus, mit anderen weiter rechts gerichteten Parteien unter dem Aktions- und Walbündnis *Confederación Española de Derechas Autónomas* (CEDA) zusammengeführt. Aufgrund des Wahlsystems hatte die rechte Koalition einen wesentlichen Vorteil gegenüber der zersplitterten Linken. Wie zu erwarten, war ging die CEDA mit einem eindeutigen Sieg aus dieser Wahlauseinandersetzung hervor.

Der Sieg der Rechtskoalition leitete die zweite Phase der zweiten Republik ein. Geprägt war diese durch die Rücknahme aller Reformvorhaben und die Errichtung eines autoritären korporativen Staats katholischer Prägung. Dies führte zu Radikalisierungen gefolgt von gewalttätigen Auseinandersetzungen. Im September 1934 riefen die Gewerkschaften, *Unión General de Trabajadores* (UGT), zu einem Generalstreik auf. Getragen von Lluís Companys, ehemaliger Präsident der *Generalitat* und Anführer der katalanischen Linken, wurde, während des Aufstandes, die unabhängige katalanische Republik ausgerufen. Im gesamten Land kam der Aufstand mittels brutalen Einschreitens zum Erliegen. Nur in Asturias konnten sich die Bergarbeiter der Repression über ein Monat lang widersetzen. Der Aufstand der asturianischen Arbeiter

³⁵ Vgl. Seidel Collado, Der Spanische Bürgerkrieg, S. 36.

ging als „spanische Oktoberrevolution“ in die Geschichte ein. General Francisco Franco, konnte sich im Zuge der Kampfhandlungen gegen die Bergarbeiter besonders profilieren.

Aufgrund der großen Spannungen wurden vom Präsidenten Alcalá Zamora im Jänner 1936 Neuwahlen ausgerufen. Zu diesem Zeitpunkt war die Kluft zwischen den beiden Lagern tiefer denn je. Abermals wirkte sich das Wahlsystem auf das Koalitionsbündnis positiv aus. In diesem Fall war es die Linke, die sich unter dem Wahlbündnis *Frente Popular* (Volksfront) organisiert hatte. Das Wahlergebnis war eindeutig: Die neuen Cortes (das Parlament) stellte sich aus 227 Abgeordneten der Volksfront, 132 aus den rechten und 32 aus den mittestehenden Parteien zusammen³⁶.

In den darauffolgenden Monaten überschlugen sich die Ereignisse. Sozialistische wie anarchistische Arbeiterorganisationen lehnten die Mitarbeit mit der neuen Regierung ab. Man glaubte nicht mehr an eine Verbesserung der Verhältnisse mittels bürgerlichen Reformvorhabens. Man nahm die Lage selbst in die Hand und vertraute nicht mehr den Versprechungen der Regierung. Die letzten Wochen kurz vor dem Ausbruch des Bürgerkriegs sind geprägt von Landarbeiterstreiks, illegale Landbesetzungen und nachträgliche Legalisierungen von Enteignungsmaßnahmen. Die neue Regierung arbeitete daran in Windeseile weitere Enteignungen von Ländereien durchzuführen, um den Forderungen der wütenden Arbeiterschaft entgegenzukommen. Jedoch schien alle Mühe vergebens. Die Radikalisierung und Enttäuschung auf beiden Seiten war derart fortgeschritten, dass eine friedliche Lösung der Probleme nicht mehr realistisch erschien. Bernecker fasst die Gründe für den Ausbruch des Krieges so zusammen:

*„Es war die Konfrontation zwischen der grundbesitzenden und in archaischen Strukturen verwurzelten Oligarchie mit ihren Verbündeten, die zu keinerlei Veränderung ihrer aus dem 19. Jahrhundert überkommenden privilegierten Stellung bereit waren, und Sektoren der Land- und Industriearbeiter, die in der Republik das Vehikel zur Überwindung ihrer überkommenden Benachteiligung erblickten und sich, nachdem sie in ihrer Hoffnung auf schnelle Veränderung ihrer Situation enttäuscht worden waren, von der bürgerlich-demokratischen Republik ebenso abwandten, wie ihre „Klassenfeinde“ dies bereits getan hatten. Der Bürgerkrieg war das Ergebnis dieser unüberbrückbaren Gegensätze und der verzweifelte Versuch zuerst der Rechten, in Reaktion darauf dann auch der Linken, ihr Gesellschafts-, Wirtschafts-, und Staatsmodell, das mit reformistisch- friedlichen Mitteln nicht zu erreichen war, gewaltsam durchzusetzen.“*³⁷

³⁶ Vgl. Bernecker/ Brinkmann, Kampf der Erinnerung, S. 28.

³⁷ Bernecker/Brinkmann, Kampf der Erinnerung, S. 29.

4.3 Der Putsch vom Juli 1936 und der Ausbruch des Krieges

Im Klima der politischen Radikalisierung und Gewalt, ahnte die Regierung bereits, dass die Gefahr eines antirepublikanischen Putsches seitens des Militärs Realität werden könnte. Das Militär, das sich nach wie vor als einzig „gesunder“ Teil der Gesellschaft verstand, fühlte sich dazu legitimiert in die Politik einzugreifen. Um der Gefahr eines Putsches entgegenzuwirken, wurden Umbesetzungen innerhalb der militärischen Führung durchgeführt. So verlieh man, beispielsweise General Franco das Kommando über die weit entfernten Kanarischen Inseln.

Diese Vorkehrungen konnten die Verschwörer allerdings nicht daran hindern hinter den Kulissen ihre Pläne für den coup d'état zu schmieden. Der Putsch vom 18. Juli 1936 war weitaus besser geplant als die Versuche davor. Man war sich bewusst, dass die Gegnerschaft – die organisierte Arbeiterschaft – mittels eines Generalstreiks das gesamte Land lahm legen könnte. General Mola, der seinen Posten in Pamplona (Navarra) inne hatte, war der Überzeugung, dass der Putsch nur dann siegreich sein könnte wenn man zeitgleich die Kontrolle über die Kommandos sämtlicher Militärprovinzen erobere. Die gewerkschaftlichen Organisationen sollten so zerschlagen werden, dass einer Eroberung Madrids nichts mehr im Wege stehen kann. In den Tagen unmittelbar vor dem geplanten Termin des 18. Julis ereignete sich eine entscheidende Wendung in Madrid. In Reaktion auf die Erschießung eines Offiziers der republikanischen Garde, wurde der radikale Monarchist und führende Persönlichkeit der rechten Opposition José Calvo Sotelo, von republikanischen Gardemitgliedern erschossen. Dies hatte zur Konsequenz, dass sich die Rechten in ihrem Vorhaben bestärkt fühlte³⁸.

Die Ausgangslage nach dem Putsch des 18. Juli 1936 stellte sich wie folgt dar: Die Aufständischen siegten in Marokko, Sevilla, Galizien, Navarra, Mallorca, in Teilen Andalusiens, und in den agrarischen Gebieten Altkastiliens (Burgos, Valladolid) ebenso wie Oviedo und Zaragoza. In den Händen der Republik blieben der gesamte Osten (Katalonien, Valencia, Murcia) und Norden (Baskenland, Santander, Asturias) sowie große Teile des Südens (Andalusien, Neukastilien, Extremadura). Wesentlich für die Republik war die Kontrolle über die wichtigsten Wirtschaftszentren Katalonien und das Baskenland und natürlich über die Hauptstadt Madrid. Die Aufteilung innerhalb der militärischen Streitkräfte stellte sich, rein numerisch, für die Aufständischen günstiger dar. Jedoch konnte die Republik mit der Unterstützung breiter Teile der Bevölkerung – der liberalen städtischen Mittelschichten und der organisierten Arbeiterschaft – rechnen. Somit bildete die Ausgangskonstellation ein relatives Gleichgewicht

³⁸ Seidel Collado, Der Spanische Bürgerkrieg, S. 59.

zwischen den Bürgerkriegsparteien und der gescheiterte Aufstand weitete sich zum blutigsten Krieg in Spaniens jüngster Geschichte aus³⁹.

4.4 Militärischer Verlauf

Laut Bernecker lassen sich die militärischen Aktionen des Bürgerkriegs in vier Phasen einteilen. Die erste Phase beginnt im Juli 1936 und endet im Frühjahr 1937.

Der Beginn der zweiten Phase ist die Eroberung der Nordprovinzen im Frühjahr 1937 und dauerte bis zum Frühjahr des nächsten Jahres an. Bis Dezember 1938 hielt die dritte Phase an, die von zwei entscheidenden Siegen beider Seiten geprägt ist. Die vierte und letzte Phase, die bis zum März 1939 andauerte, entschied den Ausgang des Krieges und den Sieg der Nationalisten⁴⁰. Im Folgenden werden die einzelnen Phasen des Krieges genauer beschrieben:



Bildquelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Spanischer_B%C3%BCrgerkrieg, 30.08.2010

Diese Karte zeigt die Verteilung des Landes zwischen den nationalen und den republikanischen Kräften von Juli 1936 bis Oktober 1937.

4.4.1 Die erste Phase: Frühjahr 1936 bis Frühjahr 1937:

Der Ausbruch des Krieges begann mit dem Vormarsch der nationalen Truppen auf Madrid. General Emilio Mola, befehligte seine Streitkräfte vom Norden her die Hauptstadt einzuneh-

³⁹ Vgl. Bernecker, Krieg in Spanien, S. 28.

⁴⁰ Vgl. Bernecker/ Brinkmann, Kampf der Erinnerungen, S. 25.

men. Diese wurden allerdings von republikanischen Milizionären noch vor der Grenze zur Stadt zum Stehen gebracht. Zu den symbolisch wichtigen Kampfhandlungen gehörte die Belagerung der republikanischen Truppen des Alcazár in Toledo. Oberst José Moscardó konnte sich mit seinen nationalen Einheiten, die sich im Alcazár verschanzten, gegen den Ansturm der Republikaner zur Wehr setzen. Dieses Ereignis wurde zu einer Kriegslegende des nationalen Lagers⁴¹.

Ende Juli bildeten deutsche und italienische Militärflugzeuge eine Luftbrücke über die Straße von Gibraltar und transportierten Francos Truppen – auch bekannt als das Afrikaheer – nach Andalusien. Für die nationale Seite bedeutete dies ein entscheidender Schritt in der weiteren Kriegsführung. Francos Vormarsch auf Madrid wurde von einer extremen Brutalität gegen republikanische Milizionäre und gegen die Zivilbevölkerung begleitet. Wiederholte Versuche Madrid einzunehmen scheiterte an der starken Verteidigung der Hauptstadt. Mit Hilfe der internationalen Brigaden und der unermüdlichen Beteiligung der Zivilbevölkerung konnten die nationalistischen Kräfte bis zum Ende des Krieges von der Eroberung Madrids abgehalten werden. In weiterer Folge erlitt die nationalistische Seite einige größere Niederlagen, unter anderem bei der berühmten Schlacht von Jarama (Feb. 1937) oder bei der Schlacht von Guadalajara (März 1937). Dieser Umstand zwang Franco dazu seine Strategie zu ändern und sich mehr auf den Norden zu konzentrieren⁴².

Probleme auf beiden Seiten führten zur Ausdehnung des Krieges. Mit dem Scheitern des Aufstandes verlor die Armee in den republikanischen Zonen des Landes seine Struktur. Das Überlaufen größerer Teile des Offiziersstabs auf die nationalistische Seite führte zu erheblichen Misstrauen innerhalb der Streitkräfte. Einzelne Milizen wurden gegründet, die sich je nach ihrer politischen Überzeugung orientierten. Große Instabilität, fehlendes oder veraltetes Kriegsmaterial sowie mangelnde Militärdisziplin führten zur anfänglichen Schwäche der republikanischen Streitkräfte. Im September 1936 installierte der damalige Ministerpräsident Francisco Largo Caballero eine zentrale Kriegsführung um diesen Mängeln entgegenzuwirken. Auf der nationalen Seite fehlte es an militärischer wie politischer Konzeption. Probleme in der Kriegsführung entstanden aufgrund taktischer und strategischer Unzulänglichkeiten Francos⁴³.

⁴¹ Vgl. Schauff, Frank(2006): Der spanische Bürgerkrieg, Göttingen, S. 83.

⁴² Vgl. Bernecker, Krieg in Spanien, S. 32.

⁴³ Vgl. Schauff, Der spanische Bürgerkrieg, S. 81ff.

4.4.2 Zweite Phase: Frühjahr 1937 bis Frühjahr 1938:

Die Eroberung der Nordprovinzen war, wegen deren Wirtschaftspotentials, für die Aufständischen, von besonderem Interesse. Am 26. April 1937 bombardierten italienische Flugzeuge und deutsche Bomber der Legion Condor die, für die Basken, heilige Stadt, Guernica. Mitte Juli durchbrachen die Nationalisten den “Eisernen Ring“ um Bilbao und eroberten die Stadt. In weiterer Folge eroberten die Nationalisten die Provinzen Kantabrien und Asturias. Somit verfügte Franco über die wichtigsten Industriezentren, die er in den Dienst des Krieges stellen konnte um sich auf einen langen „Zermübungskrieg“ einstellen zu können⁴⁴.

4.4.3 Dritte Phase: Frühjahr 1937 bis Dezember 1938:

Mitte April 1938 erreichten die Nationalisten einen weiteren großen Durchbruch. Sie eroberten die Provinz Castellón de la Plana und konnten somit Katalonien vom restlichen republikanischen Territorium abschneiden. Obwohl man den Krieg für die Republik schon als verloren glaubte, gelang es den Milizen die letzte große Schlacht beim Ebro im Juli 1938 für sich zu entscheiden. Im November 1938 befanden sich die Republikaner wiederum in der Defensive. Es folgte eine massive Offensive der Nationalisten gegen Katalonien, die mit einer Welle von Gewalt begleitet wurde.

4.4.4 Vierte Phase: Dezember 1938 bis März 1939:

In kurzer Zeit wurde Katalonien eingenommen. Barcelona fiel am 26. Jänner 1939. Es folgte eine Fluchtwelle nach Frankreich. Am 7. Februar ging Staatschef Manuel Azaña ins französische Exil und trat von seinem Amt zurück. In Madrid versuchte Oberst Segismundo Casado und der Sozialist Julián Besteiro einen Verständigungsfrieden mit Franco auszuhandeln, um den sinnlosen Kriegshandlungen ein Ende zu bereiten, allerdings ohne Erfolg. Franco besetzte Madrid am 28. März. Am 1. April 1939 erklärte er den Bürgerkrieg für beendet⁴⁵.

4.5 Charakteristika des Krieges

4.5.1 Militärpolitik

Zu Anfang des Krieges ging es, für beide Seiten, vorrangig um die Schaffung eines einsatzbereiten und effizienten Heeres. Wie schon erwähnt unterschieden sich die militärischen Herausforderungen auf der nationalen von denen auf der republikanischen Seite. Franco verfügte über zwei große Vorteile: eine verlässliche Lieferung der deutsch-italienischen Unterstützung

⁴⁴ Vgl. Bernecker, Krieg in Spanien, S. 32.

⁴⁵ Vgl. Bernecker, Krieg in Spanien, S. 36.

und der Einsatz der afrikanischen Truppen auf spanischem Festland. Seine Militärpolitik stützte sich auf: „*eine militarisierte Organisation des Staates und des täglichen Lebens...*“⁴⁶. Auf Grund dessen verfügten die Aufständischen zu Anfang des Krieges über ein zwar kleines aber gut ausgebildetes Heer. Zusätzlich rekrutierten die Milizen der Falange und der Karlisten Freiwillige im ganzen Land, die zusammen eine beträchtliche Summe ergaben. Obwohl die Zahl der Freiwilligen auf der republikanischen Seite zunächst höher war, fehlte es ihnen an Professionalität und Disziplin. Mit dem Ausbruch des Krieges ergriffen die antifaschistischen Milizen, die meist jegliche Regierungsautorität ablehnten, die Initiative und organisierten, einen, eher auf Improvisation ausgelegten, Widerstand. Erst ab dem Sommer 1937 kann von einem regelrechten republikanischen Heer gesprochen werden. Zusammenfassend wurde die militärische Kapazität der Republik durch: „*technische Mängel, politische Spannungen, das Fehlen einer mittleren Befehlsgewalt sowie einer effizienten Kriegswirtschaft*,“ geprägt⁴⁷.

Auf der anderen Seite hatten die Aufständischen Schwächen in ihrer strategischen Kriegsführung. Franco, der als ein sehr konservativer und altmodischer General galt, entwickelte Operationen, die viele Opfer abverlangten und zu bedingungslosen Kapitulation des Feindes führen sollten. Von Mussolini und von Hitler wurde Franco, der sich nicht von seinem Kurs abbringen ließ, für seine schwerfällige Kriegsführung kritisiert.

4.5.2 Ausländische Intervention

Obwohl die vorherrschenden Konflikte vor und während des Bürgerkrieges innerspanischer Natur waren, besteht in der Wissenschaft Einigkeit darüber, dass der Verlauf, die Dauer und der Ausgang des Krieges maßgeblich von Interventionen oder Nicht-Interventionen aus dem Ausland geprägt waren.

Eine besonders hervorragende Rolle spielte Hitler-Deutschland. Die Beteiligung Hitlers am spanischen Bürgerkrieg wird als die zentrale Bedingung für den franquistischen Sieg angesehen. Am 25. Juli 1936 beschloss Hitler im Gespräch mit seinen führenden Ministern Langelheim und Bernhardt der Bitte Francos nachzukommen und mit der Lieferung von Transportflugzeugen nach Spanien zu beginnen. Die versprochenen Flugzeuge dienten zunächst dazu, das in Marokko stationierte Afrikaheer, auf das spanische Festland zu transportieren um Franco einen entscheidenden Vorsprung zu verschaffen. Diese Operation, genannt „Feuerzauber“, dehnte sich später zu einer der stärksten Lufteinheiten unter den Namen „Legion Condor“ aus.

⁴⁶ Bernecker, Krieg in Spanien, S. 36.

⁴⁷ Bernecker, Krieg in Spanien, S. 44.

Besonderen Bekanntheitsgrad erlangte diese mit der Bombardierung der baskischen Stadt Guernica am 26. April 1937.

Deutschland lieferte regelmäßig bis zum Ende des Krieges Material, Waffen und Soldaten. Die Legion Condor beteiligte sich an allen wichtigen Kampfeinsätzen und lieferte Franco über 110 000 Tonnen Kriegsmaterial⁴⁸.

In der außenpolitischen Propaganda Hitlers, verlief sich die Begründung, für das Eingreifen in Spanien, auf die Verhinderung des Sowjetkommunismus in Europa. In der Wissenschaft sind die Motivationen Deutschlands umstritten. Jedoch vier Hauptpunkte können sich aus der Fülle der Beiträge herauskristallisieren.

Das Ziel war das Verhindern einer linken und demokratischen Regierung in Spanien, aus rein geostrategischen Gründen. Den Einfluss des restlichen Westeuropas, vor allem Frankreichs, galt es zu verhindern. Sympathien mit der Sowjetunion wollte man unterbinden. Spanien sollte in seiner Außenpolitik Deutschland treu bleiben und in Hitlers Globalkonzept eine wichtige Rolle spielen. Ein Kommentar Hitlers an den ersten deutschen Geschäftsträger unter Franco, General a. D. Faupel, zeigt diese Haltung:

*„er habe ausschließlich das Ziel, dass nach Beendigung des Krieges die spanische Außenpolitik weder von Paris oder London noch von Moskau beeinflusst würde und daher in der bestimmt zu erwartenden endgültigen Auseinandersetzung über die Neuordnung Europas Spanien sich nicht im Lager der Feinde, sondern möglichst der Freunde Deutschlands befinde.“*⁴⁹

Zum anderen bewirkte das Eingreifen in Spanien die erste wichtige Annäherung an Mussolini Italien. Der Bürgerkrieg stellte einen wesentlichen Faktor für das Entstehen der Achse Berlin-Rom dar. Bündnispolitische Überlegungen, in Hinblick des aufkommenden Krieges, waren sicherlich federführend in der Spanienpolitik Nazi-Deutschlands.

Wirtschaftliche Interessen spielten bei der deutschen Intervention ebenfalls eine große Rolle. Die Wirtschaftsbeziehungen wurden größtenteils über zwei Gesellschaften abgewickelt; HISMA (*Compánia Hispano-Marropuú de Transportes Ltda.*) und ROWAK (*Rohstoff und Warenkaufgesellschaft*).

Anfänglich dienten sie dazu, die Transporte der Militärflugzeuge über Afrika nach Spanien zu tarnen. Später kam es zu einem regelrechten Warenaustausch. Deutschland hatte besonderes

⁴⁸ Vgl. Schauff, Der spanische Bürgerkrieg, S. 145ff.

⁴⁹ Bernecker, Krieg in Spanien, S. 50.

Interesse an den Rohstoffen (Eisenerz, Kupfer, Schwefelkies) Spaniens. Hierfür gewährte Franco, Deutschland eine Mehrheitsbeteiligung an spanischen Bergwerksgesellschaften. Hier wiederum der Auftrag Hitlers an General Faupel:

*„er habe vom Führer den Auftrag erhalten, sich besonders um die Ausgestaltung der handelspolitischen Beziehungen Deutschland zu Spanien zu kümmern und die augenblicklich für uns günstige Zeit auszunutzen, damit nicht in einem späteren Stadium das kapitalkräftige England uns den Markt wegnähme.“*⁵⁰

Schließlich diene das Eingreifen in Spanien als „militärisches Experimentierfeld“ für das Erproben der neuen deutschen Luftwaffe und als „Generalprobe“ für die deutschen Truppen in Vorbereitung auf den Zweiten Weltkrieg.

Das Engagement Italiens im spanischen Bürgerkrieg war dem Deutschlands ebenbürtig. Italien schickte eine weitaus größere Zahl an Truppen und Material zur Hilfe Francos. Zeitweise wurde in der zeitgenössischen Wahrnehmung der Krieg als italienischer Krieg begriffen da, in den Augen Mussolinis eine Niederlage Francos, mit einer Niederlage des italienischen Faschismus gleichzusetzen war. Ziel der faschistischen Kräfte war eine schnelle Beendigung des Krieges. Das Engagement Mussolinis in Form von Bombern, Flugzeugen, Kanonen, Schiffe, U-Boote, Waffen, Soldaten und faschistische Milizionäre war essentiell für den Sieg Francos.

Bei zwei Gelegenheiten spielten die Italienischen Truppen eine eigenständige Rolle im spanischen Bürgerkrieg. Die Einnahme Málagas im Februar 1937 und die Schlacht von Guadalajara im März 1937. Nach einem Erfolg in Málaga folgte eine, vor allem psychologisch verheerende Niederlage in Guadalajara. Mussolini, der um seinen Ruf als faschistischer Kriegsherr besorgt war, kritisierte Franco für sein langsames Vorgehen und drohte oftmals mit der Einstellung der Unterstützung⁵¹.

Die Motive bei Italiens Spanienpolitik sind sowohl außenpolitischer als auch innenpolitischer Natur. Im Gegensatz zu Deutschland spielen wirtschaftliche Überlegungen nur eine untergeordnete Rolle.

⁵⁰ Bernecker, Krieg in Spanien, S. 59.

⁵¹ Vgl. Bernecker, Krieg in Spanien, S. 69-77.

Italien hegte Ansprüche auf spanisches Territorium (die Balearen) vor allem Zwecks Benützung im Falle eines Krieges. Ebenfalls einigten sich beide Seiten auf eine wohlwollene Neutralität, in Hinblick auf einen europäischen Krieg⁵².

Genauso wichtig wie die außenpolitischen Zielsetzungen im Spanienfeldzug waren die innenpolitischen Motive Italiens. Man versuchte über das Mittel der nationalen Mobilisierung eine innerfaschistische Systemstabilisierung zu erreichen. Der interne Propagandaeffekt sollte bei der Durchsetzung des italienischen Faschismus hilfreich sein. Diese Ziele wurden allerdings nicht erreicht, da mit der Dauer des Krieges die Motivation innerhalb der faschistischen Milizen schwand⁵³.

England und Frankreich, interessiert an einer Stabilität in Europa, versuchten den Krieg auf das Territorium Spaniens zu begrenzen, und verfolgten daher eine Nichteinmischungspolitik. Zur wichtigsten Unterstützung der Republik gehörte die Sowjetunion. Anfänglich noch um Respekt und Integrität unter den Westmächten bemüht, entsagte die UdSSR der Republik ihre Unterstützung und beteiligte sich am Nichteinmischungspakt. Im Oktober 1936 kam es zu einem radikalen Wandel in der sowjetischen Spanienpolitik, angesichts der Tatsache, dass die faschistischen Mächte Franco massiv unterstützten. Mit dem Ziel eines militärpolitischen Bündnisses mit den Westmächten, stand in der sowjetischen Propaganda die Verteidigung der Demokratie nicht aber der Ausbau des Sozialismus im Vordergrund. Daher bekämpfte gerade die kommunistische Partei Spaniens die anarchistisch-sozialistische Revolution. Abgesehen davon spielten wirtschaftliche wie militärische Überlegungen eine wesentliche Rolle. Neue Handelsbeziehungen mit Spanien wurden aufgebaut. Die UdSSR übte erheblichen Einfluss auf die Kommunistische Partei Spaniens und auf die Republik allgemein aus. Sie kontrollierte bis zu einem gewissen Grad dessen innen- wie außenpolitische Entwicklungen⁵⁴.

Obwohl die Unterstützung durch die Sowjetunion nicht immer kontinuierlich verlief, war sie entscheidend für die Kriegsführung der republikanischen Truppen und ermöglichte somit eine Fortführung des Krieges.

Durch die außergewöhnlich große Beteiligung der freiwilligen KämpferInnen auf der Seite der Republik erhielt der Spanische Bürgerkrieg ebenfalls an internationaler Bedeutung. Die vielen Freiwilligen auf der republikanischen Seite, darunter Künstler, Intellektuelle, Schrift-

⁵² Vgl. Schauff, Der spanische Bürgerkrieg, S. 150.

⁵³ Vgl. Bernecker, Krieg in Spanien, S. 76.

⁵⁴ Vgl. Bernecker, Krieg in Spanien, S. 108.

steller etc. wurden unter dem Namen „die Internationalen Brigaden“ zusammengefasst. Diese wurden von der Komintern in Freiwilligenverbände rekrutiert und schließlich in eine Miliz integriert. Zusätzlich kamen viele Freiwillige auf eigenen Wegen nach Spanien und schlossen sich einer Miliz an. Die internationalen Brigaden waren an den wesentlichen Kampfhandlungen beteiligt und stellten eine wichtige Stütze für die republikanischen Truppen dar. Insgesamt kamen rund 40000 Interbrigadisten nach Spanien, wovon ein Viertel aus Frankreich, 5000 aus Deutschland, 1400 aus Österreich, 4000 aus Italien, 1500 aus Kanada und 3000 aus den Vereinigten Staaten stammten. Von den 40000 mussten mehr als die Hälfte ihr Leben in den Schlachten Spaniens lassen⁵⁵.

4.6 Ideologische Dimension

Was bei den Nationalisten als Kreuzzug genannt hieß bei den Republikanern Klassenkampf. Die jeweilige Propaganda wurde zum Zwecke der internen Identitätsstiftung und ideologischen Ausrichtung eingesetzt. Das nationalistische Lager vereinte die Ablehnung einer, aus ihrer Wahrnehmung heraus, scheinlegale Regierung, die Spanien, wie sie es kannten, dem ideologischen „Abgrund“ nahe brachte. Obwohl anfänglich noch kein ideologisch homogenes Fundament zu beobachten war, verband die aufständischen Offiziere eine extrem ausgeprägte antimoderne und antidemokratische Haltung. Legalität und Ordnung wieder herzustellen galt als oberstes Gebot und diente ebenfalls als primäre Rechtfertigung für das Greifen zur Waffe. Ein Repräsentant Nationalspaniens sprach am Deutschen Juristentag Ende Oktober 1937 zu den Ursachen des Aufstandes vom Juli 1936:

*„In Spanien war die Ordnung zur Unordnung, aus dem machtlosen Recht war die Macht der Rechtlosigkeit geworden. Die Spanier lebten unter der Despotie der parlamentarischen Mehrheiten, die lediglich durch die gezielte Ausübung von Terror zustande gekommen waren.“*⁵⁶

Das nächste verbindende Glied war der Antimarxismus bzw. der Kampf gegen die „Sowjetisierung Europas“. Man musste das „wahre Spanien“ vor den „Klauen Moskaus“ befreien.

Schon die Auseinandersetzungen zwischen Republik und der spanischen Amtskirche während der zweiten Republik machten Religion zum zentralen Motiv im nationalistischen Kampf. Als zu Beginn des Bürgerkriegs eine Verfolgung und Ermordung von Geistlichen einsetzte, wird der Widerstand seitens der Putschisten sakralisiert. Manche Historiker bezeichnen den Spani-

⁵⁵ Vgl. Bernecker, Krieg in Spanien, S. 60.

⁵⁶ Seidel Collado, Der Spanische Bürgerkrieg, S. 165.

schen Bürgerkrieg im überzeichneten Sinne als „*letzten europäischen Religionskrieg*“⁵⁷. Die Konfrontation mit den republikanischen Kräften wird als eine Art „*Reconquista*“ oder „*Cruzada*“ (Kreuzzug) dargestellt, das sich zum Ziel setzte das Spanien des 16. Jahrhunderts zu wieder zu errichten. Die althergebrachte Ordnung, mit Franco als katholischen König, soll wieder Einzug erhalten. So schrieb der Primas der Spanischen Kirche Kardinal Isidro Gomá Mitte August 1936:

„*Es kann ohne weiteres festgestellt werden, dass sich gegenwärtig Spanien und Anti-Spanien, die Religion und der Atheismus, die christliche Zivilisation und die Barbarei im Krieg gegeneinander befinden.*“⁵⁸

Innerhalb des nationalen Lagers gab es keine homogene politische Strömung, sondern einige sich konkurrierenden ideologischen Bewegungen. So vertraten beispielsweise die *Carlisten* ein theokratisches, konservatives, reaktionäres und tief katholisches Weltbild, während die faschistische Bewegung, die *Falange*, ein eher sozialrevolutionäres Programm propagierte, das sich von der Idee der Wiederherstellung der alten sozialen Ordnung katholischer Prägung distanzierte. Franco, der in der Falange und deren charismatischen Führer José Antonio Primo de Rivera, eine Gefahr für seine Führungsposition sah, vereinte alle politischen Parteien im April 1937 unter einer Einheitspartei mit dem Namen „*Falange Española Tradicionalista y de las Juntas de Ofensiva Nacional-Sindicalista*“. Dies hatte zur Folge, dass beide Seiten, sowohl die Falange, als auch die Monarchisten Zugeständnisse zu einander machten, und gleichzeitig Teil ihres politischen Profils verloren⁵⁹.

Im Gegenzug dazu, führten die politischen Strömungen innerhalb des republikanischen Lagers offene Konflikte aus. Die Anarchisten zusammen mit den Marxisten und Sozialisten propagierten eine herrschaftsfreie Gesellschaft und standen somit in Opposition zu den bürgerlich republikanischen Vorstellungen. Während die Einen eine radikale Umgestaltung der gesellschaftlichen Ordnung und Besitzverhältnisse forderten, argumentierten die anderen zunächst nur mit der Illegalität der des Aufstandes und mit der Legitimität der republikanischen Herrschaftsform. Die anfängliche soziale Revolution in den republikanischen Landesteilen war für viele gewerkschaftliche und politische Strömungen das zentrale Gebot der Stunde und ließ den Krieg für kurze Zeit in den Hintergrund rücken. So sagte der Anführer der trotzkistischen Miliz *Partido Obrero de Unificación Marxista* (POUM) Andreu Nin, in Barcelona Anfang September 1936:

⁵⁷ Vgl. Seidel Collado, *Der Spanische Bürgerkrieg*, S. 169.

⁵⁸ Seidel Collado, *Der Spanische Bürgerkrieg*, S. 170.

⁵⁹ Vgl. Seidel Collado Carlos, *Der Spanische Bürgerkrieg*, S. 176.

*„Die bürgerlichen Demokraten träumten natürlich davon, zur Ausgangssituation zurückzu-
kehren. Viele von ihnen haben noch gar nicht gemerkt, dass von der bestandenen Ordnung
rein gar nichts mehr übrig ist und wir gegenwärtig einen tiefgreifenden Umwälzungsprozess
durchleben.“*⁶⁰

Die Divergenzen innerhalb des republikanischen Lagers sollten sich im Laufe des Krieges verstärken. Dies ist auch auf den Einfluss den die UdSSR auf die kommunistische Partei Spaniens (PCE) ausübte, zurückzuführen. Die sozialrevolutionären Entwicklungen wurden sukzessive von Moskau verhindert. Das einende Element bestand aus dem antifaschistischen Abwehrkampf und die Bewahrung der Freiheit Europas. Ebenfalls wollte man der Einmischung des Fremden, in diesem Falle Deutschland und Italiens, Einhalt gebieten. In Anspielung auf die Unabhängigkeitskriege gegen Napoleon (1808-1813) sprach die republikanische Propaganda vom Bürgerkrieg als Befreiungskrieg.

Die Spaltung des Landes zog sich durch alle gesellschaftlichen Sphären, wie etwa das Bildungswesen, die Kultur und die Kunst, hindurch. Beide Seiten kämpften, aus ihrer Sicht, um die Errettung und Neugestaltung Spaniens, gemäß den jeweiligen Vorstellungen. Eine Vermittlungsrolle zwischen beiden Lagern konnte unmöglich erfolgreich sein. Das Ende des Krieges und der Sieg Francos setzte den Möglichkeiten einer proletarisch-sozialistisch-anarchistischen Revolution bzw. einer demokratisch-republikanischen Ordnung ein Ende.

Der Staatspräsident Manuel Azaña, einer der wichtigsten Persönlichkeiten während des Bürgerkriegs, sprach in seiner Ansprache zum zweiten Jahrestag des Kriegsbeginns eine dramatische Mahnung zur Versöhnung aus, die allerdings keine Früchte tragen konnte:

*„Wenn der Krieg so endet, wie wir wollen, dass er zu Ende geht, dann ist es die moralische Verpflichtung besonders derjenigen, die ihn erleiden, die bestmögliche Lehre aus dem abschreckenden Beispiel zu ziehen. Und wenn die Fackel in andere Hände übergeht, dann sollen diese anderen Männer und Generationen im Rückblick, sobald sie wieder einmal das aufwallende Blut in sich sieden fühlen und das spanische Wesen von neuem in Intoleranz, Hass, und Zerstörungslust rast, an die Toten denken und ihre Lehren hören: Die Lehre dieser Männer, die kämpfend in der Schlacht gefallen sind, die edelmütig für ein großartiges Ideal stritten und die jetzt, im Schutze der mütterlichen Erde, keinen Hass mehr fühlen, keine Rachgedanken mehr hegen, die uns mit den Strahlen ihres Lichts, das ruhig und fern wie ein Stern leuchtet, die Botschaft der ewigen Heimat an alle ihre Kinder übermittelt: Friede, Mitleid, Vergebung“*⁶¹

⁶⁰ Seidel Collado, Der Spanische Bürgerkrieg, S. 181.

⁶¹ Bernecker, Krieg in Spanien, S. 209.

4.7 Die Folgen des Bürgerkrieges

Das Ende des Bürgerkrieges bedeutete das Ende des traumatischsten Ereignisses in der jüngeren Geschichte Spaniens. Die spanische Gesellschaft sah sich mit den verheerenden physischen als auch psychischen Folgen des Krieges konfrontiert. Die Zahl der Opfer, sowohl im Militär als auch innerhalb der Zivilbevölkerung, war erschreckend hoch. Die genaue Anzahl der Opfer ist bis heute umstritten. Der amerikanische Historiker und Wissenschaftler Gabriel Jackson nannte die folgenden Schätzungen:

Minimum	Maximum	Gestorben durch:
100 000	125 000	Am Schlachtfeld gestorben
10 000	10 000	Luftangriffe
50 000	50 000	Krankheit oder Hunger
20 000	20 000	Vergeltungsmaßnahmen in der republikanischen Zone
150 000	200 000	Vergeltungsmaßnahmen in der nationalen Zone zwischen 1936 und 1944
330 000	405 000	Tote insgesamt

Quelle: Eslava Galán Juan(2005): Una Historia de la Guerra Civil que no va a gustar a nadie, Barcelona, S. 34.

Abgesehen von den vielen Opfern, hatte der Bürgerkrieg katastrophale Folgen für die spanische Wirtschaft. 1940 war das Volkseinkommen auf den Stand von 1914 zurückgefallen und die erwerbstätige Bevölkerung sank aufgrund der hohen Verluste um mehr als eine halbe Million. Wohnungen, Häuser und Lokomotiven waren zerstört, die Industrieproduktion sank zw. 1935 und 1939 um 31 Prozent, die Agrarproduktion um rund 21 Prozent und das Volksvermögen um 25,7 Prozent.

Das durchschnittliche Pro-Kopf Einkommen sank infolgedessen um 28,3 Prozent. Auch in den ersten Jahren der Nachkriegszeit verbesserte sich die Situation der Bevölkerung kaum. Vor allem die Angehörigen der sozial schwachen Schichten und der Arbeiterschaft bekamen die wirtschaftlichen Folgen besonders zu spüren. Während des ersten Nachkriegsjahrzehnts, die man auch die „Hungerjahre“ (*Años de Hambre*) nannte, litten weite Teile der Arbeiterschaft an Hunger. Gekoppelt mit der Lebensmittelknappheit und den sinkenden Reallöhnen erblühte ein reger Schwarzmarkt, der die Preise noch mehr in die Höhe schießen ließ. Zudem reichten die gesetzlichen Löhne zur Bestreitung des täglichen Lebens nicht aus. Um die le-

bensnotwenigen Ausgaben tätigen zu können, gingen viele eine Zweit- oder Drittbeschäftigung nach⁶².

Mindestens genauso schlimm wie die materiellen Schäden waren die ideologischen und psychologischen Folgen des Krieges. Die Niederlage der republikanischen Kräfte markierte einen traumatisch historischen Bruch und prägte die Arbeiterschaft bis zum Ende des Franquismus. Durch den Bürgerkrieg wurde die spanische Gesellschaft in das Lager der Sieger und das der Besiegten geteilt. Die Konsequenzen dieser Lagerbildung sind bis zum heutigen Tage zu spüren. Während der unmittelbaren Nachkriegszeit schien die Kluft zwischen den ehemaligen Kriegsparteien unüberwindbar. So sagte beispielsweise Raimundo Fernández Cuesta, damalige falangistische Generalsekretär, im Jahr 1951:

*„Zwischen ihrem Spanien und unserem Spanien besteht ein Abgrund, der nur durch Reue und Unterwerfung unter unsere Doktrin überwunden werden kann. Andererseits ist es besser, dass sie jenseits des Abgrundes bleiben; falls sie ihn heimlich zu überqueren trachten, sollen sie umkommen.“*⁶³

4.8 Nachkriegsjahre

4.8.1 Ziele der Siegermacht

Für die Sieger bzw. für das nationale Lager stand fest, dass sie das Land von nun an regieren würden. Der politische Gegner, die republikanischen Anhänger, wurde als das absolut Böse dargestellt. Es galt an ihm Vergeltung zu üben. Revanche und Racheakte setzten nach Beendigung des Krieges mit besonderer Grausamkeit ein. Das neue Regime setzte sich zu Anfang ihrer Diktatur drei große Aufgaben: *„erstens die Suche nach einer Legitimationsgrundlage, zweitens die völlige Beseitigung aller gegnerischen Organisationen und die Ausschaltung jeder Opposition, drittens die Einkommensumverteilung zugunsten der herrschenden Klasse“*⁶⁴.

Die katholische Kirche war für die Schaffung einer Legitimationsgrundlage für die Siegermächte ausschlaggebend. Den Sieg der „Aufständischen“ stellte man als den göttlichen Willen dar, der das wahre Spanien vor dem „Anti-Spanien“ zu bewahren trachtete. Nicht ohne Grund bezeichnete man den Aufstand vom 18. Juli 1936 als einen „Kreuzzug gegen das Böse“. Schon am 27. August 1938, vor Beendigung des Krieges, erklärte Franco:

⁶² Vgl. Bernecker/Brinkmann, Kampf der Erinnerungen, S. 89ff.

⁶³ Bernecker/Brinkmann, Kampf der Erinnerungen, S. 88.

⁶⁴ Bernecker/Brinkmann, Kampf der Erinnerungen, S. 95.

*„Der Spanienkrieg ist keine künstliche Angelegenheit; er ist die Krönung eines historischen Prozesses, er ist der Kampf des Vaterlandes gegen das Anti-Vaterland, der Einheit gegen die Abtrennung, der Moral gegen das Verbrechen, des Geistes gegen den Materialismus, und er hat keine andere Lösung als den Sieg der reinen und ewigen Prinzipien über die Bastarde und Anti-Spanier“*⁶⁵

General Franco wurde, ähnlich wie ein König, als ein, von Gott gegebener Herrscher, installiert. Als „Retter“ vor dem ideologischen Abgrund, setzte sich Franco an die Spitze eines Regimes, das, mit den vom Glauben gegebenen Rechten, willkürlich regierte.

Systematisch wurde die Opposition sowohl physisch als auch ideologisch vernichtet. Angefangen von der Verfolgung bzw. Vernichtung politischer Gegner, bis hin zur allgemeinen Zensur wurde jede regimekritische Regung unterdrückt. Auch die Einkommensverhältnisse wurden zugunsten der Siegermächte organisiert. Angestrebt wurde eine Rückkehr zu den Strukturen, wie sie vor der Ausrufung der zweiten Republik herrschten. Jede liberale bzw. moderne Tradition sollte eliminiert werden.

4.8.2 Repression, Verfolgung und Exil

Neben den Gefallenen im Zuge von Kampfhandlungen, kamen rund 200 000⁶⁶ Personen durch Massenerschießungen oder willkürliche Gefangennahmen zwischen 1936 und 1944 ums Leben. Schon während des Krieges kam es zu regelrechten Massakern in der nationalen Zone. Ein Beispiel für die systematische Gewalt ist das Massaker von Badajoz am 14. August 1936, bei dem rund 4000 Personen in der Stierkampfarena zusammengetrieben und erschossen wurden. Später kam es zu so genannten Schnellgerichten (*juicios sumarísimos*) bzw. Militärstandgerichte, die jeglicher Rechtsstaatlichkeit entbehrten. Allein in der Provinz León soll es bis Dezember 1940 8000 solcher Verurteilungen gegeben haben, wovon 3000 Todesurteile vollstreckt wurden. Schon am 9. Februar 1939 wurde das „Gesetz über politische Verantwortlichkeiten“ (*Ley de Responsabilidades Políticas*) erlassen – zu dessen Ausführung Sondergerichte eingesetzt wurden. Es sollte die Verfolgung und Verhaftung der Anhänger der republikanischen Seite rechtfertigen. Den Vorsitz führten Militär Richter, die dazu angehalten wurden die Prozesse möglichst schnell abzuwickeln. Das Gesetz bezog sich ebenfalls auf die Zeit vor Juli 1936, um vor allem die Mitwirkenden des asturianischen Oktoberaufstandes 1934 bzw. alle Sympathisanten der Zweiten Republik mit einzubeziehen zu können. Der Verabschiedung des Gesetzes folgte eine Flut von Prozessen und Verurteilungen. Bis zum 30. Oktober 1941

⁶⁵ Vgl. Bernecker/ Brinkmann, Kampf der Erinnerungen, S. 145

⁶⁶ Vgl. Eslava Galán, Una Historia de la Guerra Civil que no va a gustar a nadie, S. 34

wurden 125 286 Prozesse eröffnet. Bis dahin hatte man allerdings nur 38 055 (30 Prozent) Urteile vollstreckt, so dass am 19. Februar 1942 die Sondergerichte wieder abgeschafft und die ausständigen Fälle den zivilen Gerichtshöfen übertragen wurden⁶⁷.

Zusätzlich zur allgemeinen Repression, errichtete das franquistische Regime ein landesweites Netzwerk von Haft-, Arbeits- und Konzentrationslagern. Besonders in den ersten Nachkriegsjahren, zwecks physischer Eliminierung des Kriegsgegners, verbreiteten sich insgesamt 900 Haftanstalten verschiedenen Typs: 194 Konzentrationslager, 217 Zwangsarbeiterbataillone, 87 Disziplinierungsbataillone und 200 Gefängnisse. Die vielen Arbeitslager waren dazu gedacht Hunderttausende republikanische Häftlinge zum Aufbau des „Neuen Staates“ heranzuziehen. Man errichtete keine Vernichtungslager, sondern vielmehr „Umerziehungsanstalten“ zur „Ausmerzung der Sünde“ und zur „Reinigung des Geistes“. Viele tausende Zwangsarbeiter wurden ebenfalls zur Wiederherstellung der zerstörten Infrastruktur, beim Eisenbahn- und Straßenbau bzw. beim Anlegen von Stauseen und Bergwerken, eingesetzt. Schätzungen gehen davon aus, dass es bis zu 400 000 Zwangsarbeiter während des Franquismus in Spanien gab⁶⁸. Die folgende Grafik zeigt das Ausmaß der Repression in Spanien.



Abgesehen von den Repressionsmechanismen innerhalb der Staatsgrenzen wurden hundertausende SpanierInnen dazu gezwungen das Land zu verlassen und im Exil zu verweilen. Der Großteil der Fluchtwelle erstreckte sich über die Pyrenäen nach Frankreich, aber auch nach Mexiko, Argentinien, England, Nordafrika oder in der Sowjetunion fanden exilierte SpanierInnen Zuflucht. Für viele dauerte das Exil lebenslang, während andere (fast die Hälfte der Flüchtlinge) schon in den ersten Monaten nach dem Krieg nach Spanien zurückkehrten. Frankreich selber sah sich von der „roten Flut“ überrollt und steckte die Mehrheit der Exilanten in, im Süden Frankreichs gelegene, Konzentrationslager, wo viele unter furchtbaren Bedingungen und bei hohen Minusgraden ums Leben kamen. Später beteiligten sich rund 50 000 exilierte SpanierInnen am französischen Widerstand gegen Hitler-Deutschland, wobei ebenfalls viele ihr Leben opferten (15 000 wurden in das Konzentrationslager Mauthausen gebracht wovon nur ca. die Hälfte überlebte)⁶⁹.

4.9 Das erzwungene Gedächtnis im Franquismus

Vom ersten Tag an war das Franco-Regime darum bemüht jegliche Erinnerung an die Zeit der Republik bzw. an das Schicksal der republikanischen Opfer zu eliminieren. Systematisch wurde jegliches Beweisstück an ein ehemaliges demokratisches Spanien vernichtet. Dies wurde auf verschiedenem Wege bewerkstelligt: physisch, durch die Ermordung bzw. Ausschaltung republikanischer Anhänger, politisch, durch die vollständige Machtaufteilung unter den Siegermächten, intellektuell, durch Zensur und Verbote, propagandistisch, durch einseitige Indoktrinierung und kulturell, durch die Eliminierung jeglicher Symbolik des Gegners. Allen Maßnahmen war gemein die Herrschaft des Franquismus als Kontinuität der spanischen imperialen Großmachtpolitik darzustellen. Man suchte eine Legitimierungsgrundlage, die in der glorreichen aristokratisch kolonialen Vergangenheit zu Grunde lag.

Während des Bürgerkriegs und danach wurden zahlreiche Orts- und Straßennamen umbenannt bzw. erhielten Suffixe, die einen Vertreter des Regimes ehrten. So wurde beispielsweise aus Ferrol (Galizien) *Ferrol del Caudillo* (Ferrol des Anführers) oder aus der *Plaza de la República* in Salamanca wurde *Plaza de España* (der Platz Spaniens). Folgend werden einige Beispiele angeführt:

⁶⁹ Vgl. Juliá, Santos (Hrsg.), *Víctimas de la guerra civil*, S. 282-287

<u>Name vor dem 18.7.1936</u>	<u>Name nach dem 18.7.1936</u>
Paseo de la Isla	Avenida del Generalísimo
Plaza de la República	Paseo de José Antonio
Plaza de la Libertad	Paseo de Calvo Sotelo
Plaza del Instituto	Plaza del Dr. Albinana
Calle del Progreso	Calle General Mola
Travesía del Mercado	Calle General Queipo de Llano

Quelle: Bernecker/Brinkman, Kampf der Erinnerungen, S. 213.

Zudem verbreitete sich das Bildnis Francos wie ein Lauffeuer in ganz Spanien. Ob durch Statuen, Standbilder, Plakate, Postkarten oder Portraits, die Ikonographie des Diktators beherrschte über kurz oder lang den öffentlichen Raum. Es entwickelte sich ein beabsichtigter Personenkult rund um den Diktator. Er schien das ganze Regime mit seiner Person zu verkörpern sowohl im Inland als auch im Ausland⁷⁰.

Neben den Denkmälern und Statuen gehörten auch Gedenkfeiern zur Erinnerungspolitik des Franquismus. Feiertage die einen klaren Bezug zur republikanischen Vorkriegszeit hatten (wie Bspw. Der 14. April- Tag der Gründung der Zweiten Republik) wurden aus dem Festtagskalender gestrichen, und andere wiederum in ihrer Bedeutung neu interpretiert. Die Tage die für den Franquismus von großer Bedeutung waren wurden zu neuen Feiertagen erhoben wie beispielsweise der 1. April, der Tag des Sieges (*Día de la Victoria*) und der 18 Juli, der Tag des Aufstandes. Sowohl der 1. April wie der 18. Juli sollen daran erinnern, dass das Regime sich die Macht im Zuge eines erfolgreichen Krieges „legitim“ erkämpft hatte. Der militärische Sieg war in den ersten Jahren der Diktatur die Legitimierungsgrundlage. Viele bereits bestehende Feiertage wurden unter neuem Deckmantel gefeiert. Wie beispielsweise der 12. Oktober, der zuvor als Tag der Schutzpatronin Spaniens, Virgin del Pilar, bekannt war, wurde als „Tag der Hispanität“, *Día de la Hispanidad* umgepolt⁷¹.

Neben einer breiten Masse an Literatur und Filmen, die der franquistischen Sache dienten entstand 1942 das bedeutendste Sprachrohr des Regimes: die staatliche Wochenschau NO-DO

⁷⁰ Vgl. Bernecker/Brinkmann, Kampf der Erinnerungen, S.155-163.

⁷¹ Vgl. Aguilar, Paloma/Humblebaek, Carsten(2002): Collective Memory and National Identity in the Spanish Democracy. The legacies of Francoism and the Civil War. In: Rein, Raanan (Hrsg.) History and Memory.Studies in Representation of the Past. (Bd. 14, H. 2) S. 121-165.

(*Noticiarios y Documentales*). In allen kommerziellen Kinos musste die Wochenschau vor dem Spielfilm gezeigt werden und erreichte so ein sehr großes Publikum. Es eignete sich als exzellentes Mittel der Propaganda und der politischen Sozialisation. Die letzte NO-DO Vorstellung wurde 1981 ausgestrahlt, die jedoch, seit dem Tod des Diktators, immer deutlicher die Demokratie befürwortete⁷².

⁷² Vgl. Bernecker/Brinkmann, Kampf der Erinnerungen, S. 182-188.

5 Der Spanische Bürgerkrieg heute: Zwischen Erinnern und Vergessen

5.1 Legislaturperiode Aznar (1996-2004)

Der Sieg der *Partido Popular* bei den Parlamentswahlen am 3. März 1996 markierte das Ende der vierzehnjährigen sozialistischen Ära unter Felipe Gonzalez. Die neue Generation konservativer PolitikerInnen stand für die Konsolidierung der Demokratie, dahingehend, dass das politische System nach den Ereignissen der Transición wieder von zwei großen Parteien regiert wurde. Die neue Regierung besetzte zentrale Politikfelder. Dazu gehörten die aktuelle Wirtschaftsentwicklung, die, nach einer langen Phase der Stagnation, sich wieder im Wachstum befand, und der Sozialbereich. Ein neoliberaler Pragmatismus prägte den neuen Politikstil. Der Machtwechsel durch die Konservativen bewirkte einige Veränderungen im Hinblick auf die Geschichtspolitik. Diese Veränderungen kamen überraschenderweise nicht von der Seite der Regierung sondern von der Seite der sozialistischen Partei. Sie erreichten, dass erstmals, durch das Brechen des Schweigens, die Problematik der Vergangenheit wieder Gegenstand öffentlicher Debatten wurde. Mit der Hoffnung politisches Kapital aus der Frage schlagen zu können, wurde das Thema Geschichtspolitik, im erhöhten Maße zum allgemeinen Disput. Auch das konservative Lager, das sich durch den Wahlsieg in dessen Selbstbewusstsein gestärkt fühlte, zeigte keine Hemmungen radikalere Positionen einzunehmen. So erschienen in den späten 90er Jahren und Anfang des neuen Millenniums eine ganze Reihe revisionistischer Journalisten, Autoren und Historiker, die einen beachtlichen Bekanntheitsgrad erreichten. Die rechtsgerichteten Wissenschaftler bezogen sich auf die „Oktoberrevolution“ 1934 der spanischen Arbeiterbewegung, der als der eigentliche Putsch gegen einen demokratisch legitimierten Staat dargestellt wurde. Hintergrund dieser Argumentation war die Rechtfertigung des Putsches vom 18. Juli 1936⁷³.

Fast gleichzeitig, sichtlich als Reaktion auf die aktuelle Entwicklung, kam es zu einem deutlichen Aufleben der linken Zivilgesellschaft. Organisationen, die nach den Überresten Ihrer Vorfahren suchten, begannen mit groß angelegten Exhumierungskampagnen bekannter Massengräber. Die Initiative des Nachfahren eines so genannten „Verschwundenen“ auf der republikanischen Seite, Emilio Silva, brachte den Stein ins Rollen. Seine Organisation *Asociación para la Recuperación de la Memoria Histórica*(ARMH) (Organisation zur Rehabilitation der Erinnerung), die im Jahr 2000 gegründet wurde, bewirkte einen regelrechten Memory-Hype. Die PSOE, die zu dem Zeitpunkt eine Oppositionspartei war, sah sich durch die Si-

⁷³ Vgl. Bernecker/Brinkmann, Kampf der Erinnerungen, S. 283-287.

tuation begünstigt und reagierte mit einigen Gesetzesentwürfen, im Bezug auf die Geschichtspolitik, im Parlament. Gegenstand ihrer Forderungen war hauptsächlich die Regierung dazu zu verpflichten, aktiv erinnerungspolitische Initiativen zu unterstützen (sowohl finanziell als auch personell) und den Putsch vom 18. Juli 1936 und dessen Folgen öffentlich zu verurteilen. Die Regierung zeigte sich in diesen Belangen äußerst zurückhaltend und beharrte nach wie vor auf die Kollektivschuldthese⁷⁴.

Im Jahr 2002, aufgrund von internationalem Druck, kam es zu einer Einigung im Parlament. Die PP willigte auf eine Resolution ein, die den Putsch von 1936 verurteile und die Regierung zur aktiven Unterstützung der Erinnerungsarbeit verpflichtete⁷⁵. Allerdings hielt die erwartete Kooperation nur für kurze Dauer an, da sich die PP, nach der Verabschiedung, wieder in ihr gewohntes Schweigen hüllte.

5.2 Legislaturperiode Zapatero (2004-2008)

Zwei Tage nach den Anschlägen in Madrid am 11. März 2004 gewann, gegen allen Erwartungen, die sozialistische Partei die Parlamentswahlen. Mit drei Hauptthemen trat der neue Ministerpräsident José Rodríguez Zapatero seine Amtszeit an:

1. Forderungen im Bereich des Zivilrechts: z.B. die Ehe zwischen gleichgeschlechtlichen Paaren
2. Forderungen im Bereich der Regionalpolitik in Spanien: Katalonien und das Baskenland
3. Forderungen bezüglich der *Memoria Historica* (Erinnerungsarbeit)

Zum Beginn der Realisierung dieser Forderungen gründete Zapatero am 11. Sept. 2004 eine interministerielle Kommission, die sich den Belangen der Vergangenheitspolitik widmen sollte. Diese Belange reichten von der Entfernung der faschistischen Symbolik bis zur aktiven Unterstützung der zivilen Erinnerungsarbeit. Der Druck der Zivilgesellschaft stieg in dem Ausmaß, das kurze Zeit darauf, im November 2004, das Parlament die Kommission aufforderte die Entfernung aller faschistischen Symbolik auf allen Ebenen per Gesetz zu verordnen. Heftige Diskussionen verursachten, vor allem, die noch vorhandenen Franco-Statuen. Folglich wurden im Laufe der kommenden Jahre einige Statuen entfernt, unter anderem in Madrid, Guadalajara und Melilla. Auf das Themenfeld der Symbolik wird im Laufe der nächsten Abschnitte noch näher eingegangen werden.

⁷⁴ Vgl. Bernecker/Brinkmann, Kampf der Erinnerungen, S. 290.

⁷⁵ Vgl. Cuesta, Josefina(2008): La odisea de la memoria. Historia de la memoria en España Siglo XX, Madrid, S. 331.

Des Weiteren verursachte die regional spezifische Erinnerung der Geschichte, Konflikte in der spanischen Öffentlichkeit. Ein Konflikt zwischen der Zentralregierung und der Regierung in Katalonien sorgte für großes Aufsehen. Er handelte von den so genannten „Papieren von Salamanca“, katalanische Dokumente aus dem Bürgerkrieg, die sich im Besitz des Bürgerkriegsarchivs von Salamanca (Castilla y León) befanden. Während die linksnationalistische Partei in Barcelona die Rückgabe der Papiere an Katalonien forderte, formierte sich in Salamanca eine lautstarke Protestbewegung gegen die Rückgabe der Dokumente und für die Einheit Spaniens. Die große Polemik ist ebenfalls mit den, gleichzeitig laufenden, Verhandlungen zum katalanischen Autonomiestatut zu erklären. Der, von der Regierung vorgelegte, Entwurf stieß auf großes Misstrauen innerhalb der nicht-katalanischen Bevölkerung. Man befürchtete einen Widerspruch mit der spanischen Verfassung. Schlussendlich mündeten die Auseinandersetzungen in das Rückgabegesetz von 15 September 2005, das die „Papiere von Salamanca“ zurück nach Katalonien überführte⁷⁶.

Die Vergangenheitspolitik in der ersten Legislaturperiode Zapateros (2004-2008) konzentrierte sich hauptsächlich rund um das so genannte „*Ley de memoria*“ - das Gesetz der Erinnerung. Die Arbeit der zugeteilten Kommission unter der Leitung des Vizepräsidenten María Teresa Fernández de la Vega, sah sich mit einer breiten Fülle an Forderungen zu dem Gesetz konfrontiert. Aufgrund der immer komplexer werdenden Materie, musste die Formulierung des Gesetzesvorschlages dreimal verschoben werden. Die Breite der Forderungen reichte von staatlichen Beteiligungen an den Exhumierungen bis zur Entschädigung von Zwangsarbeitern und Rückerstattung von geraubtem Eigentum.

Das Jahr 2006, 70 Jahre nach dem Ausbruch des Krieges, wurde von der amtierenden Regierung als das „Jahr der Erinnerung“ ernannt. Die Regierung sah sich, allein aus Prestigegründen, dazu gezwungen, sobald als möglich, konkrete Schritte zu setzen und präsentierte schlussendlich Ende Juli 2006 den Gesetzesvorschlag. Wie zu erwarten war, löste der Gesetzesvorschlag sehr kontroverse Reaktionen aus. Kritische Stimmen kamen von rechter wie von linker Seite. Die PP verurteilte Zapatero „*alte Wunden aufreißen zu wollen, die nur neue Probleme verursachen*“⁷⁷. Die linke Seite sah ihre Forderungen aufgrund des sehr allgemein gehaltenen Textes nicht ausreichend erfüllt und reagierte kritisch bis ablehnend auf den Gesetzesvorschlag. Eine lange Phase der Auseinandersetzungen im Parlament und in der Öffentlichkeit folgte der Präsentation des Gesetzesentwurfs. Gewisse strittige Punkte führten zu

⁷⁶ Vgl. Bernecker/Brinkmann, Kampf der Erinnerungen, S. 335f.

⁷⁷ Vgl. El País (o.V.:29. Juli 2006: o.S.).

Verhandlungsblockaden. Schlussendlich wurde das Gesetz Ende Oktober 2007 vom Parlament verabschiedet. Abgesehen von den augenscheinlichen Verbesserungen, sorgte der sehr „verdünnte“ Gesetzestext für große Enttäuschungen innerhalb der zivilen Bewegung.

Die Debatten rund um den Gesetzesentwurf wirkten sich negativ auf das Image der sozialistischen Partei aus. Es lag demnach im Interesse der Partei, im Hinblick auf die aufkommenden Wahlen 2008, das Thema Bürgerkrieg und Franco-Diktatur so schnell als möglich abzuschließen um weiteren Verlusten entgegenzuwirken. Daher konnte man bis jetzt ein Bemühen seitens der Regierung die beschlossenen Maßnahmen in die Tat umzusetzen, kaum bis gar nicht feststellen⁷⁸.

5.3 Die schwierige spanische Identität

Schlüsselereignisse in der Geschichte prägen nach wie vor die spanische Gesellschaft. Welche sind diese und in welchem Ausmaß führen sie zur problematischen Beziehung Spaniens mit dessen Vergangenheit? Welche Faktoren spielen hier eine Rolle? Sind die Gründe innerhalb der Gesellschaft zu suchen? Das folgende Kapitel widmet sich diesen Fragen.

5.3.1 Die Bedeutung des „Pakt des Schweigens“ für die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung

„*El dictador murió en la cama*“, (der Diktator starb im Bett), wie man in Spanien zu sagen pflegt, beschreibt, nur zu treffend, die Ereignisse der *Transición*. Zwei Tage nach dem Tod Francos kam es zur Inthronisierung des Nachfolgers der spanischen Krone – der bourbonische Prinz Juan Carlos I. Offen blieb ob der Franquismus, als Regierungsform, weiterhin bestehen würde. Als jedoch am 22. November 1975 der, eben erst gekrönte, Juan Carlos verkündete, er werde „der König aller Spanier sein“, gab es zu dieser Frage keine Zweifel mehr – eine politische Reformierung stand am Programm. Ein halbes Jahr später wurde Adolfo Suárez, ehemaliger Generalsekretär in der franquistischen Staatspartei, vom König als Regierungschef eingesetzt. Es war letztendlich Adolfo Suárez, der für die überaus erfolgreiche politische Transformation verantwortlich war. Im bestehenden System leitete er, ohne einen gewalttätigen Bruch zu verursachen, die Demokratisierung ein. Einer der ersten Schritte des neuen Regierungschefs war die Durchsetzung einer Generalamnestie, die sich auf alle Straftaten (ausgenommen jene in Verbindung mit Mord) mit politischem Hintergrund während des Franquismus bezog.

⁷⁸ Vgl. Interview mit Prof. Jesús de Andrés Sant vom 28. Sept. 2009 S. 1.

Daraus resultierend kam es zu keinem Systemwechsel aufgrund einer Revolte oder einer Revolution, sondern in Folge des Ablebens von Diktator Franco. Die *Transición* ging ohne merkliche gesellschaftliche Erschütterungen von statten. Diese Tatsache prägte den weiteren Verlauf des jungen Spaniens nachhaltig.

In den ersten Jahren nach dem Tod des Diktators dominierte die Angst vor einer Wiederholung eines bürgerkriegsähnlichen Szenarios. Diese allgegenwärtige Furcht war die Motivation für die post-diktoriale spanische Gesellschaft sich bezüglich ihrer Vergangenheit in Schweigen zu hüllen bzw. die Schuld des eigenen Lagers mit der des Gegners gleichzusetzen. Anerkennung der eigenen Mitschuld, beruhte zum Teil auf Verzicht der Aufarbeitung der spezifisch eigenen Vergangenheit.

*„Die Vergebungsbereitschaft beider Seiten beruhte in der Regel auf der Anerkennung einer Mitschuld des jeweiligen Lagers und zielte im Kern auf den Verzicht einer gegenseitigen Aufrechnung historischer Verantwortlichkeiten.“*⁷⁹

Diese Haltung hat weitreichende Folgen für die Vergangenheitspolitik im aktuellen Spanien. Auf der einen Seite ist sie dafür verantwortlich, dass Erinnerungsarbeit nach wie vor nicht zu den Selbstverständlichkeiten spanischer Politikkultur zählt. Auf der anderen Seite kam es nur dank des „freiwilligen beidseitigen Vergessens“ der eigenen Vergangenheit zu dem friedlichen und durchaus erfolgreichen Übergang zur Demokratie.

*„Diese Gesellschaft wirkte, als ob sie lieber die Vergangenheit vergessen würde als für ihr Leiden Rechenschaft zu verlangen. Der Wille zum Vergessen trug dazu bei, dass Spanien statt einem Bruch mit der Vergangenheit einen reformistischen Übergang erlebte.“*⁸⁰

Ebenfalls erstaunlich ist es, dass das „freiwillige Vergessen“ von nahezu allen Parteien mitgetragen wurde inklusive diejenigen, die während des Krieges bzw. der Diktatur mit Repression und Ermordungen konfrontiert waren. Die Professorin Núñez Díaz-Balart an der Universidad Complutense in Madrid betont in einem Interview, dass die „Kooperation“ der linken Parteien im „Pakt des Schweigens“ enorme Auswirkungen auf die Nachkommen der Bürgerkriegsverlierer hatte. Der Verlust an Erinnerung, das Vergessen über die eigene Geschichte ging mit dem konsequenten Schweigen einher⁸¹.

Die aktuelle Erinnerungsbewegung entstand aus der Tradition des Schweigens heraus, sozusagen als Reaktion auf die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte. Daher ist es nur verständlich,

⁷⁹ Bernecker/Brinkmann, Kampf der Erinnerungen, S. 236.

⁸⁰ Cuesta, La odisea de la memoria, S. 380.

⁸¹ Vgl. Interview mit Prof Núñez Díaz-Balart vom 28. Sept. 2009 S.1.

dass eine Geschichte, die rein zeitlich weit entfernt liegt, in den letzten Jahren größere Brisanz erfuhr als sie in den Jahren zuvor hatte.

5.3.2 Die Wiederkehr der Geschichte

Warum kommt es gerade in den letzten 10 Jahren zu einer Renaissance der Erinnerung? Dazu gibt es einige Erklärungsansätze, die einerseits den speziell spanischen Fall betreffen, und andererseits in der allgemeinen Gedächtnistheorie zu finden sind. Aleida Assmann schreibt in ihrem Werk „Der lange Schatten der Vergangenheit“, dass, der Wechsel der Generationen zu einer Verschiebung des Erinnerungsprofils führt.

*„Eine bestimmte Atmosphäre von Erfahrungen, Werten, Hoffnungen und Obsessionen lösen sich auf und neue kommen an ihre Stelle.“*⁸²

In ihrem Einführungsbuch schreibt Astrid Erll, dass der so genannte „Erinnerungs-Boom“ in Europa daher rührt, dass die Zeitzeugengeneration immer kleiner wird und infolgedessen das *„kommunikative oder das Familiengedächtnis“* abbricht. Man sieht sich gezwungen, auf andere *„Modi der Gedächtniskonstruktion zurückzugreifen.“*⁸³

Die Frage welcher Generation man angehört stellt sich in der spanischen Erinnerungsdebatte, ebenfalls als bedeutend heraus. Die Historikerin Josefina Cuesta Bustillo teilt in ihrem Beitrag in der spanischen Zeitschrift für Zeitgeschichte „Hispania Nova“ die spanische Gesellschaft in 3 Generationen:

1. Die Generation geboren zwischen 1927-1936 nennt Sie *„Testigos oculares“* – die Augenzeugengeneration, erfuhren die II Republik und den Bürgerkrieg.
2. Geboren zwischen 1956-1968 werden *„Hijos“* (Kinder) genannt. Sie hatten den Bürgerkrieg zwar nicht mehr miterlebt bekamen jedoch die Nachkriegszeit und die Franco-Diktatur am eigenen Leib zu spüren.
3. Schließlich spricht sie von denjenigen, die nach 1975 geboren wurden. Sie sind bereits in der Demokratie aufgewachsen und hatten die Diktatur selber nicht mehr miterlebt.

⁸⁴

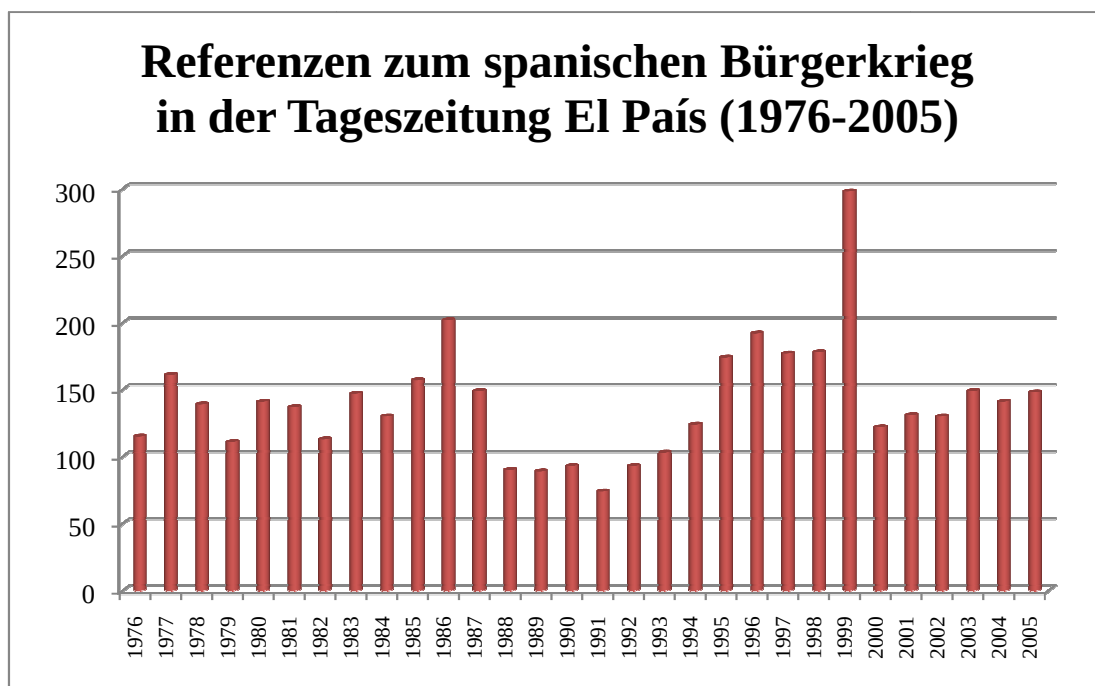
Auffällig ist, dass mit dem Wegfallen der Zeitzeugengeneration die Vergangenheit sich zu einer immer größeren Angelegenheit in der spanischen Gesellschaft entwickelte.

⁸² Assmann Aleida, Der lange Schatten der Vergangenheit, S. 28.

⁸³ Erll, Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen, S. 4.

⁸⁴ Vgl. Cuesta Bustillo, Josefina (2007): The levels of memory. Generational, “Contemporary”, Succession and Transfer in Spain (1931-2006). In: Hispania Nova. Revista de Historia Contemporánea, H.7, S. 2f. Online unter: www.hispanianova.rediris.es

Bis dato wurde hauptsächlich im Rahmen des Familienkreises erinnert und die Grenzen der Privatheit wurden nicht gebrochen. Mit dem Abbrechen der Zeitzeugengeneration musste man, wie schon oben erwähnt, andere Möglichkeiten der Konservierung der eigenen Erinnerung finden. Das neue Millennium brachte eine Gruppe junger SpanierInnen hervor, die Nachforschungen über ihre vermissten Vorfahren anstellten. Die junge Elite Spaniens, die zum Großteil eine ablehnende Haltung gegenüber dem Franco-Regime einnahm, repräsentierte die neue Erinnerungsbewegung. Einer Umfrage aus dem Jahr 2000 (Ein Vierteljahrhundert nach dem Tod Francos) ergibt, dass 47 Prozent in der Altersgruppe der 45- bis 59-Jährigen die Franco-Ära als eine Epoche mit sowohl guten als auch schlechten Seiten beschreibt. In der Altersgruppe der über 60-Jährigen erhöht sich dieser Anteil auf 52 Prozent. Die größte Ablehnung gegenüber dem Franquismus ist in der jüngeren Generation zu finden. 43 Prozent der 18- bis 29-Jährigen und 46 Prozent der 30- bis 44-Jährigen bewerten die Franco-Epoche als „negativen“ Zeitabschnitt, und nur 7 Prozent bekennt sich zu einem positiven Urteil. Das Ergebnis ist ebenfalls auf die Tatsache zurückzuführen, dass die älteren Generationen sowohl die Grauen der Nachkriegszeit, als auch den Wirtschaftsboom der 60er Jahre miterlebten, während die jüngeren Generationen keinen persönlich positiven Bezug zum Franquismus herstellen können⁸⁵. In Summe ist eine eindeutige Sensibilisierung zu bemerken. Die zunehmende Präsenz des Themas in den spanischen Medien ist dafür kennzeichnend.



Bildquelle: Cuesta, La odisea de la memoria, S. 307.

⁸⁵ Vgl. Bernecker/Brinkmann, Kampf der Erinnerungen, S. 305-306/El País (o.V.19. Nov.2000: o.S.).

So hatte beispielsweise die Tageszeitung *El País* im Jahr 1991 50 Referenzen zum spanischen Bürgerkrieg und 1999, zur Zeit des Aufkommens der Erinnerungsbewegung, 300 Referenzen⁸⁶.

Nicht zu unterschätzen ist der Druck seitens der internationalen Gemeinschaften, der auf die spanische Regierung ausgeübt wurde. Das große internationale Interesse für den spanischen Fall bewirkte einen zusätzlichen Anstoß zugunsten einer kritischen Aufarbeitung der Geschichte.

5.3.3 Spanische Identität zweigeteilt: Die Haltung der Großparteien

Die Situation Anfang des neuen Millenniums stellte sich somit für die sozialistische Partei als vorteilhaft heraus. Mit dem Brechen des Schweigens konnte man politisches Kapital aus den Fragen der Vergangenheit schöpfen. Als Verteidigerin der Zivilgesellschaft, präsentierte sich die PSOE sowohl in der Opposition als auch dann kurze Zeit darauf in der Regierung.

Die konservative Partei, aus dem liberalen Flügel des franquistischen Regierungslagers stammend, hat auf der anderen Seite eine gewisse Berührungsangst mit der Thematik. Für weite Teile der *Partido Popular* und in Folge dessen der spanischen Gesellschaft repräsentiert der Franquismus die eigene Vergangenheit bzw. Identität.

Daher ist es nicht verwunderlich, dass nach wie vor eine gewisse Nostalgie bzw. Affinität mit der Franco-Zeit bestehend bleibt. Sie bildet einen großen Teil der nationalen Identität, vor allem im konservativen Lager. Allerdings bedeutet diese Haltung nicht zwangsläufig eine Verteidigung des Franquismus, sondern vielmehr eine Verbindung der eignen Identität mit vergangenen Zeiten. Daraus resultierend versuchte man die Forderungen und Kritiken der Erinnerungsbewegung so zu umgehen, dass man den angesprochenen Themen die ideologische Bedeutung nahm. Man beharrte darauf, dass alles in der Vergangenheit liege und das Bereden dessen nur „alte Wunden aufreißen“ würde⁸⁷.

Die Linke in Spanien, sieht sich mit der Tatsache konfrontiert, dass die eigene Geschichte die Geschichte der Opfer ist. Viele innerhalb der PSOE formieren ihre politische und persönliche Identität basierend auf den Ereignissen während des Krieges bzw. der Diktatur. Es liegt in der Pflicht der Parteiführung den Aspirationen der Anhängerschaft entgegenzukommen.

⁸⁶ Vgl. Cuesta, *La odisea de la memoria*, S. 307.

⁸⁷ Vgl. Interview mit Prof. Jesús de Andrés Sant vom 28. Sept. 2009 S. 5.

Zapatero sah sich in Folge dessen dazu gezwungen, das Thema der Vergangenheitspolitik auf die politische Bühne zu erheben. Zusätzlich versprach man sich dadurch die linke Wählerschaft permanent für sich zu gewinnen. Obwohl Zapatero nicht aufgrund dessen die Wahlen 2004 gewann, war das Thema der Erinnerung zentral in seinen Wahlkampfkampagnen und bildete ein wichtiges Element in der kommenden Legislaturperiode⁸⁸.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Konflikte, die während der Transición verdrängt wurden, mit dem Anfang des neuen Millenniums sich wieder in ihrer vollen Blüte zeigten. Die unterschiedlichen Zugänge zur Thematik sind schon während der Anfangsphase ersichtlich. Teilidentitäten, die aus den unterschiedlichen historischen Erfahrungen herrühren, führen zur Verteidigung des jeweils Eigenen. Zusätzlich sind generationsspezifische Fragen ausschlaggebend, da der eigene Erfahrungshorizont Grund für spezifische Schlussfolgerungen aus der Geschichte ist. In den folgenden Abschnitten wird der unterschiedliche Zugang der beiden Regierungsparteien anhand einzelner Punkte veranschaulicht.

5.4 Staatliche und zivile Erinnerungspolitik im Vergleich

Im folgenden Abschnitt werden die Ursprünge der Erinnerungsbewegung und deren Anliegen genauer analysiert. Infolgedessen sollen die unterschiedlichen Reaktionen der beiden Großparteien Spaniens auf die beschriebene Entwicklung veranschaulicht werden. Konträre Vergangenheitspolicy der Parteien soll hier im Mittelpunkt stehen.

5.4.1 Die Radikalisierung der PP und der Erfolg revisionistischer Autoren

Nach vier Jahren in der Regierung konnte sich die *Partido Popular* über die Bestätigung ihrer absoluten Mehrheit bei den Wahlen 2000 freuen. Rechtskonservativen Akzente, die in der vorigen Legislaturperiode immer wieder zum Ausdruck kamen, schienen sich nach der abermaligen Bestätigung ohne politische Zurückhaltung fortzusetzen. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung fühlte sich die PP in ihrer Rolle als führende Kraft des neuen Spaniens gestärkt und versuchte die gute Stimmung in patriotische Bekenntnisse umzugießen um den, durch die franquistische Erfahrung diskreditierten Nationalstolz, zu stärken⁸⁹. Obwohl die Parteilinie offiziell als neutral gilt bzw. auf die, auf beide Lager gleichmäßig verteilte, Kollektivschuldthese besteht, werden Aktivitäten aus den Reihen der PP und deren Anhänger bekannt, die der neutralen Haltung widersprechen. Die beispielsweise großzügige Subvention von 83000 Euro der PP an die „Nationalstiftung Francisco Franco“, sorgte für große Empörung. Es handelt

⁸⁸ Vgl. Interview mit Prof. Jesús de Andrés Sant vom 28. Sept. 2009 S. 2.

⁸⁹ Vgl. Bernecker/Brinkmann, Kampf der Erinnerungen, S. 288.

sich hierbei um eine Institution, die im Dienste des Andenkens an den *Generalísimo* (Diktator) arbeitet und von der Tochter des Diktators, Carmen Franco, persönlich geführt wird. Der damalige Vizepräsident der PP Mariano Rajoy rechtfertigte die Handlungen seiner Partei so:

*„Es handelt sich hier um eine Einrichtung, in der historisch interessante Dokumente vorhanden sind; jeder kann seine Meinung zu diesen Dokumenten äußern, aber sie bleiben noch immer Teil der Geschichte. Aus diesem Grund, meiner Meinung nach, hat das Kulturministerium diese Einrichtung subventioniert.“*⁹⁰

Dieses Zitat zeigt sehr gut die Art und Weise wie die PP versucht den historischen Ereignissen den politischen Kontext zu nehmen. Die Welle der Empörung hatte auch den Hintergrund, dass die Institution selber sehr selektiv vorging und nur gewissen Personen Zutritt zu den Archivalien gestattete. Die Leiterin der Abteilung für Bildung und Kultur der PSOE Carmen Chacón reagierte mit Empörung:

*„Ich empfinde es als unakzeptabel, dass so eine Einrichtung, die den Zugang zu Dokumenten für Wissenschaftler systematisch einschränkte – viele sogar aus ideologischen Gründen – in den letzten zwei Jahren 10,24% der Subventionen des Kulturministeriums erhalten hatte.“*⁹¹

Ein weiterer Fall, der die Radikalisierung der PP bestätigt ist die posthume Verleihung des königlichen Verdienstkreuzes an den, 1968 von baskischen Terroristen ermordeten, ehemaligen Chef der politischen Polizei von San Sebastián, Melián Manzanás. Die Regierung Aznar begründete die Auszeichnung mit dem entsprechenden Gesetz zur Anerkennung sämtlicher Opfer des Terrorismus⁹². Das Ereignis sorgte für großes Aufsehen, da der Geehrte selber für seine Foltermethoden gegen baskische Oppositionelle während des Franco-Regimes berüchtigt war. So erinnert sich ein ehemaliger Gefangener des Polizeichefs, der Opfer seine „Arbeitsmethoden“ wurde:

*„Timoteo Plaza, ein Kommunist aus Elizondo, wurde blutigst zusammengeschlagen. Ein Andere aus Elgoibar, Amanci Conde, der beim Streik 1947 teilnahm, wurde fast zu Tode geschlagen.“*⁹³

Die Regierung konnte sich nicht auf anderen Wegen aus der Affäre ziehen, als immer wieder zu betonen, dass die Ablehnung dieser Ehrung gegen dem erwähnten Gesetz, alle Opfer des Terrorismus zu ehren, verstoßen würde.

⁹⁰ El País (o.V.:21. Sept. 2002: o.S.).

⁹¹ El País (o.V.:21. Sept. 2002: o.S.).

⁹² Vgl. Bernecker/Brinkmann, Kampf der Erinnerungen, S. 290.

⁹³ El País (o.V.:28. Jän. 2001: o.S.).

*„Der Pressesprecher der Regierung beharrte darauf, dass die Exekutive sich darauf beschränkte, das Gesetz 32/99 der Solidarität für die Opfer des Terrorismus einzuhalten. Es gibt einige objektive Kriterien in diesem Fall, die bewirken, dass Melitón Manzanas den Gran Cruz erhielt muss.“*⁹⁴

Auf die Frage, ob man das Gesetz so modifizieren könnte, dass solche Fälle nicht mehr vorkommen könnten, reagierte die Regierungspartei ablehnend. So gesehen besteht in der Vergangenheitspolitik der Partei eine gewisse Doppelgleisigkeit, die bei solchen Gelegenheiten zum Vorschein kommt. Zum einen zeigt sich die PP in Belangen der Vergangenheitspolitik als politisch zurückhaltend und neutral. Die Thesen der Transición (die gleichmäßig auf beide Lager verteilte Kollektivschuld, Krieg und Diktatur als eine überwundene Perioden ansehen etc.) werden auf die Fahnen geschrieben und bilden Inhalt und Programm der Partei. Zum anderen zeigt die PP, anschaulich gemacht durch die erwähnten Beispiele, ihr zweites Gesicht, das bei Fragen der Vergangenheit eine andere Miene aufsetzt.

Mit der Radikalisierung der PP erscheint eine Reihe rechtsgerichteter Autoren, die allesamt einen relativen Erfolg genießen. Beispiele sind unter anderem Pio Moa, Cesar Vidal oder der Historiker und Publizist Ricardo de la Cierva. Gemein ist ihnen, dass sie die allgemein gültige fachhistorische Meinung zu widerlegen trachten, indem sie die Schuld der Nationalisten minimieren. Fluchtpunkt der „Revisionisten“ ist die „Oktoberrevolution“ 1934 - von den Gewerkschaften organisierte Generalstreik, der mit äußerster Gewalt niedergeschlagen wurde. Man behauptet, dass der besagte Aufstand bereits vor dem 18. Juli 1936 das demokratische System in Frage stellte und so für das Zusammenbrechen der Demokratie verantwortlich ist. Er gelte als Beweis für die mangelnde Republiktreue der Linken und lässt den Aufstand vom 18. Juli als „*Aktion kontrarevolutionärer Selbstverteidigung*“ erscheinen⁹⁵. Zum Ärgernis anderer Fachhistoriker, wurde das Engagement der oben genannten Autoren stets belohnt sei es durch einen großen Publikumserfolg oder durch verliehene Preise der Verlagshäuser, staatliche wie nichtstaatliche Organisationen und Printmedien. Dazu muss gesagt werden, dass der spanische Büchermarkt zur der Zeit mit Werken über das Leben Francos, die Geschichte und die Ursachen des Spanischen Bürgerkriegs, die Diktatur etc. überflutet wurde, und daher das Interesse des lesenden Publikums schon von vornherein gegeben war.

Einer der wohl bekanntesten Autoren ist der 1948 geborene Historiker, Journalist und Schriftsteller Luis Pío Moa Rodríguez, kurz Pio Moa. Seine Werke „*Los mitos de la guerra civil*“ (Die Mythen des Bürgerkriegs) und „*Franco, un balance histórico*“ (Franco, eine historische

⁹⁴ El Mundo (o.V.:20.Jän.2001: o.S.).

⁹⁵ Bernecker/Brinkmann, Kampf der Erinnerungen, S. 287.

Bilanz) konnten sogar die Bestsellerlisten in Spanien sprengen⁹⁶. Seine Standpunkte kann wie folgt zusammenfasst werden:

- Die Linke in Spanien hatte einen antidemokratischen Charakter und benützte die 2. Republik als Übergangsphase hin zu einer sozialen Revolution
- Das linke Lager in Spanien organisierte den Aufstand im Oktober 1934 mit dem Ziel die demokratische Ordnung zu stürzen
- Nur in der Situation sozialer Spannungen und Instabilität konnte die Volksfront die Wahlen 1936 gewinnen.
- Die Stimmung der Gewalt auf der linken Seite provozierte die gewalttätige Reaktion auf der Rechten, die letztendlich im Aufstand vom 18. Juli mündete.

In Summe nimmt er dem „Nationalen“ Lager jegliche Verantwortung und stellt ihren Aufstand als natürliche Reaktion auf eine Provokation dar. Franco ist, seiner Ansicht nach, dafür verantwortlich, der Grund dafür, dass Spanien, zum Zeitpunkt seines Ablebens, ein prosperierendes, wirtschaftlich wachsendes und politisch stabiles Land war. Natürlich lässt sich darüber streiten zu welchem Grad der Wirtschaftsboom der 60er Jahre eine Leistung des Diktators selber war. Fest steht allerdings, dass die wirtschaftliche Prosperität nicht nur mit der Person Francisco Franco zusammenhängt. Wie schon oben erwähnt provozierten die Thesen Moas heftige Reaktionen bei anderen Fachhistorikern. So sagte Santos Juliá ein bekannter Kenner auf dem Gebiet zur Tageszeitung *El País*: „*What he writes is nothing less than an up-to-date repetition of what Franco's people have always said*“.⁹⁷

Moas Kritiker behaupten, dass seine Thesen allen historischen Forschungen seit dem Tode Franco widerspreche. Seine Forschungsmethoden sollen jeglicher Wissenschaftlichkeit entbehren zumal Primärquellen ignoriert würden und formal die Arbeit den heutigen Standards nicht entspreche (Zitation etc.). Historiker wie Alberto Reig Tapia oder Paul Preston bezeichnen Moa als Repräsentant des spanischen Revisionismus, wie er in Deutschland, Frankreich und Italien vorkommt.

Zu Moas Verteidigung treten, wie schon erwähnt die Journalisten Ricardo de la Cierva und Cesar Vidal ein. So schreibt Ricardo de la Cierva über Pio Moa:

⁹⁶ Vgl. The Guardian (o.V.:22. April 2003: o.S.).

⁹⁷ El País (o.V.:14. Nov. 2005: o.S.).

*“Pío Moa ist sehr wohl ein seriöser Historiker, wie Sánchez Barba, Candell und viele andere; er erlaubt es uns zu sehen wie die spanische Geschichte weiterhin aktuell bleibt.”*⁹⁸

Eine ebenfalls zweifelhafte Berühmtheit ist der Journalist, Historiker und später auch Politiker Ricardo de la Cierva. Schon während der Diktatur war er als regimetreuer Chronist tätig gewesen und konnte in dieser Position als Leiter der historischen Forschungsabteilung des Informations- und Tourismusministeriums aufsteigen. In den 80er Jahren war er kurz Minister für Kultur bis er zum Hauptpropagandisten eines, von der franquistischen Ideologie inspirierten, Geschichtsbildes avancierte. In zahlreichen Publikationen hauptsächlich zu den Themen Spanischer Bürgerkrieg, 2. Republik, Franco, Freimaurerei und Theologie bzw. Katholizismus präsentierte er seine Ansichten. Pünktlich, 60 Jahre nach dem Beginn des Bürgerkriegs wartete der Historiker mit einer „neuen Geschichte des Bürgerkriegs“ auf, die ganz neue Erkenntnisse versprach. In Summe handelte es sich um dieselben Argumente, die in anderer Form neu präsentiert wurden.

De Cierva wurde ebenfalls mit einigen Ehrungen ausgestattet, darunter den „Premio Espejo“ gestiftet vom Planeta Verlag 1996 und den *Mariano de Cavia* Preis (1975) verliehen von der konservativen Tageszeitung ABC⁹⁹. Allein die Titel seiner Werke, wie „113.178 Caídos por Dios y por España, (2009)“ (113.178 für Gott und Spanien Gefallen), „*Los años mentidos: falsificaciones de historia de España en el siglo XX* (2008)“ (Die Jahre der Lügen: Die Fälschungen der spanischen Geschichte des 20. Jahrhunderts) oder „*No nos robarán la historia: nuevas mentiras, falsificaciones y revelaciones* (1995)“ (Sie werden uns nicht unsere Geschichte nehmen: neue Lügen, Fälschungen und Offenbarungen) lassen den politischen Charakter des Historikers erahnen. Er selber sagt von sich, er sei ein:

*“ein klarer Anti-Kommunist, Anti-Marxist und Anti-Freimaurer, weil ich ein Katholik, Spanier und Traditionalist, im besten Sinne des Wortes bin. Ich habe immer General Franco, sein Regime und die Prinzipien vom 18. Juli verteidigt, aber ich war auch imstande die Fehler innerhalb des Regimes zu bemerken und habe mich nicht davor gescheut sie Franco persönlich zu sagen.”*¹⁰⁰

So wie in Deutschland in den 1980er Jahren entwickelte sich auch in Spanien ein Historikerstreit über die Deutung der Geschichte. Daraus ergab sich eine sehr rege Publikation zu den besagten Themen und führte zur Sternstunde der Fachhistorie. Das Auftreten dieser Autoren führte zu einer Verzerrung der bisher angenommenen geschichtspolitischen Deutungen und

⁹⁸Tremlett, Giles In: The Guardian (22. April 2003: o.S.).

⁹⁹Bernecker/Brinkmann, Kampf der Erinnerungen, S. 287.

¹⁰⁰Kongress „La otra memoria“, www.diarioya.es

markierte gleichzeitig ein Ende der, aus der Tradition der Transición kommenden, politischen Zurückhaltung. Den Einfluss der Fachhistorie auf die Politik war erst ab der 2. Amtsperiode des PP ersichtlich. Wie schon oben erwähnt, zeigte sich die Regierung bei der abermaligen politischen Bestätigung weniger zurückhaltend und sorgte für einen Wandel in der geschichtspolitischen Debatte.

5.4.2 Die Reaktion der Zivilgesellschaft auf die Regierung Aznar

Fast parallel zum wachsenden Interesse für die jüngere Vergangenheit auf parteipolitischer Ebene, entwickelte sich ein steigendes Engagement innerhalb der Zivilgesellschaft. Umstritten ist von welcher Seite aus der Impuls für das Engagement gekommen ist; war es die Politik die die Zivilgesellschaft mobilisiert hatte oder umgekehrt die Zivilgesellschaft die Politik? Der Universitätsprofessor für Politikwissenschaft in Madrid Jesús de Andrés Sanz formuliert die These, dass das Auftreten des zivilgesellschaftlichen Interesses für die Vergangenheit als eine Reaktion auf die Aktivitäten der Regierung Aznar zurückzuführen ist:

*„Die Erinnerung in Spanien begründet sich hauptsächlich während der zweiten Legislaturperiode Aznars – 2000-2004. Zu der Zeit entstehen alle Erinnerungsbewegungen und die Gesellschaft beginnt sich zu mobilisieren. Dies fällt zusammen mit einer Phase der Radikalisierung der PP. Bis zu diesem Zeitpunkt ist in der Hinsicht nicht viel geschehen...“*¹⁰¹

Das Aufbrechen der geschichtspolitischen Zurückhaltung innerhalb der Regierung soll das politische Engagement einzelne Aktivisten provoziert haben. Wenn man die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten näher betrachtet fällt das Augenmerk schnell auf den, aus León stammenden, Lokalreporter Emilio Silva. Am 28. Oktober 2000 machte sich der Reporter auf die Suche nach den sterblichen Überresten seines, im Bürgerkrieg verschollenen Großvaters und brachte so den Stein ins Rollen. Ein Artikel über sein Vorhaben in einer Lokalzeitung löste großes Interesse aus und provozierte eine überraschend hohe Hilfsbereitschaft innerhalb der Bevölkerung. Zeitzeugen meldeten sich, Archäologen und Gerichtsmediziner boten ihre Unterstützung an. Noch im November Jahres 2000 stöß Emilio Silva nicht nur auf die Überreste seines Großvaters sondern auch auf die von weiteren 12 Personen in Priaranza del Bierzo in der Región León im Nordwesten Spaniens. Diese Aktion führte zur Gründung der Bürgerinitiative, *Asociación para la Recuperación de la Memoria Histórica* kurz ARMH (Verein zur Rückgewinnung der historischen Erinnerung). Mit einem Schlag, 25 Jahre nach dem Tod des Diktators, ist das Tabuthema der *desaparecidos* (Verschwundenen) in das öffentliche Bewusstsein gerückt. Eines der schlimmsten Kapitel der jüngeren Spanischen Geschichte, näm-

¹⁰¹ Interview mit Prof. Jesús de Andrés Sant vom 28. Sept. 2009 S. 1.

lich die willkürlichen Gewaltexzesse und Hinrichtungen, wurden Themen der öffentlicher Debatten. Jahrelanges verborgenes Wissen über verscharrte Opfer in Straßengräben und Feldern kam an die Oberfläche und die Zahl von 30 000 nicht identifizierten Opfern machte die Runde. Von León ausgehend formierte sich eine regelrechte Erinnerungsbewegung, die aus zahlreichen lokalen Initiativen bestand. Allein die Organisation Emilio Silvas ARMH zählt 9 regionale Arbeitsgruppen. Später gründeten Aktivisten das, zum Linksbündnis (*Izquierda Unida*) dazu zählende, Erinnerungsforum (*Foro por la memoria*), das neben anderen Aktivitäten eine permanent aktualisierte Informationsseite ins Internet stellte. Dazu kommen unzählige kleine Initiativen, die sich an den Exhumierungen beteiligen und die Interessen der Familienangehörigen vertreten. Bald darauf wurden im ganzen Land und auch über die Staatsgrenzen hinweg (z.B. in Frankreich) Exhumierungen durchgeführt¹⁰².

Die Aktivitäten der Initiativen beschränkten sich nicht nur auf Ausgrabungen. Einzelne Organisationen spezialisieren sich auf den Erhalt bestimmter Erinnerungsorte während andere Vereine auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene sich um die Dokumentation der jüngsten Vergangenheit kümmern. Sieben Jahre nach der Gründung des ARMH konnten 90 Exhumierungen durchgeführt werden.¹⁰³ Zehn Jahre danach sind es schon 130 Exhumierungen bzw. die Reste von ca. 1300 Personen die identifiziert werden konnten¹⁰⁴.

Unter den Organisationen sind beträchtliche Gegensätze zu bemerken, die vor allem die Zielsetzung der Initiativen betreffen. Große Rivalitäten bestehen zwischen den beiden Pionierverbänden ARMH und *Foro por la memoria*, die eine koordinierte Zusammenarbeit oder die Gründung eines Dachverbandes verhindern. Beide Organisationen streben relativ offen die Führungsposition an und sind, vor allem im Hinblick auf die Exhumierungen, von unterschiedlichen Konzeptionen geleitet. Während die ARMH Ihre Arbeit im Sinne der Rechte der Familienangehörigen verrichtet und sich ansonsten um politische Neutralität bemüht, kämpft das „Erinnerungsforum“, das im Umkreis der kommunistischen Partei entstanden ist, nicht um die Rechte der Angehörigen sondern für die Erinnerung als politische Erbe¹⁰⁵. Es gilt die Erinnerung der Opfer der franquistischen Repression wachzuhalten und politisch zu instrumentalisieren. Der Präsident der Organisation José M^a Pedreño Gómez schreibt bei der Gründung des „Erinnerungsforums“ 2002:

¹⁰² Vgl. Bernecker/Brinkmann, Kampf der Erinnerungen, S. 292ff.

¹⁰³ Vgl. Fouce José Guillermo (2007): Lucha por los Derechos Humanos y la Justicia Histórica en la España del Siglo XXI. In: Revista Electrónica de Intervención Psicosocial y Psicología Comunitaria, H. 2, Nr. 1 u. 2, S. 35.

¹⁰⁴ Siehe online unter: <http://www.memoriahistorica.org/> (26. Dez. 2009)

¹⁰⁵ Vgl. Bernecker/Brinkmann, Kampf der Erinnerungen, S. 295.

„(...)Wir setzten uns zum Ziel die Erinnerung zurückzuerlangen um die Wahrheit über das Geschehene ans Licht kommen zu lassen. So kann unsere Gesellschaft wieder ohne Angst und Lüge in die Zukunft schauen. Foro por la Memoria kämpft für eine Zukunft in Frieden und für den Respekt der Menschenrechte. Wir lehnen uns an die Erinnerung derjenigen an, die für dieselben Prinzipien gekämpft haben.“ ¹⁰⁶

Der Kreis rund um Emilio Silva sehen im Gegensatz dazu die Erinnerungsarbeit als Mittel der Wiedergutmachung für die Familien und als Zeichen der Gerechtigkeit. So sagt Emilio Silva über seine Arbeit:

„Seit 6 Jahren beschäftige ich mich mit der Thematik und ich habe mit Hunderten Familien gesprochen, die Nachkommende von so genannten „Verschwundenen“ sind. Ich habe weder Hass noch Rachegefühle vorgefunden. Es geht Gerechtigkeit nicht Rache.“ ¹⁰⁷

Die ARMH sah sich ebenfalls mit einigen Kritikpunkten konfrontiert. So weigerte sie sich identifizierte Personen als offizielle Todesfälle beim Gericht zu melden. Man versuchte so die Erinnerungsarbeit mehr oder minder im „privaten Bereich“ belassen. Die Gefahr darin besteht, dass wertvolle Daten mit der Zeit verloren gehen und in Folge dessen die gewünschten Resultate aus der Vergangenheitsarbeit nicht im vollen Ausmaß gewährleistet werden können. Auch soll die Arbeit des ARMH eine gewisse Systematik entbehren, somal keine fachmännische Protokolle von den ersten Exhumierungen angelegt wurden.

Das Erinnerungsforum, auf der anderen Seite, sah sich mit dem Vorwurf konfrontiert die Erinnerung an die Opfer politisch instrumentalisieren zu wollen. Man kümmere sich nicht um die Rechte der Angehörigen sondern rein um die politische Auseinandersetzung.

Trotz der Rivalitäten zwischen den Organisationen, hatte und hat die Erinnerungsbewegung einen erheblichen Einfluss auf die spanische Gesellschaft und letztendlich auf die Politik ausgeübt. Sobald die Aktivitäten einen bestimmten Verbreitungsgrad erreichten, berichteten nicht nur die lokalen Blätter sondern auch die großen nationalen als auch internationalen Tageszeitungen ausführlich über die Entwicklungen der Exhumierungen. Massenmedien widmeten sich mit großem Interesse der Thematik. Zwischen September 2001 und Juni 2002 hatte man, beispielsweise, mittels eines sehr beliebten Hörfunkprogramms *Hoy por Hoy* die Bevölkerung dazu aufgefordert ihre persönlichen Erinnerungen an den Bürgerkrieg und der Nachkriegszeit der Öffentlichkeit mitzuteilen. Die Resonanz war so beachtlich, dass die Redakteure eine

¹⁰⁶ www.foroporlamemoria.info

¹⁰⁷ Fouce, *Lucha por los Derechos Humanos*, S. 37.

Auswahl der Beiträge in Buchform veröffentlichten¹⁰⁸. Aber auch im staatlichen Fernsehen wurden über die Bürgerinitiativen berichtet und die letzten Augenzeugenberichte archiviert. Entsprechende Begeisterung für die Thematik entfaltete sich ebenfalls in der Wissenschaft. Es wurden Fachtagungen, Seminare, Filme und Ausstellungen organisiert, die bis ins letzte Detail die Ereignisse des Bürgerkrieges und der Diktatur ausleuchten sollten. Selbstverständlich sollte die rege Publikation der Fachliteratur zum Verständnis und zur Erkenntniserweiterung beitragen. Diese wiederum lieferten wichtige Impulse für die Bürgerinitiativen. Forschungsarbeiten über die Zwangsarbeiter am *Canal de Riego del Bajo Guadalquivir*, ein Bewässerungsprojekt in Andalusien, das schätzungsweise 10 000 Zwangsarbeiter beschäftigte, führten zu Fachtagungen und zu einem Dokumentarfilmprojekt in Zusammenarbeit mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die Thematik der Zwangsarbeiter wurde so zu einem Gegenstand öffentlichen Interesses¹⁰⁹.

5.4.3 Die Vergangenheit heute: Konflikte auf staatspolitischer Ebene

Obwohl die Aktivitäten der Zivilgesellschaft große Aufmerksamkeit genossen, blieb die praktische Erinnerungsarbeit auf staatlicher Ebene zunächst auf sehr bescheidenem Niveau. Das Ziel der zivilgesellschaftlichen Organisationen, den Staat in den Belangen der Erinnerungsarbeit in die Pflicht zu nehmen, galt als oberstes Gebot nichtsdestoweniger wegen der spärlichen finanziellen Mitteln und fachmännischen Expertise der Vereine. So wurde der Staat unter Druck gesetzt, nicht nur von der eigenen Bevölkerung sondern auch von den linken Parteien, die sich bei den kommenden Wahlen 2004 einen Vorteil daraus versprachen. In regelmäßigen Abständen wurden Gesetzesinitiativen dem Parlament vorgelegt, mit der Forderung nach Rehabilitation und Entschädigung der Opfer der Franco-Diktatur. Ziel der Kampagnen bestand darin, den moralischen Druck auf die Regierung so zu erhöhen, dass sie der Bedrängnis nicht mehr entweichen könne.

Mit dem Druck im Inland erhöhte sich ebenfalls der Druck aus dem Ausland. Die Aktivitäten der Zivilgesellschaft machten die Vereinten Nationen auf die spanische Innenpolitik aufmerksam. Die Gruppe rund um Emilio Silva brachte der UNO eine Forderung ein, die sich auf eine UNO Deklaration zum „Schutz der Personen vor erzwungenem Verschwinden“, (auch von Spanien unterzeichnet) vom Jahr 1992 bezog¹¹⁰. Emilio Silva forderte die Angehörigen der Opfer auf, eine persönliche Anklage mit ihrer individuellen Geschichte an die UNO zu schi-

¹⁰⁸ Vgl. Elordi, Carlos (2003). *Los Años difíciles*. Hoy Por Hoy, Valencia.

¹⁰⁹ Vgl. Bernecker/Brinkmann, *Kampf der Erinnerungen*, S. 299ff.

¹¹⁰ Siehe genauen Wortlaut online unter: <http://www2.ohchr.org/english/law/disappearance.htm>

cken um so den politischen Druck auf die spanische Regierung zu erhöhen. In Summe konnte man über 1000 Petitionen sammeln¹¹¹. Das Schreiben der UNO, Spanien möge in der Frage der Verschwundenen entsprechende Untersuchungen einleiten, erreichte Spanien in einer Situation, in der die Regierung Aznar Initiativen zur Entschädigung der Opfer blockierte und Anfragen auf Unterstützung der Exhumierungsarbeiten verweigerte. Schlussendlich konnte man am 20. November 2002 (27. Todestag Franco), ein Tag nach der Ankunft des Schreibens, einige Vertreter der PP dazu bewegen bei der Initiative der sozialistischen Partei in manchen Punkten zuzustimmen.

5.4.3.1 Franquistische Symbolik: Ein Konfliktherd

Die Beharrlichkeit der franquistischen Herrschaftszeichen auch 30 Jahre nach der Beendigung der Diktatur ist durchaus erstaunlich. Bis in die Gegenwart hinein sorgt das Thema auf allen Ebenen der Politik und innerhalb der Bevölkerung für Konflikte und Diskussionen. Wie schon in früheren Kapiteln erwähnt, hat sich, aufgrund des schleichenden Übergangs zur Demokratie, die Erinnerungslandschaft nur sehr langsam und spärlich verändert, um nicht den Schein eines kompletten Bruchs mit dem Acién Regime zu erwecken. Die Angst vor der Wiederkehr eines bürgerkriegsähnlichen Szenarios erreichte mit dem Militärputsch vom 23. Februar 1981 seinen Höhepunkt und brachte den Prozess der Beseitigung der franquistischen Symbolik zu einem Stillstand. Die Erinnerungsbewegung nimmt sich, Anfang des neuen Millenniums, dieser Thematik an und setzt mittels moralischer Verantwortlichkeitszuweisung die Politik unter Druck. Die Tatsache, dass sich der Staat dieser Problematik weder auf gesetzlicher noch auf institutioneller Ebene widmete, ist der Hauptgrund dafür, dass die Thematik bis dato keine befriedende Lösung gefunden hat und noch immer auf sehr emotionaler Weise diskutiert wird. Es handelt sich um eine ganze Reihe unterschiedlicher franquistischer Hinterlassenschaften, die ich im Folgenden näher erörtern werde.

¹¹¹ Vgl. El País (o.V.:01. Juni 2002: o.S.).

5.4.3.2 Franco-Statuen: Der Diktator im öffentlichen Raum

Franco-Statuen im öffentlichen Raum

Ort	Form	Aktuelle Lage	Ehemalige Lage
Santander	Reiterstatue	Rathausplatz	Rathausplatz
Toledo	Reiterstatue	Infanterieakademie	Ramiro de Maeztu Gymnasium (1942-1987)
Melilla	Statue	Hafen	Hafen
Valencia	Reiterstatue	Amtshaus	Rathausplatz (1964-1983)
Ferrol	Reiterstatue	Eingang des Marinenmuseums	Spanienplatz (1967-2002)
Salamanca	Büste	Hauptplatz	Hauptplatz
Santa Cruz de Tenerife	Brunnenrelief	Zentrum	Zentrum
Oviedo	Denkmal mit Statue	Spanienplatz	Spanienplatz

Quelle: De Andrés Sanz, Jesús(2006): Los símbolos y la memoria del franquismo. Estudios de Progreso, Fundación Alternativas, H. 23, Madrid, S. 23.

Die mächtigsten Zeugnisse der franquistischen Führerverehrung sind die in Bronze gehaltenen überdimensionalen Franco-Statuen. Diese dominierten noch bis vor kurzem die Hauptplätze wichtiger spanische Städte so wie Madrid, Toledo, Barcelona, Zaragoza, Santander, Valencia, Ferrol (Galizien) und Salamanca.

Die Entfernung der Statuen erfolgte nicht immer auf gleicher Weise. So wurden manche in ein Museum überführt und andere wiederum gänzlich zerstört. (Siehe Tabelle) Beispielsweise wurden die Statuen in Madrid (im Jahr 2005) und in Zaragoza (im Jahr 2006) gänzlich entfernt während die Statue in Ferrol (im Jahr 2002) im regionalen Marinemuseum zu sehen ist. Aus der Sicht der Nachkommen von republikanischen Opfern ist es von großer Bedeutung den franquistischen Herrschaftszeichen die symbolische Kraft und Bedeutung zu nehmen. Mit der Überführung in ein Museum hat die Statue nicht mehr dieselbe Funktion wie auf der Straße.

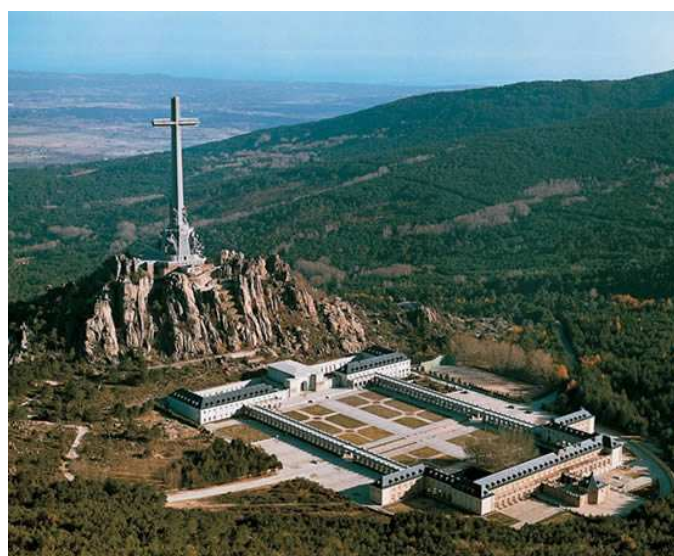
5.4.3.3 Franquistische Orts-und Straßennamen

Das größte Zeichen der fortwährenden franquistischen Präsenz ist die unzählige Menge an franquistischer Straßen-, Ort- oder Städtenamen, die entweder an eine Persönlichkeit oder an einen Kriegsschauplatz aus dem Bürgerkrieg erinnern. Nach einer quantitativen Erhebung enthalten 79 Prozent der Provinzhauptstädte auch nach mehr als 25 Jahren franquistische Symbolik. In der Geburtsstadt des Diktators El Ferrol und in der nördlichen Stadt Santander sind es sogar 30 Straßennamen, die aus der franquistischen Epoche stammen. Allein in der

Hauptstadt Madrid sind 167 Straßennamen, die die Erinnerung an die jüngste Vergangenheit wach halten, zu finden. Die Autonomen Gemeinschaften Asturias, Kantabrien, die Kanarischen Inseln, Kastilien y León, Extremadura, Galizien, und Madrid weisen die größte Dichte an franquistischen Straßennamen auf. Nur 4 autonome Gemeinschaften Katalonien, das Baskenland, die Balearen und Navarra haben in ihren Hauptstädten keine franquistische Referenz. In den drei Provinzen Girona, Guipúzcoa und Vizcaya sind franquistische Namen zur Gänze verschwunden¹¹². Viele der Ortschaften haben ihre Namen dahingehend geändert, dass sie sich ihres unangenehmen Beinamens entledigten. So etwa die Ortschaft *Albalá del Caudillo* (Albalá des Anführers) gelegen in der Provinz Cáceres (Extremadura), nennt sich seit 2001 nur mehr Albalá.

Da Straßenbenennungen nach wie vor Angelegenheit der einzelnen Gemeinden sind weigern sich vor allem die Orte, die eine geringe Bevölkerungszahl aufweisen bzw. sehr abgelegen sind, ihre Namen der heutigen Zeit anzupassen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass der zivile Druck in solchen Ortschaften nicht besonders hoch ist. Gleichzeitig kommt es in Gegenden, die aufgrund ihrer Lage eine größere Aufmerksamkeit erregen, noch eher zu Veränderungen. Jesús de Andrés Sanz sagt, dass die Wahrscheinlichkeit, dass Gemeinden mit geringer Aufmerksamkeit eine Namensänderung durchführen, eher gering ist. Franquistische Relikte müssen für die Verantwortlichen zu einer Verlegenheit werden um eine Veränderung zu erzwingen¹¹³.

5.4.3.4 „Das Tal der Gefallenen“ - Denkmal des Franquismus



¹¹² Vgl. Duch Plana M. (2002) Toponimia franquista en democracia. In: Forcadell, Carlos/Frías, Carmen/Peiró, Ignacio/Rújula, Pedro (Hrsg.) Usos Públicos de la Historia. VI Congreso de la Asociación de Historia Contemporánea, Bd. 1, Zaragoza.

¹¹³ Vgl. De Andrés Sanz, Los símbolos y la memoria del Franquismo, S. 26.

Bildquelle:

http://www.greatarchaeology.com/Archa_monument_review.php?archaeological_monument=Valle_de_los_Caidos (02.Sept.2010).

Der heute noch bedeutendste Erinnerungsort des Franquismus ist die gewaltige Mausoleumsanlage- *Valle de los Caídos*, „Das Tal der Gefallenen“. Das Denkmal, das die Ursprungsideologie des Franquismus darstellt, ist die Grabstätte der sterblichen Überreste von annähernd 40 000 faschistischer Gefallene, unter ihnen die des Diktators selber und des Falangegründers José Antonio Primo de Rivera. Diese Tatsache führt dazu, dass das größte Denkmal des Franquismus nach wie vor ein wichtiger Anziehungspunkt für die extreme Rechte darstellt. Seit der Transition versammeln sich hier Gruppierungen von Rechtsextremen und Franconostalgikern um an den wichtigen Jubiläen (18. Juli Tag des Aufstandes, 1. Oktober Tag des Sieges der Nationalisten, und 20 November Todestag Francos) Franco zu gedenken. Bürgerinitiativen fordern eine Umgestaltung der Gedenkstätte und eine Errichtung einer Dauerausstellung, die den Einsatz tausender Zwangsarbeiter am Bau des Mausoleums dokumentieren sollte. Besucher sollen an Ort und Stelle über die Grauen der franquistischen Repression informiert werden. Diese Veränderungen konnten aufgrund von Meinungsverschiedenheiten bis dato nicht erfolgen. So wird das Areal an den erwähnten Tagen illuminiert, die Tore für die religiösen und politischen Feierlichkeiten geöffnet, die Veranstaltungen gegen andere „verdächtige“ Persönlichkeiten gesichert und die Anlage bis auf Weiteres in Stand gehalten.

Am 20. November 2005 (der 30. Todestag Francos), spielten sich die üblichen bizarren Szenen rund um das Mausoleum ab. Es versammelten sich ca. 6000 alte und junge Anhänger Francos an der Gedenkstätte um „ihrem Diktator“ die Ehre zu erweisen. Mehr als hundert Anhänger mussten vor den Toren des Mausoleums Platz nehmen, da die Gesetzgebung die Anlage, als historisches Erbe, vor Massenveranstaltungen schützt. Die Gemüter begannen sich zu erhitzen: „*Das ist eine Schande! Ist das Demokratie? Wir waren früher besser dran. Und hier folgen sie den Befehlen vom diesem Vollidioten Zapatero*“, sagt ein 50 jähriger Mann aus der Menge¹¹⁴. Ersichtlich wird durch dieses Beispiel, dass Regelungen, die den Umgang mit diesem zentralen Erinnerungsort koordinieren sollten, von Nöten wären. Jesús de Andrés Sanz sagt im Interview, dass er sehr wohl die Umgestaltung der Anlage hin zu einem Denkmal bei der Opfergruppen befürworten würde. Jedoch müssten vorher einige Grundsätzliche Veränderungen geschehen:

¹¹⁴ Vgl. El País (o.V.:20. Nov. 2005: o.S.).

*„(...) natürlich es könnte ein Denkmal für Opfergruppen sein, sprich ein Denkmal der Versöhnung. Dafür müsste es aber nicht mehr eine Kirche sein und vor dürfte es nicht das Grab Francos sein. Sie müssten die Reste Francos woanders hinbringen (...)“*¹¹⁵

Wie schon oben erwähnt liegt die Entfernung bzw. Veränderung der Straßennamen, Statuen etc. in den Händen der einzelnen Gemeinden. Eine klare Forderung nach einer landesweiten Regelung, die eine solche Änderung erzwingen könnte, wird seitens der Organisationen immer lauter. Die Demontage der in Ferrol verbliebenen Reiterstatue im Jahr 2002, unter der Leitung der hiesigen galizisch nationalistischen Gemeinderegierung, hatte eine gewisse Vorzeigewirkung und lenkte die Aufmerksamkeit der Verantwortlichen auf die übrigen Statuen¹¹⁶. In Anbetracht der konfliktreichen Stimmung erschien es für die einzelnen Gemeinden nur sinnvoller sich der regimetreuen Symbolik zu entledigen. Anschaulich am Beispiel der nordspanischen Stadt Santander ist zu sehen, dass Konflikte und Polemiken rund um die Reiterstatue mit der Entfernung dessen zur Gänze aufhörten.

*„(...) auf jeden Fall seitdem sie die Franco-Statue entfernt haben ist das Problem verschwunden. Früher kamen jeden Tag spanische sowie internationale Fernsehteams, Journalisten, Studenten und Demonstranten der Rechten wie der Linken...es war eine unendliche Aufregung rund um die Statue. Jetzt wo die Statue nicht mehr steht hat die Aufregung aufgehört und das Problem ist gelöst. Sie hätten sich von Anfang an gescheiter benehmen sollen, da sie die meistfavorisierten von der Entfernung der faschistischen Symbolik sind. Deshalb wenn ich Bürgermeister der PP wäre, würde ich sofort die Symbolik entfernen, damit sie mich damit in Frieden lassen.“*¹¹⁷

5.4.3.5 Die Ehrung der Anderen

Trotz aller Kritik gibt es kein offizielles Einlenken seitens der damals amtierenden Partei, das eine nationalübergreifende Regelung der Symbolik bewirkt hätte. Auf der anderen Seite werden für die Ehrung der Opfer aus der republikanischen Verfolgung große Veranstaltungen organisiert und hohe Vertreter aus Politik und Gesellschaft eingeladen. So wurde beispielsweise am 4. Mai 2003 Pedro Poveda, ein Opfer der antiklerikalen Anschläge seitens des republikanischen Lagers, vor einem Publikum von fast einer Million am Plaza de Colón in Madrid heiliggesprochen. Anwesend waren die Könige Spaniens, der Ministerpräsident José María Aznar, die Präsidentin des Kongresses, der Präsident des Senats, der Präsident des Verfassungsgerichtshofes (Tribunal Constitucional) und zu guter Letzt Papst Johannes Paul II, der während der dreistündigen Zeremonie des Öfteren auf die „religiöse Verfolgung“ in Spa-

¹¹⁵ Interview mit Prof. Jesús de Andrés Sanz vom 28. Sept. 2009 S. 8.

¹¹⁶ Vgl. Bernecker/Brinkmann, Kampf der Erinnerungen, S. 324.

¹¹⁷ Interview mit Prof. Jesús de Andrés Sanz vom 28. Sept. 2009 S. 6.

nien zu sprechen kam. Das Gedenken an die Opfer aus dem franquistischen Lager wurde seitens der Kirche mittels Selig- oder Heiligsprechungen vermehrt durchgeführt. Oft wurden diese von großen Veranstaltungen sowie Ansprachen begleitet. So sagte bei der Seligsprechung José Tapias und 6 seiner Glaubensgenossen (Priester die zu Ausbruch des Krieges ermordet wurden) am 29. Oktober 2005 der Kardinal José Saraica Martinis:

*„(...) damit es nie vergessen wird...um die Erinnerung am Leben zu lassen. Die Erinnerung der unzählbaren Opfer, die meisten davon ohne Spur verschwunden... sie mussten unglaubliche Demütigungen hinnehmen, unter anderem als Verräter und Lügner bezeichnet zu werden.“*¹¹⁸

Tatsache ist allerdings, dass die Ausgrabung und Identifizierung der Opfer auf der republikanischen Seite, im Gegensatz zu jenen der franquistischen Seite, ohne staatliche Unterstützung und mit der Abwesenheit offizieller Persönlichkeiten von statten ging. Die schiefe Optik rührt ebenfalls daher, dass die zivilgesellschaftlichen Organisationen fortwährend mit dem Vorwurf konfrontiert wurden, sie würden alte Wunden aufreißen und den Geist der Versöhnung aus der Transition verhöhnen wollen, während auf der anderen Seite große Veranstaltungen zu Ehren Anderer von statten gingen. Die Schlussfolgerung daraus ist, dass die Erinnerung an die republikanischen Opfer noch immer in der Privatheit und im Ausschluss der Öffentlichkeit geschehen soll. Öffentlichkeit wird unter dem Vorwand des Geistes der Versöhnung vermieden. Abgesehen davon ist sicher zu behaupten, dass die Gewalt der Franco-Anhänger gegen die Zivilbevölkerung (Massenerschießungen etc.) mit einer größeren Systematik durchgeführt wurde, als die emotionsgeladene religiöse Verfolgung in den ersten Kriegsmonaten.

5.4.4 Die Sozialistische Partei und die Erinnerungsdebatte

5.4.4.1 Erinnerungspolitik im Wahlkampf 2004 und in den ersten Monaten der Legislaturperiode Zapatero

Während die spanische Volkspartei noch in ihrer Blockadepolitik verharrte, erkannte die sozialistische Partei den Handlungsbedarf und die daraus resultierende politische Chance. Die längst überfällige Demontage der franquistischen Regimespolitik, Exhumierung, Entschädigungen etc. wurden zum Gegenstand parteipolitischer Konflikte und zu einem vergangenheitspolitischen Auftrag für die seit März 2004 amtierende sozialistische Regierung. José Luis Rodríguez Zapatero präsentierte sich als Hüter der Erinnerung, und versprach den Aktivist*innen die nötigen juristischen Schritte in die Wege zu leiten. Wie schon erwähnt, war es auf-

¹¹⁸ De Andrés Sanz, *Los símbolos y la memoria del Franquismo*, S. 31.

grund der eigenen Parteimitglieder und große Teile der Wählerschaft kaum vermeidbar das Thema unbehandelt zu belassen. Zapatero nahm während des Wahlkampfes und den ersten Monaten seiner Legislaturperiode immer wieder auf seinen, Anfang des Bürgerkriegs von Francos Armee ermordeten, Großvater Bezug. So sagte er beispielsweise in einem Interview :

*„Mein Großvater hat in seinem Testament verlangt, dass sein Name rehabilitiert wird, damit es klar ist, dass er kein Verräter am Vaterland gewesen ist. Mein Großvater war für mich immer sehr wichtig.“*¹¹⁹

Zapatero versuchte so einen persönlichen Bezug zu den Anliegen der Erinnerungsbewegung zu vermitteln.

5.4.4.2 Gründung und Arbeit der Interministeriellen Kommission

Faktum ist, dass die Beschäftigung mit der jüngeren Vergangenheit für die eigene Partei nicht nur bloßes politisches Kalkül ist, sondern in gewisser Hinsicht ein Aufarbeiten der eigenen Geschichte darstellt. Um den vielseitigen Forderungen der AktivstInnen und AnhängerInnen gerecht zu werden, gründete Zapatero am 11. September 2004 eine interministerielle Kommission, die sich den Belangen der Erinnerungspolitik widmen sollte. Dieser Schritt, der für die Partei als unentbehrlich erschien, wird von den Organisationen sehr positiv aufgenommen. Das lang ersehnte Einschreiten der Politik für die Belange der Zivilgesellschaft ließ die Hoffnung auf eine Anerkennung der eigenen Geschichte steigen. So schreibt ein Beobachter in einem Lesebrief in der Tageszeitung El País:

*„Die sozialistische Regierung hat einen unentbehrlichen Schritt getan, um den Opfern des Bürgerkriegs und der franquistischen Repression die Ehre zurückzuerstatten. Es ist unglaublich, dass 65 Jahre nach dem Krieg und 3 Jahrzehnte nach dem Tod des Diktators eine Portion Zivilcourage notwendig ist um das Leiden der Opfer öffentlich anzuerkennen.“*¹²⁰

Das erste wichtige Thema, das die Kommission beschäftigte war die Entfernung aller symbolischen Hinterlassenschaften des Franquismus. Am 4. Nov. 2004 forderte die große Mehrheit der Parlamentarier die Kommission dazu auf, sich dieser Aufgabe zu widmen. Es wird geplant zu diesem Punkt einen Gesetzestext zu entwerfen, der die einzelnen Gemeinden dazu verpflichten würde sich ihrer franquistischen Symbolik zu entledigen. Wie schon im vorigen Kapitel erwähnt, handelt es sich hierbei um die verbliebenen Franco-Statuen, Straßen- und Ortsnamen, Namen von öffentlichen Institutionen (wie die Militärakademie in Zaragoza), die Umgestaltung des *Valle de los Caídos* etc. Die für die Initiative favorisierenden Parteien sind

¹¹⁹ Calamai, Marco/Garzia, Aldo (2005). Zapatero. El mundo de los ciudadanos, Madrid, S. 57.

¹²⁰ El País (o.V.:12. Sept. 2004: o.S.).

neben der PSOE die *Esquerra Republicana de Catalunya* – die „Republikanische Linke Kataloniens“ (ERC) und die *Iniciativa per Catalunya-Verds* „Initiative für Katalonien/Grüne“, (ICV). Die PP enthielt sich bei der Abstimmung im Parlament ihre Stimme, mit der Begründung es würde die Bevölkerung nicht interessieren.

Kurz nach Bekanntgabe der Initiative, offenbar auch als Vorbildwirkung für weitere Initiativen, entfernte das zuständige Ministerium im März 2005 die Reiterstatue Francos am Plaza San Juan de la Cruz im Ministerienviertel in Madrid. Daraufhin verschwanden ebenfalls die weiteren Statuen Francos und des Falange-Gründers José Antonio in Madrid. Nicht nur rund 700 Rechtsextremisten sondern auch die Spitzen des PP protestierten gegen die Demontage und warfen der PSOE vor „den Geist der Transition zerstören zu wollen“¹²¹. Die Vizepräsidentin María Teresa Fernández de la Vega beschwichtigte die Kritiker indem sie behauptete es sei kein Akt der Geschichtsverweigerung sondern es ginge darum den nächsten Schritt in der Vergangenheitspolitik zu wagen. Diese Ereignisse lösten eine weitere Debatte über die Zukunft des Mausoleums *Valle de los Caídos* aus. Hier wiederum bestätigt die Vizepräsidentin, dass das endgültige Schicksal der Anlage noch nicht entschieden wurde, jedoch einige Vorschläge der Organisationen dem Ministerium eingegangen sind. Ein wichtiges Anliegen der AktivistInnen ist es die Zwangsarbeit, die für den Bau des Mausoleums eingesetzt wurde, an Ort und Stelle aufzuzeigen.

Mittels einer informativen Ausstellung oder Informationstafeln soll diese historische Tatsache erklärt werden um das Mausoleum zu einer Gedenkstätte beider Opfergruppen umzugestalten.

5.4.4.3 Regionale Erinnerungspolitik: die Rückgabe der Papiere von Salamanca

Die Forderungen der lokalen Akteure an die hohe Politik spiegeln die regionalen Unterschiede wieder. Die regionale Ebene hat in Spanien große Bedeutung zumal das Land seit dem 19. Jahrhundert für seine Strukturkonflikte zwischen Zentrum und Peripherie bekannt ist. Besonders in den Regionen Katalonien und dem Baskenland sind diese Konflikte konstant präsent. Im Fall von Katalonien kam es nach einem Regierungswechsel im Nov. 2003 zu einer radikaleren Politik bezüglich der Vergangenheit. Der Sozialist Pasqual Maragall übernahm nach den besagten Wahlen die Führung einer Dreierkoalition (*tripartit*), an der neben der „*Iniciativa per Catalunya-Verds*“ (Initiative für Katalonien/Grüne) – kurz ICV, auch die separatistische „*Esquerra Republicana de Catalunya*“ (Republikanische Linke Kataloniens) – kurz ERC, beteiligt war. Gestärkt durch die Unterstützung innerhalb der Bevölkerung griffen die Linksre-

¹²¹ Vgl. El País (o.V.:19. März 2005: o.S.).

publikaner auf alte Forderungen zurück wie die juristische Rehabilitation des, während des Bürgerkriegs amtierenden katalanischen Präsidenten, Lluís Companys und die Rückgabe des Aktenbestandes katalanischer Herkunft. Die so genannten „Papiere von Salamanca“, die sich zum damaligen Zeitpunkt im Besitz des Bürgerkriegsarchivs von Salamanca befanden sorgten für Empörung innerhalb der katalanischen Separatisten. Davon ausgehend erweist sich die Regionalregierung Kataloniens neben den zivilgesellschaftlichen Organisationen als weitere Pressure Group für die Zentralregierung.

Zu einem größeren Konflikt oder wie Sören Brinkmann sagt, zu einem „*clash of nationalisms*“¹²² kommt es bei der Diskussion um die „Papiere von Salamanca“. Der Aktenbestand, der seit dem Bürgerkrieg im Archiv von Salamanca verwaltet wurde, enthält Dokumente über die katalanische Autonomie der dreißiger Jahre. Bereits in den siebziger Jahren war der Sitz des Aktenbestandes (Salamanca) für die Regionalregierung ein Dorn im Auge. Der Wunsch auf Rückgabe wurde bis zum Jahr 2004 nicht berücksichtigt und sorgte sowohl in Katalonien als auch in Kastilien-León für große Protestbereitschaft nicht nur innerhalb der Regionalregierungen sondern auch der Bevölkerung. In Katalonien mobilisierte die so genannte „Kommission der Würde“ (*Comissió de la Dignitat*) die Massen woraufhin die Regierung Zapatero eine Expertenkommission zu Rate zog. Diese entschied sich für die Rückgabe der Dokumente, was für große Empörung außerhalb von Kataloniens, vor allem in Kastilien-León, sorgte. Die Protestmaßnahmen der konservativen Stadtregierung in Salamanca und die, der Regionalregierung in Kastilien-León reichten von der Einsetzung eines Ombudsmannes („Verteidiger des Volkes“) bis hin zur Einschaltung der UNESCO um den Schutz des staatlichen Kulturbesitzes per Gesetz zu verordnen. Die Protestbewegung erreichte ihren Höhepunkt mit einer Demonstration in der Stadt Salamanca unter der Führung der Volkspartei, an der 80000 Personen teilnahmen. Der Protestzug marschierte durch die Altstadt mit einem acht Meter langem Transparent, wo zu lesen war: „*Für unsere Werte! Für unsere gemeinsame Geschichte! Für unsere Würde!*“¹²³ Die Botschaft war eindeutig- man setzte die Einheit Spaniens mit der Einheit des Archives gleich, die es beides zu bewahren galt.

Die unverhältnismäßige symbolische Aufladung dieser Dokumente lässt sich nur in Verbindung mit der Debatte zur Kataloniens Selbstständigkeit erklären. Denn im Hintergrund dieser Konflikte standen die laufenden Debatten rund um das neue katalanische Autonomiestatut. Zapatero stellte, als Teil des Wahlkampfes, ein neues Autonomiestatut für Katalonien in Aus-

¹²² Vgl. Bernecker/Brinkmann, Kampf der Erinnerungen, S. 335.

¹²³ El País (o.V.:12. Juni 2005: o.S.).

sicht. Die Konformität stand jedoch, bezüglich mehreren Textpassagen des Entwurfes, mit der spanischen Verfassung im Zweifel und generierte somit eine anti-katalanische Mobilisierung seitens der *Partido Popular*. Schließlich wurde am 15. September 2005 die Rückgabe „Papiere von Salamanca“ nach Barcelona vom spanischen Parlament per Gesetz verordnet. Ein halbes Jahr später, im März 2006, passierte der Entwurf zum neuen katalanischen Statut das Parlament¹²⁴.

5.4.4.4 Die Geburt des Reparationsgesetzes und das Jahr der Erinnerung

Mit der Gründung der interministeriellen Kommission verpflichtete sich die neu gewählte Regierung die „juristische und moralische Rehabilitierung der Opfer des Bürgerkriegs und der Franco-Diktatur“¹²⁵ per Gesetz zu verordnen. Die Vizepräsidentin und gleichzeitig Verantwortliche für das Projekt, María Teresa Fernández de la Vega, formuliert die Zielsetzung so:

*„Das Ziel ist es die Würde wiederherzustellen und die Erinnerung derjenigen, die unter der Repression litten oder mit ihrem Leben Werte, die wir heute für selbstverständlich nehmen, verteidigten, wachzuhalten.“*¹²⁶

Die zuständige Kommission musste, aufgrund der Komplexität der Materie, drei Mal den Termin zur Präsentation des Gesetzesentwurfs verschieben. Währenddessen wurden die Organisationen dazu aufgefordert ihre Ideen und Vorschläge der Kommission zukommen zu lassen. Diese Aufforderung wurde mit großem Elan beantwortet. Bis Mitte April 2005 erhielt die Kommission nach eigenen Angaben nahezu 700 Schreiben, die unterschiedliche Wünsche und Anliegen aus dem ganzen Land dokumentierten. Einer der zentralsten Forderungen ist die finanzielle Beteiligung des Staates an den, mittlerweile landesweit durchgeführten, Exhumierungen¹²⁷. In den folgenden Kapiteln wird noch näher auf den Inhalt und die Auseinandersetzungen zum Gesetz eingegangen.

Im Schatten der schleppenden Verhandlungen zum Reparationsgesetz geriet die Regierung immer mehr unter Druck, die gemachten Versprechen in die Tat umzusetzen. Man beschloss das Jahr 2006, 70 Jahre nach dem Ausbruch des Krieges, als das „Jahr der Erinnerung“ zu deklarieren. Die Abstimmung fand am 22. Juni 2006 statt, ein Datum, das im Jahr der Jubiläen kein wichtiges Ereignis memorierte (14. April 75 Jahre II Republik und 18. Juli 70 Ausbruch des Krieges), und daher für weniger Aufsehen sorgen würde. Der Kongress verabschie-

¹²⁴ Vgl. Bernecker/Brinkmann, Kampf der Erinnerungen, S. 335ff.

¹²⁵ Vgl. El País (o.V.:11. Sept. 2004: o.S.).

¹²⁶ El País (o.V.:11. Sept. 2004: o.S.).

¹²⁷ Vgl. Bernecker/Brinkmann, Kampf der Erinnerungen, S. 339.

dete die Deklaration ohne den Stimmen der PP, obwohl Textpassagen so gestaltet wurden, dass sie beide Opfergruppen im gleichen Maße betreffen. Der exakte Wortlaut des ersten Artikels ist Folgender:

*„Anlässlich der 75. Jährung der Proklamation der 2. Republik in Spanien, wird das Jahr 2006 als der Erinnerung ernannt. Es soll an alle Frauen und Männer erinnern, die Opfer des Krieges bzw. der Diktatur waren. Außerdem wird jenen gedacht, die die Demokratie, die Menschenrechte und die nationale Versöhnung erkämpft und infolgedessen das demokratische System mit der Verfassung 1978 ermöglicht hatten.“*¹²⁸

Die Deklaration wird bewusst so formuliert, dass sowohl die Opfer aus Krieg und Diktatur als auch diejenigen, die beim Übergang zur Demokratie in den 1970er Jahren mitwirkten, in gleichem Ausmaß erwähnt und geehrt werden. Obwohl dies ein klares Zugeständnis an die PP darstellte, bewirkte es nicht die gehoffte Unterstützung. So forderte die PP an ihrer Stelle nicht das „Jahr der Erinnerung“ sondern das „Jahr der Eintracht“. Sowohl dem Leiden der Opfergruppen der nationalistischen wie der republikanischen Seite als auch den Errungenschaften der Damen und Herren der Transition soll im Jahr der Erinnerung gedacht werden und sich im kollektiven Gedächtnis einprägen.

In der Deklaration ist festgehalten, dass die Regierung aktiv Tätigkeiten, die die Erinnerung an die erwähnten Personen und ihre Taten wachhält, fördert und unterstützt. Gedenktage, Jubiläen und Ehrungen sollen vom Staat mitfinanziert werden und Organisationen, die sich dieser Tätigkeit widmen, finanziell gefördert werden. Gleichzeitig versprach die Regierung innerhalb eines Monats nach der Abstimmung dem Parlament einen vollständigen Bericht der interministeriellen Kommission über die Situation der Opfer und deren Nachkommen des Bürgerkriegs und der Diktatur vorzulegen.

Nachdem das Jahr 2006 als „Jahr der Erinnerung“ deklariert wurde war, allein aus Prestigegründen, ein Zurück aus den Verhandlungen zum Reparationsgesetz nicht mehr möglich. Am 28 Juli desselben Jahres, am letzten Sitzungstag vor der Sommerpause, präsentierte die Regierung einen Gesetzesentwurf, der in den folgenden Monaten für wilde, emotionale und kontroverse Diskussionen im Parlament und in der Öffentlichkeit sorgte.

5.4.5 Staatliche und zivile Erinnerungspolitik: Schlussfolgerungen

Das neue Millennium brachte die jüngere Vergangenheit wieder in die spanische Gegenwart zurück. Aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft werden Stimmen laut, die den Staat zur

¹²⁸ Siehe Homepage der spanischen Judikative: http://noticias.juridicas.com/base_datos/Admin/I24-2006.html#df

Verantwortung ziehen wollen. Zivilgesellschaftliche Organisationen schießen aus dem Boden und widmen sich den Versäumnissen der politischen Verantwortlichen. Auf der anderen Seite erscheint eine ganze Reihe rechtsgerichteter revisionistischer Autoren, die mit einem beachtlichen Erfolg die konservative Mehrheit in ihren Argumenten bestärken. Wie kann man nun die Vergangenheitspolitik der großen politischen Parteien charakterisieren? Wo liegen die Ziele und Motive begraben? Wie werden die Parteien von der Zivilgesellschaft beeinflusst?

Die vorausgehenden Abschnitte zeigen wie sich die verschiedenen politischen Strömungen in der spanischen Öffentlichkeit der Materie nähern. Wie zu erwarten war, hat die konservative Partei eine eher distanzierte Haltung zur jüngeren Vergangenheit. Es besteht eine gewisse Abneigung sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen, zumal es, im Anbetracht der Entstehungsgeschichte der Partei, ein sehr delikates Thema darstellt. Die PP, ursprünglich *Alianza Popular* (Volksallianz), entsprang eines Zusammenschlusses der konservativen Parteien nach dem Tode Francos 1976. Fünf dieser sieben Parteien standen unter der Führung ehemaliger Minister des Franco-Regimes. Auch wenn die Partei als Sammelbecken ehemals franquistischer Eliten fungierte, bekannte sie sich zu den eingeleiteten Reformen, zum König und zur konstitutionellen Monarchie¹²⁹.

In Anbetracht dieser Voraussetzungen, ist es nachvollziehbar, dass der Umgang mit der jüngeren Vergangenheit ein schwieriger ist. Wie schon in der Einleitung erwähnt, geht es im „Kampf der Erinnerungen“, um die Deutungshoheit der eigenen Geschichte. Kollektive Identität wird dadurch gerechtfertigt, dass die eigene Geschichte öffentlich anerkannt und die Leiden und Opfer einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe als allgemein gesellschaftliches Schicksal verstanden wird. Als unmittelbare Nachkommen der „Franquisten“, stellt es sich natürlich als kompliziert dar die, eigene Identität zu rechtfertigen. Der Fluchtpunkt aus dem Dilemma ist die Transition, der durchaus erfolgreiche Übergang zur konstitutionellen Monarchie, die sowohl die sozialistische als auch die konservative Partei verantworten haben. Der allgemeine Narrativ der ersten Jahre Demokratie stand im Zeichen der Versöhnung. Die Kollektivschuldthese wurde auf alle Teile der Gesellschaft im gleichen Maße auferlegt. Seit jeher besteht die Erinnerungspolitik der PP darin, die Errungenschaften der Transition besonders hervorzuheben, während die Erinnerung an die republikanischen Opfer aus der Öffentlichkeit vertrieben und in die Privatheit gedrängt wurde. Die Angst mit der Thematik in Berührung zu kommen rührt daher, dass der so genannte „*Geist der Transición*“ (*espíritu de la transición*)

¹²⁹ Vgl. Schuch, Ulrike(2002) Die Sprachpolitik des Partido Popular nach den Wahlen von 1996. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Wien.

ón)¹³⁰, mit dem Rütteln an der Vergangenheit zerstört werden könnte. Immer wieder werden Stimmen laut, die davor warnen alte Wunden aufzureißen und infolgedessen die Gesellschaft zu spalten. Bürgerkrieg und Diktatur seien überwundene Perioden, die nicht zur politischen Debatte stehen dürften.

Mit dem Auftreten der Erinnerungsbewegung Anfang dieses Jahrhunderts verändern sich die Zeichen der Zeit, und die PP wird immer häufiger zu ihrer Blockadepolitik bezüglich der Geschichte des Landes konfrontiert. Auch wenn die eigene Legitimierung sich aus der Vergangenheit speist, konnte die Partei nicht umhin sich in einigen Punkten den Forderungen der Bewegung und der anderen Parteien zu beugen. So stimmten Vertreter der PP, am 20. Nov. 2002, einer Gesetzesinitiative der PSOE zu, die eine neue Bewertung der Kriegsschuldfrage und der Regelung der Entschädigungsleistungen beinhaltete.

Die Geschichte der sozialistischen Partei entspringt einem anderen Gründungsmythos und daher basiert die Legitimierung der eigenen Identität auf einer anderen Geschichte. Neben anderen linken Parteien gilt die PSOE als Nachkommen des vor dem Bürgerkrieg gegründeten Parteibündnisses „*Frente popular*“ (die Volksfront), die bei den Wahlen 1936 mit großer Mehrheit gewann. Während des Bürgerkrieges stellte sich die Partei auf der Seite der Republik und kämpfte in den Milizen für die Demokratie. Im Laufe der Franco-Diktatur existierte die Partei in der Illegalität weiter und wurde erst nach dem Tod des Diktators wieder zu einer offiziellen Macht im Lande. Das Schweigen über die Vergangenheit bestimmte die ersten Jahrzehnte der Demokratie und unterdrückte die Erinnerung der eigenen Parteimitglieder. Das eigene Leiden wurde Zwecks des allgemeinen Friedens verdrängt, jedoch nicht vergessen.

Die Partei wird zur Beschäftigung mit der eignen Vergangenheit von, einerseits der Aufkommenden Erinnerungsbewegung und andererseits vom Wahlsieg der PP im Jahr 2000, angeregt. Zwei Hauptmotive standen dabei im Vordergrund: erstens die Zufriedenstellung der Parteianhänger bzw. die Abrechnung mit der eigenen Geschichte, und zweitens das politische Kapital, das aus der Materie zu holen war. Die Erinnerungsbewegung, entfaltete sich während der Regierungsperiode Aznar, war jedoch in ihrem Tun und Handeln erheblich beschränkt. Mit dem Antreten des sozialistischen Ministerpräsidenten Zapatero, stiegen die Erwartungen der AktivistInnen an die Regierung beträchtlich.

¹³⁰ Vgl. El País (o.V.:19. März 2005: o.S.).

Anfänglich kamen die AktivistInnen durch die Tätigkeit der Verantwortlichen auf ihre Kosten, da wesentliche Veränderungen in Aussicht gestellt wurden (Entfernung der Franco-Statue in Madrid, Gründung der interministeriellen Kommission, das „Jahr der Erinnerung“ etc.). Die Ankündigung einer Gesetzesinitiative, die alle Forderungen berücksichtigen sollte bedeutete ein sehr mutiges Unterfangen, zumal die Materie einen sehr komplexen und weitreichenden Umfang aufwies. Im Laufe der Verhandlungen stellte sich heraus, dass die langwierigen und kontroversen Diskussionen im Parlament, der Partei mehr schaden als nützen würde. Man begann sich in gewissen Punkten zu mäßigen um dem politischen Schaden soweit es ging zu verhindern.

*„Während der Legislaturperiode Aznars sind die Erinnerungsbewegungen entstanden. Diese hatten allerdings wenig Macht und waren daher in ihrem Tun und Handeln eingeschränkt. Mit dem Wahlsieg Zapateros stiegen ihre Möglichkeiten, aber im Endeffekt verändert sich nicht viel“,*¹³¹

sagt Professor Andrés Sanz auf die Frage, wie die Veränderungen in der Politik der PSOE zu bewerten sind. Im Laufe der Zeit kann man eine Milderung in der Erinnerungspolitik der PSOE erkennen.

Die Berührungsangst mit der Thematik ist beiden Parteien gemein, und Ursache für die zuweilen unsichere Haltung der Beteiligten. Im Tauziehen zwischen der Gunst der Wählerschaft und der Gunst der Anhänger in der jeweiligen Partei, findet sich oft keine klare Linie, weder bei den Sozialisten noch bei den Konservativen. Beide Parteien leiden diesbezüglich unter einem internen Zwiespalt. Die Konservativen sehen sich dazu gezwungen Teilen ihrer Anhängerschaft, die der franquistischen Nostalgie verfallen sind, Rechenschaft abzulegen indem sie die Relikte aus der Franco-Zeit beibehalten. So kommt es, dass nur durch großen externen Druck Symboliken wie die Reiterstatuen oder Straßen- und Ortsnamen entfernt werden. Als jedoch die Stimmung innerhalb Spaniens zu schwanken begann, musste die Partei zwecks ihrer Popularität, in manchen Punkten einlenken.

Ähnlich wie die PP sehen sich die Sozialisten den Anhängern ihrer Partei und den zivilgesellschaftlichen Organisationen verpflichtet die Problematiken der jüngeren Vergangenheit auf die parteipolitische Ebene zu stellen und die Erinnerung der republikanischen Seite wieder in das kollektive Gedächtnis der spanischen Gesellschaft zu integrieren. Die langwierigen Debatten im Parlament und in der Bevölkerung begannen dem Image der Partei zu schaden und

¹³¹ Interview mit Prof. Jesús de Andrés Sanz vom 28. Sept. 2009 S. 1.

daher beschränkten sie sich auf weniger radikalere Forderungen. Fazit ist, dass beide Parteien von ihren ursprünglichen Forderungen ein wenig abweichen mussten, um der Allgemeinen Meinung gerecht zu werden. Allerdings sind die Positionen auch nach der erwähnten Mäßigung so konträr, dass eine Einigung kaum bis gar nicht möglich ist. Die besagte Situation bewirkt, dass die Chancen der Veränderung nach wie vor sehr gering bleiben.

Die jüngere Vergangenheit bildet ein trennendes Element in der spanischen Gesellschaft und Politik. Kaum ein anderes Thema ist so emotionsgeladen und kontrovers wie dieses. Man möchte meinen, dass die allgemeine politische Einstellung gemäß der Einstellung zu dem Umgang mit der Vergangenheit bewertet wird. Anders als in anderen europäischen Ländern, gibt es in Spanien diesbezüglich nach wie vor keine einheitliche Linie, die von der breiten Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wird. Daher kommt es bei den Debatten rund um den Umgang mit dem franquistischen Erbe zu einem größeren Ausmaß an Polemik als bei anderen tagespolitischen Themen. Das Thema wurde zu einem Politikum wie noch nie zuvor. Die beiden Großparteien stellen in der Frage zwei konträre Pole dar, die eine Einigung als eine Unmöglichkeit erscheinen lässt.

6 Gesetzgebung

6.1 Gesetzesinitiativen während der Regierungsperiode Aznar

Die Regierungsübernahme der PP im Jahr 1996 ging mit einer Politisierung der Vergangenheit einher. Wie schon in früheren Abschnitten erwähnt, wird die Thematik von den linken Parteien aufgegriffen und als politische Waffe gegen die konservative Übermacht verwendet. Die zentrale Forderung der damals aufkommenden Erinnerungsbewegung, ist die juristische Implementierung einer Reihe von Maßnahmen: Rehabilitierung der Opfer und deren Nachkommen, Neubewertung der Kriegsschuldfrage, Entfernung der franquistischen Symbolik etc. Diese Maßnahmen, die unter dem Begriff „Vergangenheitspolitik“ subsummiert werden können, sollen den Umgang mit den personellen und materiellen Hinterlassenschaften regeln.¹³²

Diesen Umstand nutzten die Sozialisten im Bund mit den katalanischen und baskischen Nationalisten, um die Regierung zu einer eindeutigen Haltung bezüglich der anstehenden Themen zu zwingen. Im Juni 1999, 60 Jahre nach Kriegsende, präsentierten sie der Regierung einen Gesetzesentwurf, der Gelder für Entschädigungsleistungen bereitstellen und die Frage der Bürgerkriegsexilanten regeln soll. Hintergrund dieser Initiative war der Besuch des Parlamentsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten in Mexiko, ein sehr wichtiges Zielland der republikanischen Exilanten. Die Opposition hielt es für richtig, die offizielle Würdigung, die den spanischen Exilanten in Mexiko zuteilwurde, in Spanien zu wiederholen. Die Initiative weitete sich zu einer Grundsatzdebatte über die Neubewertung der Kriegsschuldfrage aus. Erstmals wurden die Verantwortlichen des „faschistischen Militärputsches gegen die republikanische Legalität“, verurteilt¹³³. Die PP, noch nicht willens sich der Sicht der Dinge anzuschließen, fertigten einen eigenen Text aus, indem sie den Aufstand 1936 nicht mit einem Wort erwähnten. Stattdessen spricht man vom „großen Opfer der ganzen spanischen Bürgerkriegsgeneration, als Beweis für die Sinnlosigkeit und den Hass“ dieser Zeit. Später wird auf die „beispielhafte demokratische Transition“, hingewiesen und betont, dass *„Die langen Jahre der Abwesenheit von Grundrechten wurden mit der Stärke der Gemeinschaft und der Krone überwunden.“* Zwar erklärten sich die konservativen Kräfte dazu bereit die Ehrung der Opfer zu unterstützen, doch verwiesen sie abermals darauf hin, dass eine neuerliche Debatte über eine „überwundene Periode“ nur alte Wunden aufreißen würde. Ein Abgeordneter der PP, José María Robles Fraga, spricht davon, dass der Gesetzesentwurf der Opposition in einer

¹³² Sandner, Hegemonie und Erinnerung, S. 7.

¹³³ El País (o.V.:01. Juni 1999: o.S.).

bürgerkriegsähnlichen Sprache geschrieben wurde und die heutigen Probleme, wie die Rehabilitation der Exilanten und deren Ehrung, nicht lösen würde. Für die Initiatoren stellte es sich als unentbehrlich heraus den Aufstand als einen faschistischen Putsch gegen eine demokratisch legitimierte Regierung zu deklarieren. Die Stimmen der Initiatoren waren, wie zu erwarten war, gegen den Gegenvorschlag der PP¹³⁴.

Seit dem großen Wahlsieg der *Partido Popular* im Jahr 2000, legten die, in die Defensive gedrängten, Sozialisten zusammen mit den anderen Oppositionsparteien („Vereinigte Linke“) in regelmäßigen Abständen Gesetzinitiativen vor, mit der Forderung nach Rehabilitation und Entschädigung verschiedener Opfergruppen. Das Ziel bestand ebenfalls darin, die Regierung moralisch so unter Druck zu setzen, dass sie nicht umhin konnte einer Deklaration zuzustimmen. Zusätzlich wurde die Regierung durch die wachsende internationale Aufmerksamkeit unter Druck gesetzt. Emilio Silva, der Initiator der Erinnerungsbewegung, lenkte das Interesse der UNO auf den spanischen Fall, insbesondere auf die vielen Tausend so genannten „Verschwundenen“, die durch Massenerschießungen und anderen Massakern umgekommen sind. Wie schon erwähnt, hatte sich Spanien bei einer UNO-Deklaration zu dem „Schutz der Personen vor erzwungenem Verschwinden“ verpflichtet. Ein Schreiben der UNO-Arbeitsgruppe, das eine umfassende Untersuchung in der Frage der „Verschwundenen“ empfahl, bewirkte, dass Vertreter des *Partido Popular* am 20 November 2002 einer Gesetzesinitiative zur finanziellen Unterstützung der Exhumierungsarbeiten zustimmten. Mit der Zustimmung sah die konservative Partei ihren Beitrag zur Diskussion als beendet an und bestand darauf keine Debatten über das Thema führen zu müssen. *„Die staatstragende Partei stimmte dem Inhalt des Textes zu – mit dem Vorbehalt, dass ähnliche Initiativen nicht mehr besprochen werden(...)“* Dies hatte zur Folge, dass viele Forderungen an die amtierende Partei, bezüglich der Thematik mit der gewohnten Blockadepolitik beantwortet wurden. So weigerte sich die PP an einer Feierlichkeit am 1. Dez. 2003, anlässlich des 25 jährigen Bestehens der spanischen Verfassung, zur Ehrung der Opfer von franquistischer Gewalt, teilzunehmen mit der Begründung, man habe das Kapitel im Vorjahr bereits abgeschlossen¹³⁵.

Aber auch die sozialistische Partei blieb von Kritik nicht verschont. Der Historiker Santos Juliá wunderte sich über das plötzliche Interesse für die Rechte der Opfer von Bürgerkrieg und Diktatur, dass in den 14 Regierungsjahren eher spärlich vorhanden war.

¹³⁴ El País (o.V.:01. Juni 1999: o.S.).

¹³⁵ Cuesta, La odisea de la memoria, S. 331f.

*„Es ist ironisch, dass während 14 Jahren sozialistischer Mehrheit über die Vergangenheit geschwiegen wurde, und jetzt wo die PP an der Macht ist Initiativen der PSOE zu sehen sind.“*¹³⁶

Auch mit dem neuerlichen Engagement der Linksparteien ist es evident, dass im Bereich der Vergangenheitspolitik ein beachtlicher Aufholbedarf besteht. Auch in weiterer Folge musste sich die sozialistische Partei immer wieder den Vorwurf gefallen lassen, ihre Aktivitäten im Bereich der Erinnerungspolitik hätten einen rein wahlstrategischen Hintergrund.

6.2 Der langer Weg zum Reparationsgesetz – Gesetzesinitiativen während der Regierungsperiode Zapatero

6.2.1 Forderungen der zivilgesellschaftlichen Organisationen an die interministerielle Kommission

Die Regierungsübernahme der sozialistischen Partei 2004, sahen viele Aktivisten der zivilgesellschaftlichen Organisationen mit großen Erwartungen entgegen. Um dem Wahlversprechen, die Opfer vollständig zu rehabilitieren, Taten folgen zu lassen, formierte sich kurz nach Amtsantritt eine interministerielle Kommission, die sich den besagten Belangen widmen soll. Vizepräsidentin und Verantwortliche in Fragen der Vergangenheitspolitik María Teresa Fernández de la Vega stellte in Aussicht in den folgenden Monaten einen Gesetzesentwurf zu präsentieren, der alle Belange, von den Entschädigungsleistungen bis hin zu den franquistischen Relikten im öffentlichen Raum behandeln sollte. Der Appell an alle Organisationen sie mögen ihre Ideen und Vorschläge an die Kommission herantragen, wurde mit Begeisterung befolgt. Die große Anzahl an Beiträgen (bis Mitte April 2005, 700 Schreiben) veranschaulichte ebenfalls die Komplexität der Materie und ließ die Ansprüche an das gesamte Projekt ins Unermessliche wachsen. Wie zu erwarten war, konnte die Kommission die angekündigten Termine nicht einhalten und musste dreimal das Datum der Präsentation des Gesetzesentwurfs verschieben. Die Forderungen der zivilgesellschaftlichen Organisationen an die Regierung stellen eine große Bandbreite dar. Im Folgenden werden die einzelnen Punkte besprochen.

6.2.1.1 Unterstützung bei den Exhumierungen

Einer der wichtigsten Forderung der Organisationen ist die finanzielle Beteiligung des Staates an den Exhumierungen. Schätzungsweise befanden sich bis zu dem Zeitpunkt rund 30 000 Opfer der franquistischen Repression in anonymen Massengräbern, die im ganzen Land verstreut sind. 2005 bestätigte die größte Organisation ARHM rund um Emilio Silva, dass sie

¹³⁶ Vgl. El País (o.V.:19. Sept. 1999: o.S.).

551 Verschwundene aus insgesamt 73 anonymen Massengräbern geborgen hätten. Parallel dazu konnte das *Foro por la memoria* weitere 50 Kriegsoffer identifizieren. Weitere 5000 Hilfsanfragen von Angehörigen Verschwundener stapelten sich bei den Akten der Organisationen. Nicht nur finanzielle Mittel sondern auch Gerichtsmediziner und entsprechende Infrastruktur wird vom Staat gefordert, um die Aufgaben effizienter und den internationalen Standards entsprechend bewältigen zu können¹³⁷. Bis zu dem Zeitpunkt lag der gesamte Prozess in den Händen der Organisationen. Die dichte Fülle an Aufgaben überstiegen über kurz oder lang die Kapazitäten der Organisationen. Die Professorin Mirta Núñez Díaz-Balart, selber aktiv in einer zivilgesellschaftlichen Organisation spricht im Interview diese Problematik an:

*„Wegen des indirekten Verfahrens ist es immer ein Schritt nach vorne und zwei zurück. Zum Beispiel Exhumierungen... man fängt mit der Arbeit an, es geht einem die Subvention aus, das Projekt wird auf unbestimmte Dauer auf Eis gelegt...das bedeutet, dass man während des Prozesses viel verliert – das Erworbene verliert man wieder.“*¹³⁸

Die Forderungen der Organisationen geht demnach dahingehend, dass der langwierige Weg Subventionen zu beantragen und zu erhalten, dadurch ihnen erspart bleibt, indem der Staat als Hauptakteur in diesen Belangen auftritt und finanzielle Mittel per Gesetz vergibt.

6.2.1.2 Entschädigungs- und Pensionsleistungen

Angesichts des hohen Alters der Betroffenen stand die Forderung einer endgültigen Regelung der Entschädigungs- und Pensionsleistungen zugunsten verschiedener Opfergruppen ebenfalls ganz oben auf der Liste. Obwohl diesbezüglich seitens des Staates schon einiges unternommen wurde, beklagte man sich über zahlreiche Lücken in der Gesetzgebung. Beispielsweise wurde im Fall der politischen Häftlinge 1990 unter der Regierung González ein entsprechendes Entschädigungsgesetz verabschiedet, das allerdings nur Personen berücksichtigte, die mindestens 3 Jahre inhaftiert waren und zu dem Zeitpunkt der Gesetzgebung bereits das Alter von 65 erreicht hatten. Ab dem Jahr 1996 waren die 17 Autonomen Gemeinschaften für die Entwicklung eigener Regelungen verantwortlich, die mehr oder minder die Lücken der zentralstaatlichen Regelung ausfüllten.

Ebenso besteht eine lückenhafte Gesetzgebung im Bereich der Rückerstattung des vom Franco-Regime beschlagnahmten Privateigentums. So werden nur die Anträge von Parteien und Gewerkschaften aber nicht die von Privatpersonen und anderen Institutionen berücksichtigt.

¹³⁷ Vgl. Bernecker/Brinkmann, *Kampf der Erinnerungen*, S. 339f.

¹³⁸ Interview mit Prof. Núñez Díaz-Balart vom 28. Sept. 2009 S. 6.

Ohne gesetzliche Berücksichtigung bleibt das Schicksal von Folteropfern sowie von den bis zu 400 000 geschätzten Zwangsarbeitern, die am Aufbau verschiedenster staatlicher Infrastrukturprojekte beteiligt waren wie beispielsweise am *Guadalquivir*-Kanal oder am Franco-Mausoleum. Bürgerkriegsexilanten forderten die Anerkennung als offizielle Opfer des Franquismus. Ebenso ehemalige antifranquistische Guerillakämpfer nach dem Krieg (die so genannten *marquis*), erwarteten die Anerkennung als reguläre Soldaten. Hierbei geht es vor allem darum die entsprechende Pensionsleistung in Anspruch nehmen zu können.

Des Weiteren forderten Aktivisten und Angehörige eine vollständige Öffnung aller zivilen und Militärarchive, die Aufschluss über die franquistische Repression geben könnten. Alle verbliebenen Dokumente (viele Dokumente wurden schon lange vor dem Tod des Diktators vernichtet) von Gerichten, Polizei, und Militär sollen in einem zentralen Bürgerkriegs- und Diktaturarchiv archiviert werden. Die Aktivisten forderten die Möglichkeit der Mitgestaltung bei der offiziellen Erinnerungskultur. Die Vorschläge reichten über die Errichtung einer offiziellen Gedenkstätte für die Opfer der Repression bis hin zur Revision der Geschichtsbücher und zur Festlegung eines gesetzlichen Gedenktages für die Opfer des Franquismus und des antifranquistischen Widerstandes.

6.2.1.3 Franquistische Symbolik

Die Entfernung franquistische Symbolik (Straßen- und Ortsnamen, Franco-Statuen, Gedenksteine etc.) im öffentlichen Raum, bildete nach wie vor einen wichtigen Forderungspunkt. Es wurde von der Regierung eine gesetzlich verankerte Regelung, die jede Gemeinde zur Entfernung ihrer franquistischen Symbolik verpflichtete verlangt. Bis dato liegt die Verantwortlichkeit für die Entfernung der Symbolik in den Händen der einzelnen Gemeinden, die jedoch durch keine Gesetzgebung dazu verpflichtet wurden. Dahingehend liegt die Forderung der Organisationen bei einer einheitlich landesweiten Regelung, die die Entfernung aller franquistischer Requirien per Gesetz verordnet.

6.2.1.4 Franquistische Rechtsprechung

Ein anderes sehr wichtiges und delikates Thema bildeten juristische Fragen wie die der fort-dauernden Gültigkeit der franquistischen Rechtsprechung. Besonders plastisch wurde diese Thematik im Falle der politisch motivierten Todesurteile während und nach dem Krieg, die von Militärtribunalen und anderen Gerichten des franquistischen Regimes gefällt wurden. Schon mehrfach scheiterte der Versuch von Angehörigen eine Revision solcher Urteile zu erreichen. Es wurde klar, dass eine grundlegende Veränderung des Rechtsrahmens, durch

einen Parlamentsbeschluss notwendig war, um solche Urteile annullieren zu können. Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International sprachen davon, dass eine partielle Urteilsaufhebung in diesem Fall nicht genug sei. Man müsse die vollständige Annullierung aller politisch diskriminierenden Urteile der franquistischen Rechtsprechung durchsetzen. Auch forderten Menschenrechtsorganisationen eine vollständige Aufklärung aller Menschenrechtsverletzungen der franquistischen Diktatur. Dies hätte allerdings eine strafrechtliche Verfolgung der ehemaligen Täter zur Folge. Politisch sehr umstritten ist dieser Punkt aufgrund dessen, dass diese Maßnahme, dem Amnestiegesetz (Straflosigkeit) von 1977, widersprechen würde.¹³⁹

6.2.1.5 Der Gesetzesentwurf im Kreuzfeuer der Kritik

Mit der Ernennung des Jahres 2006 als „Jahr der Erinnerung“ konnte die Regierung nicht umhin den versprochenen aber umstrittenen Gesetzesentwurf sobald als möglich zu präsentieren. Nach einem langwierigen Prozess war der Entwurf Ende Juli 2006, kurz vor der Sommerpause, soweit fertig und wurde dem Parlament vorgelegt. Wie zu erwarten war hagelte es Kritik von rechter wie von linker Seite. Die Verbündeten der Regierung im Parlament, die *Esquerra Republicana de Catalunya* und die *Izquierda Unida*, gingen soweit, dass sie Alternativentwürfe zum offiziellen Gesetzesentwurf vorschlugen. In Folgendem werden die Diskussionspunkte besprochen.

6.2.2 Kritik von rechts

Obwohl im Gesetzestext Zugeständnisse an die konservative Partei gemacht wurden (Verzicht auf eine explizite Schuldzuweisung etc.) stieß der Entwurf innerhalb der *Partido Popular* auf Empörung und Ablehnung. Mariano Rajoy, Vorsitzender der PP, warf abermals Zapatero vor, er würde unnötigerweise alte Wunden aufreißen wollen. José María Aznar sagte sogar auf einer Wahlkampfveranstaltung in Zaragoza bezüglich der Vergangenheitspolitik der Regierung Zapatero: „Zapatero hat erreicht, dass die eine Hälfte Spaniens die andere Hälfte nicht akzeptiert. Genau das politische Schema, das uns vor 70 Jahren zum schlimmsten Moment unserer Geschichte führte, will man nun wiederholen“¹⁴⁰. Später verlautbarte Aznar in der selbigen Tageszeitung *El País*, dass er nie den Begriff „Bürgerkrieg“ verwendet habe, auch wenn die Anspielung auf den Krieg mit den Worten „vor 70 Jahren“ für die spanische Gesellschaft ersichtlich war. Im Allgemeinen wird der Bruch mit der Versöhnungspolitik der

¹³⁹ Vgl. Bernecker/Brinkmann, *Kampf der Erinnerungen*, S. 340ff.

¹⁴⁰ *El País* (o.V.:24. Mai 2007: o.S.).

Transition beklagt, und darauf hingewiesen, welche Folgen dieses Verhalten einer Regierung für die spanische Gesellschaft haben könnte.

Die Kritik an den Plänen Zapateros teilte mit der *Partido Popular* die Katholische Kirche Spaniens. Man verwies darauf, dass die Regierung die Vergangenheit instrumentalisieren und in einem „selektiven Geist“ die Erinnerung an die Opfer aus Bürgerkrieg und Diktatur wachhält. Die Erinnerung an die Opfer der religiösen Verfolgung Anfang des Bürgerkriegs müsse ebenso Einzug in das kollektive Gedächtnis Spaniens erhalten, wie die Opfer der republikanischen Seite, betonte die Kirche.

Um den Druck auf die konservativen Parteien zu erhöhen und um gleichzeitig deren Kritik zu entkräften, hat man, von Seiten der Linken, mehrmals versucht den Konflikt zu internationalisieren. Anfang Juli 2006, pünktlich zum 70. Jahrestag des Bürgerkriegsausbruchs, verurteilte das europäische Parlament offiziell die Franco-Diktatur. Für kurze Zeit erfreuten sich die konservativen spanischen Abgeordneten im EU-Parlament nicht besonders großer Beliebtheit. Die Weigerung den Franquismus zu verurteilen stieß auch bei den Kollegen anderer Volksparteien auf Unverständnis.¹⁴¹

6.2.3 Kritik von links

Der fertige Gesetzesentwurf löste mehr Enttäuschung als Freude bei Vertretern der Zivilgesellschaft, den linken Oppositionsparteien und der Wissenschaft aus. Sie kritisierten, dass der Entwurf bei den wichtigen Punkten weit hinter den Forderungen der Organisationen zurücklag. Von Professoren der Rechtswissenschaft und der Geschichte wurde das Gesetz als sehr „verdünnt“ und als „mangelhaft“ beschrieben. Beispielsweise sagt José Antonio Piqueras Professor für Zeitgeschichte in der Universität Jaume I in Castellón (Valencia) „*Das Gesetz ist ein guter Anfang aber er bleibt in der Mitte stecken...*“¹⁴²

Einer der Hauptkritikpunkte betraf die, nach wie vor gültige, franquistische Rechtsprechung. Um der Annullierung aller militärischen Standgerichtsurteile des Franco-Regimes zu umgehen, soll von der Regierung ein Rehabilitierungsausschuss ohne juristische Kompetenzen installiert werden. Forderungen von Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International, die vollständige juristische und strafrechtliche Aufarbeitung der franquistischen Gewalt, wurden im Entwurf nicht berücksichtigt. Mit dem Verweis auf das Amnestiegesetz 1977, das alle

¹⁴¹ Vgl. Bernecker/Brinkmann, Kampf der Erinnerungen, S. 347.

¹⁴² El País (o.V.:29. Juli 2006: o.S.).

Täter des Franquismus freisprach, weigerte sich die Regierung dem Anliegen der Organisationen entgegenzukommen, weshalb sie den Entwurf als „Schlußstrichgesetz“, als *Ley de Punto Final*, bezeichneten.

*„Amnesty International bedauert, dass das „Gesetz der Erinnerung“ sich zu einem „Schlußstrichgesetz“ entwickeln wird. Sie argumentieren, dass der jetzige Entwurf das Völkerrecht umgehen würde. Man würde sich vor der Verantwortung gegenüber den verübten Verbrechen während des Krieges und der Diktatur drücken wollen. Mit diesem Gesetz erkläre man die Verbrechen der Folter, die ungerechten Strafverfahren, die Verfolgungen und die Massenhinrichtungen als straffreie Handlungen.“*¹⁴³

Besonders problematisch erwies sich dieser Punkt dahingehend, dass die althergebrachte Teilung der Opfer in “reguläre”(diejenigen, die von einem franquistischen Militärgericht verurteilt wurden) und “irreguläre” Opfer (zivile Opfer ohne Verfahrensspruch) nach wie vor bestehen blieb. Das Leiden der so genannten „regulären“ Opfer wäre durch eine weiterhin gültige Rechtsprechung „legalisiert“, und eine Revision des Urteils somit kaum möglich.¹⁴⁴

Der Nächste Punkt der für Kritik sorgte, betraf die Entfernung der franquistischen Symbolik. Die einzelnen Gemeinden werden zwar zur Entfernung der Symbolik per Gesetz gezwungen aber es wird nicht gesagt wie und wann dies geschehen soll. Experten sehen einen Mangel an einem Reglementierungsplan, der dafür sorgen könnte, dass die Verordnung in die Tat umgesetzt wird. Professor de Andrés Sanz geht im Interview auf diesen Punkt ein:

*„(...) die Symbolik des Franquismus; das Gesetz sagt, man muss sie entfernen, aber es sagt nicht wo, wie und wann, noch welche Konsequenzen denjenigen drohen, der sich dieser Vorschrift widersetzt. Es ist ein Gesetz, das keinen Implementierungsplan besitzt.“*¹⁴⁵

Die Enttäuschung lag darin, dass Verbesserungen im Vergleich zum vorigen Zustand kaum bemerkbar sein werden, da die Entfernung der Symbolik nach wie vor im Verantwortungsbereich der Gemeinden verbleibt und vom Wohlwollen der lokalen Politiker abhängt. Anzunehmen ist, dass die Regierung auf eine entsprechende Reglementierung verzichtete um politische Konflikte mit den einzelnen Gemeinden zu vermeiden.

Außerdem wurde kritisiert, dass die finanzielle und infrastrukturelle Unterstützung des Staates bei den Exhumierungsarbeiten nach wie vor von den zivilgesellschaftlichen Organisationen

¹⁴³ El Mundo (o.V.:16. Sept. 2006: o.S.).

¹⁴⁴ Vgl. Interview mit Prof. Núñez Díaz-Balart vom 28. Sept. 2009 S. 2.

¹⁴⁵ Interview mit Prof. Jesús de Andrés Sanz vom 28. Sept. 2009 S. 3.

vorbereitet und beantragt werden musste. Somit nimmt der Staat nicht die gewünschte Rolle des zentralen Akteurs ein.

Im Allgemeinen wurde der Entwurf als eine herbe Enttäuschung hingenommen. Emilio Silva, Vater der Erinnerungsbewegung, sprach von einer „einmalig verlorenen Chance“ und das *Foro de la memoria* (Erinnerungsforum) behauptete gar, dass der Entwurf ein Umfallen vor einer Rechten, die „ihre Bindungen zum Franquismus noch nicht trennen konnte“, bedeutete¹⁴⁶. Viele Stimmen sprachen von der großen Chance, den Opfern des Franquismus Gerechtigkeit wiederfahren zu lassen, die man mit so einem zurückhaltenden Gesetzestext verpasst habe.

6.2.4 Stockende Verhandlungen

Im Laufe der Verhandlungen kam es zu einer Radikalisierung auf der rechten wie auf der linken Seite. Während die Rechte eindeutige Annäherungen an die pro-franquistische Szene machte, und das Handeln der Regierung als bürgerkriegsfördernd bezeichnete, keimte in weiten Teilen der Erinnerungsbewegung und der politischen Linken eine Nostalgie für die II Republik auf. Die bis dahin verdrängte Erinnerung an den demokratischen Vorboten der Monarchie, kam im Jahr 2006, 75 Jahre nach der Proklamation der II Republik, in Form vereinzelter Ausstellungen und Gedenkfeiern, wieder in das nationale Bewusstsein. Davon ausgehend kam es zu einer Distanzierung gegenüber der mehrheitlich positiven Einstellung gegenüber der Monarchie. Man bezeichnete die II Republik als „wichtigste demokratische Erfahrung“ und als „unmittelbarsten Vorläufer“ der gegenwärtigen Demokratie.¹⁴⁷

Die Radikalisierung der Positionen führte zweifellos dazu, dass die Verhandlungen zum Gesetz nach der Präsentation des Entwurfs mit größter Vorsicht von statten gingen. Fast unbemerkt blieben die befürwortenden Stimmen im Parlament, die zum Großteil, von den bürgerlichen Regionalparteien stammten. Dazu zählten Vertreter der baskischen *Partido Nacionalista Vasco* (die baskische Volkspartei) und der katalanischen *Convergència i Unió* (die bürgerliche katalanische Partei), die im Gegensatz zu den anderen Parteien nur kleine Abänderungsanträge einbrachten und so die parlamentarische Weiterbehandlung des Gesetzes sicherten. In weiterer Folge verlangten die Bündnispartner der Regierung im Parlament, die regional bürgerlichen Parteien und das „Linksbündnis“ (*Izquierda Unida*), einen höheren „Preis“ für ihre Zustimmung. Man forderte die vollständige Annullierung der franquistischen

¹⁴⁶ Vgl. El País (o.V.:29. Juli 2006: o.S.).

¹⁴⁷ Vgl. Bernecker/Brinkmann, Kampf der Erinnerungen, S. 349f.

Standgerichtsurteile; ein Punkt wo sich die Regierung nicht in der Lage sah zuzustimmen. Infolgedessen kam es ab dem Jahresbeginn 2007 bis April desselben Jahres zu einer Verhandlungsblockade. Der Durchbruch wurde erreicht, indem sich die Parteien auf den Kompromiss einigten, die Standgerichtsurteile als „illegitim“ zu erklären. Dies bewirkte, dass die vollständige Annullierung umgangen werden konnte, aber der Weg zu einer Verfahrensrevision in einzelnen Fällen frei blieb. Die Forderung nach juristischer Rehabilitation einiger Familienangehörigen konnte somit befriedigt werden.¹⁴⁸

Zusätzlich stellten die baskischen und katalanischen Bündnispartner ihre eignen speziellen Forderungen an das Erinnerungsprojekt. So wollte beispielsweise die christdemokratische Partei Kataloniens einen klaren Hinweis innerhalb des Gesetzestextes sehen, der auf die antiklerikale Gewalt seitens der Republik hinwies. Die baskischen Nationalisten hingegen forderten die Rückgabe des eigenen Aktenbestandes – sozusagen, ihrer eigenen „Papiere von Salamanca“. ¹⁴⁹

Daraufhin kam es zu weiteren Blockaden in den Verhandlungen und die Sommermonate vergingen ohne ersichtlichen Erfolg. Das absehbare Ende der Legislaturperiode bewirkte einen zusätzlichen Zeitdruck auf die verhandelnden Parteien. Die Sorge, das gesamte Vorhaben könnte im Sand verlaufen, führte Intellektuelle, Historiker, zivilgesellschaftliche Akteure etc. dazu, den Druck in Form von Manifesten und Aufrufen an die Politik zu erhöhen. Eine Gruppe von Juristen und Historiker, darunter der bekannte Spanienexperte Paul Preston, formulierten ein Manifest mit dem folgenden Wortlaut:

„Es sind fast fünf Jahre vergangen seitdem der Kongress den Militäraufstand von 1936 offiziell verurteilt hat. Es sind drei Jahre vergangen seitdem der Kongress die Regierung dazu aufforderte eine interministerielle Kommission zu gründen, die sich den Belangen der Opfer des Krieges und des Franquismus widmen sollte. Es ist ein Jahr her seitdem die Regierung den Gesetzesentwurf präsentiert hatte. Der Entwurf, der in seinen Grundfesten ungenügend ist, bleibt auch gegen Ende dieser Legislaturperiode, unbearbeitet. Unser demokratischer Rechtsstaat, die demokratische Gesellschaft, die zivilgesellschaftlichen Organisationen und vor allem die Opfer der franquistischen Diktatur und deren Nachkommen können nicht länger warten. Die Regierung und die dazugehörigen Arbeitsgruppen sollten wissen, dass ein komplett reformiertes Gesetz in den nächsten Monaten das Parlament passieren müsste, sonst würden die besagten- wie es in der Präambel zum Gesetz heißt- nationalen Wunden nicht heilen.“ ¹⁵⁰

¹⁴⁸ Vgl. El País (o.V.:19. April 2007: o.S.).

¹⁴⁹ Vgl. Bernecker/Brinkmann, Kampf der Erinnerungen, S. 351.

¹⁵⁰ El País (o.V.:31. Aug. 2007: o.S.).

Trotz aller Kritik am Entwurf beherrschte die Einsicht innerhalb der Bevölkerung, dass eine baldige Einigung in der Sachlage besser war als ein aussichtsloses Ende. Es folgte der Wettlauf gegen die Zeit. Allein aus Prestige Gründen war es der Regierung unmöglich die Verhandlungen ohne Resultat zu belassen. Nach einem weiteren Verhandlungsmarathon, der kleinere Teilaspekte beinhaltete, stand in der ersten Oktoberwoche 2007 fest, dass der Entwurf mit den Stimmen des Linksbündnisses und der bürgerlichen Nationalisten eine Mehrheit fand. Dieses Ergebnis wurde auch vom Stimmmodus favorisiert, da man jeden Artikel einzeln im Parlament abstimmen musste und somit ein gewisser Spielraum offen stand. Für eine Überraschung sorgte die *Partido Popular*, die bei der Vorabstimmung am 17. Oktober 2007 gegen ihre grundsätzlich ablehnende Haltung zwei Artikel unterstützte; einerseits die Erweiterung der Reparationsleistungen und andererseits die Entpolitisierung des Franco-Mausoleums *Valle de los Caídos*¹⁵¹. Zu der Opposition zählten die katalanischen Linksnationalisten *Esquerra Republicana*, die sich mittels Gegenstimmen gegen den „Betrug“, wie sie es nannten, zu Wehr setzten. Am 31. Oktober 2007 wurde schlussendlich das Gesetz vom Parlament verabschiedet.

6.2.5 Eckpunkte des Reparationsgesetzes

Im Folgenden werden die einzelnen Eckpunkte der endgültigen Fassung des Gesetzes besprochen.

6.2.5.1 Zielsetzung

Das Gesetz setzt sich zum Ziel all diejenigen, die während des Bürgerkriegs und der Diktatur Verfolgung und Gewalt erlitten hatten, anzuerkennen und deren Rechte zu erweitern. Die getroffenen Maßnahmen sollen die jahrzehntelangen Konflikte innerhalb der spanischen Gesellschaft lösen und überwinden. Das Gesetz soll dafür sorgen, dass das Wissen über die Ursprünge und den Verlauf des Krieges bzw. der Diktatur erhalten, gefördert und allen Interessierten zugänglich gemacht wird.

6.2.5.2 Öffentliche Verurteilung

Offiziell verurteilt der spanische Staat alle Formen der Gewalt, Verfolgung und der Bestrafung die aufgrund der politischen Überzeugung, des religiösen Glaubens, sexuelle Orientie-

¹⁵¹ Vgl. El País (o.V.:17. Okt. 2007: o.S.).

rung etc. während des Bürgerkriegs oder später in der Diktatur getätigt wurden, und anerkennt ihren rechtswidrigen Charakter.¹⁵²

6.2.5.3 Franquistische Rechtssprechung

Das Gesetz erklärt die Urteilssprüche der franquistischen Standgerichte, in politischen, religiösen oder ideologischen Belangen, als „illegitim“. Infolgedessen werden alle Militärgerichte und deren Urteilsprüche, die in Fällen anderer politischer Überzeugung oder verschiedener religiöser Richtung urteilten, als rechtswidrig bzw. als „illegitim“ erklärt. Auch wenn die Urteile nicht annulliert wurden müssen Revisionsanträge von Familienangehörigen seitens der Rechtssprechung behandelt werden.

Ebenso wird betont, dass eine öffentliche Anerkennung der Unschuld all denjenigen (bzw. deren Nachfahren) zuerteilt wird, die unter den oben erwähnten franquistischen Urteilssprüchen leiden mussten.¹⁵³

6.2.5.4 Entschädigungs- und Pensionsleistungen

Die schon existierenden Pensions- und Entschädigungsleistungen wurden mit diesem Gesetz erweitert. Dies beinhalten die Erweiterung der Pensionszahlungen an Angehörige von Bürgerkriegsopfern (Witwen und Waisen) und Entschädigungsleistungen an all jene die bis zur Generalamnestie 1977 eine Gefängnisstrafe erlitten. Außerdem sollen Familien entschädigt werden deren Angehörige im Kampf für ein demokratisches System von 1968 bis 1977 umgekommen sind.¹⁵⁴

6.2.5.5 Exhumierungen

Mit diesem Schreiben verpflichtet sich der Staat bei der Lokalisierung, Identifizierung und bei der möglichen Exhumierung der Opfer des Franquismus, so genannter „Verschwundener“, unterstützend einzugreifen. Hierbei handelt es sich um nicht identifizierte Opfer, deren Reste nach wie vor in Massengräbern begraben sind. Ein Protokoll und eine wissenschaftliche Abarbeitung soll garantiert und die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Organisationen und den öffentlichen Stellen gefördert werden. Außerdem soll eine Landkarte ausgearbeitet

¹⁵² Vgl. Ley 52/2007, Art. 1/Art.2, siehe online unter: www.noticiasjuridicas.com

¹⁵³ Vgl. Ley 52/2007, Art.3 /Art.4

¹⁵⁴ Vgl. Ley 52/2007, Art.5 – Art. 10

werden, die alle übrigen Massengräber anzeigt. Die angezeigten Stellen sollen für Suchende zugänglich gemacht werden.¹⁵⁵

6.2.5.6 Entfernung der franquistischen Symbolik

Das Gesetz verpflichtet die einzelnen Gemeinden alle möglichen Wege einzuleiten um, alle Schilder, Tafeln, Verweise, Straßen- oder Ortsnamen, die den Militäraufstand 1936 sowie den Bürgerkrieg oder die Diktatur ehren, von öffentlichen Plätzen und Gebäuden zu entfernen. Ausnahmen bestehen, wenn Objekte eine strikt persönliche Erinnerung darstellen, ohne einer der beiden Kriegsparteien lobpreisen zu wollen, oder wenn ein künstlerischer bzw. architektonischer Wert vorhanden ist.¹⁵⁶

6.2.5.7 Franco-Mausoleum: „Valle de los Caídos”

Es wird festgelegt, dass das Franco-Mausoleum mit den gleichen Normen wie andere Anlagen dieses Typus (Friedhöfe, Kulturstätten) gehandhabt werden soll. Jegliche Veranstaltungen politischer Natur sowie Akte der Ehrung vom Bürgerkrieg bzw. dessen Protagonisten werden untersagt. Des Weiteren wird der Leitung der Anlage nahegelegt die Erinnerung aller Gefallenen des Bürgerkriegs zu bewahren und zu ehren um den Ort längerfristig in eine Gedenkstätte für alle Opfer zu verwandeln.¹⁵⁷

6.2.5.8 Internationale Brigaden und Exilanten

An alle ehemaligen Mitglieder der internationalen Brigaden, die während des Bürgerkriegs freiwillig auf der Seite der Republik mitkämpften soll die spanische Nationalität verliehen werden mit der Auflage die eigene Nationalität behalten zu können. Ehemalig spanische Bürger und deren Nachkommen (Kinder und Enkelkinder), die aufgrund des Krieges gezwungen wurden ihr Leben im Exil zu verbringen haben ebenfalls die Möglichkeit die spanische Nationalität wieder zurückzuerlangen.¹⁵⁸

6.2.5.9 Zentrales Dokumentationsarchiv

In Salamanca soll ein zentrales Dokumentationsarchiv für Studien zum Spanischen Bürgerkrieg, zur Diktatur und vor allem zur Konservierung der Erinnerung an die Opfer entstehen.

¹⁵⁵ Vgl. Ley 52/2007, Art.11 – Art. 14

¹⁵⁶ Vgl. Ley 52/2007, Art. 15

¹⁵⁷ Vgl. Ley 52/2007, Art.16

¹⁵⁸ Vgl. Ley 52/2007, Art. 18

Das bestehende Archiv zum spanischen Bürgerkrieg in Salamanca, soll in das neue integriert und erweitert, und für alle Interessierten zugänglich gemacht werden.¹⁵⁹

6.2.6 Reaktionen auf das Gesetz

Die Reaktionen auf das Gesetz vielen im Großen und Ganzen relativ negativ aus. Sowohl auf der rechten wie auf der linken Seite reagierte man mit Empörung. Mit Verweis auf die Regelung, die franquistischen Standgerichtsurteile als illegitim zu erklären, bezeichneten die katalanischen Linksrepublikaner (ERC) das Gesetz als einen „Betrug“ und wurden von der großen Mehrheit der zivilgesellschaftlichen Organisationen, wie Amnesty International, in ihrer Aussage unterstützt. Kritisiert wurde außerdem, dass zu viele Zugeständnisse an das konservative Lager gemacht wurden und das Gesetz als ein „verdünntes“ Gesetz ausfiel. Viele Organisationen bezeichneten es als eine „Schande“, und beklagten, dass der Staat nicht die gewünschte Rolle als Hauptakteur in der Frage der Vergangenheit inne nehmen wollte.¹⁶⁰

Unterdessen zeigt sich die *Partido Popular* nach wie vor ablehnend und unterstellt der Regierung die Opfer des Bürgerkriegs und der Diktatur für ihre Zwecke instrumentalisieren zu wollen. Immer wieder werden Stimmen laut, die den trennenden Effekt des Gesetzes auf die spanische Gesellschaft betonen.

6.3 Schlussfolgerungen

Der letzte Abschnitt zeigt wie sich die Forderungen der verschiedenen Strömungen innerhalb der spanischen Gesellschaft in juristischer Form manifestierten. Das „Gesetz der Erinnerung“ ist das Resultat eines Prozesses des letzten Jahrzehnts; ein Prozess der sich zum Ziel setzte die Erinnerung der republikanischen Seite aus der privaten Sphäre in das kollektive bzw. in das kulturelle Gedächtnis zu integrieren. Im Kampf um die Anerkennung der eigenen Geschichte, war es notwendig das „kollektive Schweigen“ aus der Transition zu durchbrechen und die eigene Geschichte als Teil der nationalen Identität verstehen zu lassen. Ein wichtiger Schritt in diesem Prozess ist die Verankerung der Normen in einem juristischen Rahmen. Der/die LeserIn hat gesehen, wie das Aufkommen einer großen Erinnerungsbewegung dazu führte, dass Schritt für Schritt Forderungen, die in Gesetzesform geschweißt wurden, die Erinnerung der RepublikanerInnen zum Leben erweckten. Im Folgenden wird die Bedeutung dieser Maß-

¹⁵⁹ Vgl. Ley 52/2007, Art. 20-22

¹⁶⁰ Vgl. El País (o.V.:01. Sept. 2007: o.S.).

nahmen erläutert und diskutiert. Zusätzlich sollen die Regierungsperioden unter Aznar und unter Zapatero bezüglich ihrer Gesetzgebung analysiert und verglichen werden.

6.3.1 „Das Gesetz der Erinnerung“: Ein Resumé

„Das Gesetz der Erinnerung“, stellt, trotz der verbreiteten Kritik, einen Meilenstein in der spanischen Vergangenheitspolitik, dar. Die Professorin Mirta Núñez Díaz-Balart spricht von einer radikalen Veränderung nicht nur im Vergleich zu der Vorgängerregierung Aznar sondern auch im Vergleich zu der sozialistischen Regierung unter Felipe Gonzalez¹⁶¹. Tatsache ist, dass viele wichtige Forderungen der Erinnerungsbewegung im Gesetzestext Berücksichtigung gefunden hatten. So wird beispielsweise die franquistische Diktatur als Unrechtsregime verurteilt, Reparationsleistungen auf bisher unberücksichtigte Opfergruppen ausgedehnt, der Zugang zu Dokumenten der franquistischen Zeit erleichtert, der Staat verpflichtet die Exhumierungsarbeiten aktiv zu unterstützen, Herrschaftszeichen des Franquismus entfernt, ein öffentliches Dokumentationszentrum errichtet und im *Valle de los Caídos* werden Veranstaltungen politischen Charakters verboten. So gesehen besteht kein Zweifel daran, dass das Gesetz ein Paradigmenwechsel in der spanischen Erinnerungspolitik darstellt.

Auf der anderen Seite hat die Kritik, die am Gesetz verübt wurde durchaus ihre Berechtigung. Der meist verbreitete Vorwurf an die Regierung Zapatero war der, dass es sich um ein verdünntes Gesetz handelt, zumal viele Vorhaben, im Text nicht vorhanden waren bzw. nicht in der gedachten Radikalität Berücksichtigung fanden. Professor de Andrés Sanz spricht von einem Gesetz mit einer minimalen Durchsetzungskraft:

*„Weil das „Gesetz der Erinnerung“ ein sehr verdünntes Gesetz ist. Man hat mit vielen großen Vorhaben angefangen, und Schritt für Schritt verlor man viel des ursprünglichen Inhalts... bezüglich der Opfer, der Verschwundenen, was zu tun mit dem „Tal der Gefallenen“, mit der Symbolik... Am Ende bleibt ein Gesetz mit minimaler Durchsetzung. Bei einigen Punkten wirkt sich das Gesetz negativer als vorher.“*¹⁶²

Auch wenn diese Sicht eine sehr negative ist, reflektiert sie in weiten Teilen die Problematik rund um das Gesetz. Der endgültige Text stellt das Ende einer langen Reihe intensiver und kontroverser Debatten dar. Die vielen Verzögerungen und die heftigen Diskussionen im Parlament bewirkten, dass vor allem die sozialistische Partei aber auch die *Partido Popular* Wählergunst verloren. Angesichts dieser Bedrohung wurden die Verhandlungen beschleunigt und Kompromisse geschlossen. Die endgültige Verabschiedung des Gesetzes bedeutet das

¹⁶¹ Vgl. Interview mit Prof. Núñez Díaz-Balart vom 28. Sept. 2009 S. 6.

¹⁶² Interview mit Prof. Jesús de Andrés Sanz vom 28. Sept. 2009 S. 1.

Ende der Diskussion. KritikerInnen sprechen von einer „verlorenen Chance“ da weder die PSOE noch die *Partido Popular* in näherer Zukunft das Thema auf die politische Agenda stellen würden. Daher folgt die Annahme, dass längerfristig, das Gesetz der Erinnerungsbe-
wegung mehr schaden als nützen könnte.

Professor de Andrés Sanz sieht vor allem die Problematik darin, dass die zu behandelten Ma-
terie zu groß und komplex sei um sie innerhalb eines einzigen Gesetzes bearbeiten zu können.
Die Regierung hat zu Beginn ihrer Amtszeit große Vorhaben angekündigt, die im Endeffekt
ihre Kapazitäten in einer Amtsperiode überschritten. Das Endprodukt zeigt, dass nur ein klei-
nerer Prozentsatz der gemachten Versprechen berücksichtigt wurde. De Andrés Sanz bedau-
ert, dass die Regierung keine einzelnen Dekrete zu jedem Forderungspunkt erlassen hatte
sondern den ganzen Themenkomplex mit einem Gesetz begegnete. Seiner Meinung nach kä-
me man so effizienter und simpler auf bessere Ergebnisse, die die Mehrheit der Betroffenen
zufriedenstellen könnten.

*„(...) alle Themen in ein Gesetz zu integrieren, weil es ist nämlich nicht nur ein Thema ist, es
sind viele – das „Gesetz der Erinnerung“ sind viele Thematiken unter einem Hut. Es sind die
Verschwundenen, die Ermordeten, die Symbolik, die Gefolterten... viele Themen unter ein und
demselben Hut, und das wäre nicht nötig gewesen. Man hätte das Problem mit einer Reihe
von einzelnen Dekreten lösen können, ohne den endlosen Diskussionen im Parlament. Man
hätte das Problem der Verschwunden mit einer finanziellen Unterstützung lösen können... das
wäre viel effektiver als große Versprechungen, wo am Ende keine Hilfe rausschaut. Am Ende
waren es viele Wörter, aber wenig Hilfestellungen...“¹⁶³*

Auch wenn das Gesetz einige Erwartungen erfüllen konnte sind die Einschätzungen des Pro-
fessors sicher zutreffend. Viele Bereiche der Thematik wurden im Gesetz nur sehr halbherzig
berücksichtigt. So verpflichtet man beispielsweise, die einzelnen Gemeinden dazu ihre fran-
quistischen Herrschaftszeichen zu entfernen, legt aber nicht fest, wie oder wann dies zu ge-
schehen hat bzw. welche Konsequenzen jemandem drohen der sich dieser Verordnung ver-
weigert. Des Weiteren legt das Gesetz nicht fest wie der Staat genau bei den Exhumierungs-
arbeiten unterstützend eingreifen soll. Soll eine Kommission gegründet werden, die sich die-
sen Belangen widmet, oder beschränkt man sich nur auf finanzielle Mittel? Diese und ähnli-
che Fragen werden im Text nicht erläutert.

Komplett ausgeblieben ist ein Implementierungsplan, der dafür Sorge tragen könnte, dass alle
beschlossenen Maßnahmen auch tatsächlich in Kraft gesetzt werden. Auch wurden keine Fris-

¹⁶³ Interview mit Prof. Jesús de Andrés Sanz vom 28. Sept. 2009 S. 4.

ten gesetzt, die eine rasche Implementierung garantieren könnten. Bis Mitte des Jahres 2008 sind noch keine eindeutigen Zeichen zu erkennen, die auf eine Umsetzung hindeuten könnten. Auf Anfrage der Tageszeitung ABC, ließ etwa das Justizministerium verlautbaren, dass es sich erst in einem Jahr den übertragenen Aufgaben widmen könnte.

Trotz aller Kritik stellt das „Gesetz der Erinnerung“ ein Unikum in der spanischen Gesellschaft dar. Welche Auswirkungen hat das Gesetz auf die spanische Gesellschaft im Allgemeinen und auf die spanische Vergangenheitspolitik im Besonderen? Wie kann man aus heutiger Sicht die Gesetzgebung bewerten? Die Verabschiedung so einer Gesetzgebung ist in der spanischen Gesellschaft deshalb einzigartig, weil erstmalig die Vergangenheit auf der juristischen Ebene im großen Umfang aufgearbeitet wurde. Die Tatsache, dass die Belange der republikanischen Nachkommen auf der politischen Bühne behandelt wurden, zeigt eine entschiedene Entwicklung innerhalb der spanischen Gesellschaft. Das „kollektive Vergessen“ aus der Transition bzw. das freiwillige Verdrängen der eigenen Geschichte, wurde durch das Engagement der Zivilgesellschaft aufgehoben. Dadurch entsteht eine *„konkurrierende Erinnerungserzählung im Spannungsfeld der Erinnerungskonstruktion“*¹⁶⁴, um mit den Worten Oliver Marcharts zu sprechen. Der offizielle Erinnerungsdiskurs der Transition wurde durch die Erinnerung der republikanischen Seite herausgefordert. Dies stellt einen sehr revolutionären Wechsel im spanischen Vergangenheitsdiskurs dar.

6.3.2 Die Rolle der *Partido Popular*

In der Gedächtnisforschung ist es weitgehend anerkannt, dass vergangenheitspolitische Aktivitäten sich positiv auf die demokratische Konsolidierung eines Gemeinwesens auswirken. Alte Konfrontationen werden überwunden, Opfer entschädigt und Wunden geheilt. Ziel muss es sein einen überparteilichen und allgemein gültigen Konsens über die Interpretation der jüngeren Vergangenheit zu erreichen. Nur so können Traumata verkraftet und Konflikte bereinigt werden. Funktionierende Vergangenheitsarbeit schafft, in der Theorie, Vertrauen in die Mitmenschen und in den Staat als Repräsentant der eignen Identität.

Wie schaut die Situation in Spanien aus? Der Umstand, dass das Gesetz in geschwächter Form das Parlament passieren konnte erschwert die Aussichten auf eine Weiterführung der bisherigen Entwicklungen. Wie man gesehen hat, kam es innerhalb der spanischen Gesellschaft eher zu einer Verschärfung der pol. Konfrontationen als zu der gewünschten Atmo-

¹⁶⁴ Gerbel (Hg.), Transformationen gesellschaftlicher Erinnerung, S. 13.

sphäre der Eintracht und Übereinstimmung. Dies zeigt, dass eine allgemein geteilte Erinnerungskonstruktion noch nicht in das kollektive Gedächtnis Spaniens Einzug gefunden hat.

Interessant in dieser Debatte ist die Rolle der *Partido Popular*, sowohl in der Regierung als auch in der Opposition. Es ist offenkundig, dass das bürgerlich-konservative Lager sich wohl aus prinzipiellen Gründen einer Vergangenheitsarbeit verweigert. Doch woher kommt das hartnäckige Festhalten an ihrer Blockadepolitik? Was verspricht sich die Volkspartei von dieser Policy? Wie schon bereits an anderer Stelle erwähnt, ist es für die *Partido Popular*, als unmittelbare Nachkommen des Franco-Establishments, problematisch den Geschichtsnarrativ der Transition durch einen konkurrierenden Diskurs zu gefährden. Die Anerkennung der republikanischen Erinnerungskonstruktion, würde die Legitimierung der eigenen Identität in Frage stellen. Mit der abermaligen Wahlbestätigung im Jahr 2000, konnte sich die Volkspartei, auf einem sicheren Sieg ausruhen und musste nicht, durch Zurückhaltung, politische Neutralität unter Beweis stellen. Auch wenn die Mehrheit ihrer Anhänger sich in der politischen Mitte wiederfand, war es für die Volkspartei unmöglich dem Kurs der Opposition Folge zu leisten und den Gesetzesinitiativen zuzustimmen. Zudem konnte man offenkundig erzkonservative und katholische Kreise gezielt ansprechen ohne herbere Sympathieverluste in der politischen Mitte fürchten zu müssen. Nur durch internationalen Druck wurde der Gesetzesentwurf 2002 mit den Stimmen der PP vom Parlament verabschiedet und als endgültiges Zugeständnis an die Erinnerungsbewegung gefeiert.

In der Opposition hatte die *Partido Popular* eine Reihe von Gründen um die Politik der Regierung zu blockieren. Die Tatsache, dass sie bei den Wahlen 2004 eine vermeintlich unverdiente Wahlniederlage erlitten hatten, führte dazu, dass die Parteispitze gegen die Regierung eine Frontalopposition führte. Neben der Vergangenheitspolitik, und anderen sozialpolitischen Themen war die Bewältigung der islamistischen Terroranschläge vom 11. März 2004 einer der Hauptstreitpunkte. Man warf der Regierung die Instrumentalisierung der Anschläge vor und verurteilte die Antiterrorpolitik Zapateros; auch im Bezug auf die baskische Separatistenorganisation ETA. Ein wichtiger Verbündeter der Opposition war der „Verband der Opfer des Terrorismus“ (*Asociación de Víctimas del Terrorismo, AVT*), Hauptvertreter der Opfer der baskischen Terroranschläge und der Madrider Anschläge. Dem Verband war es gelungen durch mediale Präsenz und ideologische Parteieinnahme „ein wichtiges Feld zu besetzen und

*gleichsam als asymmetrische Antwort auf die Opferrhetorik der Erinnerungsbewegung das moralische Kapital der Opfer des Terrorismus für das konservative Lager zu aktivieren.“*¹⁶⁵

Auf der anderen Seite schaltete sich die katholische Kirche als weiterer Akteur in die Debatte ein. Mit dem Blick auf die Pläne der Regierung kritisierten die Bischöfe Spaniens, dass eine „Instrumentalisierung der historischen Erinnerung mit selektivem Geist“ statt finde, die alte Wunden aufreißt¹⁶⁶. Am 28. Oktober 2008 fand in Rom die Seligsprechung von 498 „Märtyrern des 20. Jahrhunderts“ statt; fast ausschließlich Opfer der religiösen Verfolgungen während des Bürgerkriegs. Zusätzlich könnte die Gefahr, die Erinnerung an die eigenen Opfer würde in Vergessenheit geraten, einen weiteren Antriebsfaktor für die katholische Kirche dargestellt haben.

6.3.3 Zwei Großparteien im Vergleich

Aus den vorangehenden Kapiteln kristallisieren sich zwei Hauptpunkte heraus, die die Unterschiede bzw. die Gemeinsamkeiten zwischen der sozialistischen und der konservativen Partei im Bezug auf ihre Vergangenheitspolitik/Gesetzgebung veranschaulichen:

6.3.3.1 Öffentlichkeit vs. Privatheit

Wie schon aus früheren Kapiteln bekannt ist, bekommt die Erinnerung der republikanischen Erfahrung im Bürgerkrieg bzw. während Franco-Diktatur, Anfang dieses Jahrhunderts, einen öffentlichen Charakter. Angefangen mit dem Aufkommen der Erinnerungsbewegung und den Initiativen der PSOE wurde das Gedächtnis der Kriegsverlierer aus der schweigsamen privaten Sphäre auf die öffentlich politische Ebene erhoben. Das soziale Gedächtnis innerhalb einer Familie wird zum kulturellen Gedächtnis einer Gesellschaft und versucht sich als hegemonale Erinnerungskonstruktion zu etablieren. Grundsätzlich ist es die sozialistische Partei, die unter anderem diese Entwicklung zu verantworten hat, zumal sie sich als Repräsentantin der republikanischen Nachkommen versteht. Im Gegenzug dazu, versucht die Volkspartei die Erinnerung der ehemaligen politischen Gegner in der Privatheit der Familie zu belassen. Das Familiengedächtnis ist, wie man aus der Theorie weiß, nur sehr kurzlebig und bewegt sich innerhalb von drei Generationen. Die Verdrängung der konkurrierenden Vergangenheitskonstruktion in die Privatheit ist für die Volkspartei, klarerweise, ein Vorteil, nicht zuletzt deshalb, weil die Erinnerung mit dem natürlichen Aussterben der Zeitzeugengeneration, in Ver-

¹⁶⁵ Bernecker/Brinkmann, Kampf der Erinnerungen, S. 345.

¹⁶⁶ Vgl. El País (o.V.:27. April 2007: o.S.).

gessenheit gerät. Die Vergangenheitskonstruktion der Kriegsgewinner wäre somit gleich der offiziellen Betrachtungsweise der historischen Erfahrung.

Hinzu kommt noch ein essentieller Akteur- die Zivilgesellschaft. Dreißig Jahre nach dem Tod des Diktators formiert sich eine Erinnerungsbewegung, die der Erinnerung der republikanischen Opfer ein neues Gehör verschafft. Im Kampf gegen das „Vergessen“ werden die Belange der Opfer Belange des Parlaments. Die sozialistische Partei reagiert auf die Aktivitäten der Erinnerungsbewegung initiativ und präsentiert sich als Verteidigerin ihrer Anliegen. Es besteht kein Zweifel darüber, dass politisches Kalkül wesentlich bei der Motivation der Partei eine Rolle spielt. Abgesehen davon, dass die PSOE den eigenen Mitgliedern die Aufarbeitung ihrer Geschichte schuldig ist, erkannte sie die einmalige Chance aus dieser Verpflichtung politisches Kapital schlagen zu können. Daraus ergibt sich die, teilweise fast übertriebene, Polemik mit der die spanische Linke sich der Problematik stellte. Aus dieser Perspektive, war das Resultat, das „Gesetz der Erinnerung“, deshalb eine Enttäuschung, weil die Erwartungen die tatsächlichen Maßnahmen weit überragten.

6.3.3.2 Initiativ vs. statisch

Vorausgesetzt der oben erwähnten Annahmen ist es nicht verwunderlich, dass sich die sozialistische Partei als die treibende Kraft in der Vergangenheitspolitik präsentiert. In der Opposition präsentiert sich die sozialistische Partei als der Garant des Wandels, indem sie durch vermehrte Gesetzesinitiativen, die *Partido Popular* von einer anderen Vergangenheitspolitik überzeugen will. Auf der anderen Seite bleibt die Volkspartei hartnäckig auf ihrem Standpunkt sitzen zumal, sie sich durch jegliches Infrage stellen der Werte der Transition, in ihren Grundfesten bedroht fühlt. Internationaler Druck sowohl bei der Gesetzesinitiativen 2002 und 2007 führt dazu, dass manche Punkte im Gesetzestext von Teilen der *Partido Popular* Zustimmung finden. Die konservative Partei präsentiert sich im Gegenzug zu ihrem Kontrahenten als eher statische Fraktion, die sich an althergebrachten Werten festhält und den Wandel fürchtet.

Für die Entwicklung der Zivilgesellschaft waren beide Parteien ausschlaggebend. In den Anfängen formierte sich die zivilgesellschaftliche Bewegung unter anderem als Reaktion auf die Radikalisierung der konservativen und rechtsgerichteten Politik. Die PSOE schaffte es im späteren Verlauf sich an die Speerspitze der Bewegung zu setzen und den Forderungen der Zivilgesellschaft ein politisches Sprachrohr zu verleihen.

Bezüglich der vergangenheitspolitischen Gesetzgebung ist den beiden Großparteien nicht viel gemein. Wie schon oben erwähnt ist die Linke in diesem Fall eher die treibende Kraft während die Rechte in einer statischen Position verweilt. Ähnlichkeiten zeigen beide Parteien durch die Radikalisierung ihrer Standpunkte. Im Gegenzug zu den Jahren unmittelbar nach dem Tod des Diktators, die durch Versöhnungspolitik gekennzeichnet waren, wurde das letzte Jahrzehnt durch eine Polarisierung der Standpunkte geprägt. Dies führte ebenfalls dazu, dass das Gesetz nicht in der gewünschten Fassung verabschiedet wurde. Auf der anderen Seite werden Zugeständnisse von beiden Seiten an den Gegner erteilt, aus Angst vor größeren Sympathieverlusten. Innerhalb der Anhängerschaft beider Parteien kommt es darauf hin zu internen Spaltungen und Grundsatzdiskussionen, die die Fundamente der Parteien in Frage stellen.

7 Conclusio

Meine Fragestellung und die dazugehörigen Arbeitshypothesen bezogen sich auf die Rolle der sozialistischen wie der konservativen Parlamentspartei in der spanischen Erinnerungspolitik. Im Zentrum steht der Vergleich zwischen der Regierungsperiode José Maria Aznars (1996-2000) und der José Luis Rodríguez Zapateros (2000-2004) bezüglich ihrer Vergangenheitspolitik. Ich ging davon aus, dass der grundsätzlich unterschiedliche Zugang der beiden Großparteien zur Vergangenheit einer der Hauptgründe für den problematischen Umgang mit der jüngsten Geschichte in Spanien darstellt. Mein Ziel war es, wie sich diese Tatsache auf die Entwicklung der spanischen Vergangenheitspolitik (1996-2008) auswirkte, zu untersuchen. Hierbei wurden die Unterschiede bzw. Gemeinsamkeiten der beiden Regierungsperioden sichtbar gemacht und auf ihre Ursachen her untersucht.

Im Zuge der letzten Kapitel hatte ich versucht, die zu Anfang aufgestellten Arbeitshypothesen, auf ihre Richtigkeit bzw. Unrichtigkeit hin zu prüfen. Dabei hatte ich mich zunächst dem Themengebiet der spanischen Identitätsbildung (im Allgemeinen) nach dem Tod des Diktators zugewandt. Dies ist insofern essentiell, da die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung auf den speziell spanischen Sonderfall basieren und nur anhand dessen zu erklären sind. Die zentralen Fragestellungen orientieren sich an der Annahme, dass die verschiedenen Erinnerungskonstruktionen, die in der politischen Öffentlichkeit aneinanderprallen anhand der spezifisch spanischen Geschichte zu erklären sind. In weiterer Folge hatte ich mich der Erinnerungspolitik bzw. Vergangenheitspolitik (Aktivitäten zur Rehabilitation der Opfer aus Bürgerkrieg und Diktatur, der Umgang mit dem franquistischen Erbe etc.) der PP und der PSOE in der Regierung sowie in der Opposition genauer zugewandt. Dadurch wurde der Einfluss der Zivilgesellschaft auf die jeweilige Erinnerungspolicy sichtbar. Durch den Vergleich, anhand der Vergleichsvariable staatliche Erinnerungspolitik, wurden Unterschiede und Gemeinsamkeiten der beiden Regierungsparteien im Bereich Erinnerung ersichtlich. Zum Schluss lag der Fokus auf der Gesetzgebung und zeigte in welchem Ausmaß jede Regierungspartei Forderungen der Zivilgesellschaft in juristischer Form verankerte. Dabei wurde besonderes Augenmerk auf die Entwicklung hin zum „Gesetz der Erinnerung“ 2007, gelegt. Die dem Gesetz vorausgehenden Debatten machen die Komplexität der Thematik ersichtlich und zeigen die Konflikte innerhalb der spanischen Gesellschaft bezüglich der Problematik auf.

Im Dienste der Aufarbeitung der Bürgerkriegs- und Diktaturerfahrungen in Spanien zeigte die Untersuchung, dass die Regierung unter José Luis Rodríguez Zapatero, einen größeren Bei-

trag leistete. Die Tatsache, dass die PSOE in diesem Bereich mehr bewirkt hatte, hat folgende Gründe:

Zum einen spielt der Zeitgeist der zu Anfang der Legislaturperiode Zapateros geherrscht hatte für das große Engagement der Regierung eine wesentliche Rolle. Wie schon erwähnt, herrschte sowohl in der Wissenschaft als auch in innerhalb der internationalen Gemeinschaften großes Interesse für die Vergangenheitspolitik post-diktorialer Staaten im Allgemeinen und für den spanischen Fall in Besonderen. Der externe Druck auf die spanische Politik ist ausschlaggebend für das Wiederbeleben der Erinnerung Anfang dieses Jahrhunderts. Beispiele dafür sind die öffentliche Verurteilung der Franco-Diktatur seitens des europäischen Parlaments im Juli 2006 oder das Schreiben der UNO an die spanische Regierung, zwecks der so genannten „Verschwundenen“, im Jahr 2002.

Seit dem Jahr 2000 formierte sich eine rege Erinnerungsbewegung mit konkreten Forderungen an die politischen Verantwortlichen. Das politische und soziale Erbe des Franquismus wurde, durch die Aktivitäten der zivilgesellschaftlichen Akteure, zum Gegenstand nationaler wie internationaler Aufmerksamkeit. Diesen Umstand nützte die sozialistische Partei um gegen den politischen Gegner, die PP, oppositionelle Politik zu betreiben. Die sozialistische Partei präsentierte sich als Verteidigerin der Erinnerungsbewegung in der Opposition und folglich in der Regierung. Auf regelmäßiger Basis wurden Gesetzesinitiativen, die den Staat zur Verantwortung gegenüber der Geschichte in die Pflicht nehmen sollte, von der Opposition eingebracht. Diese dienten als Druckmittel gegen die PP und stellten somit die politische Waffe der PSOE dar. Die Blockadepolitik der konservativen Regierung gegenüber den Forderungen der Erinnerungsbewegung förderte die Unterstützung der AkitvistInnen für die sozialistische Partei. Der Amtsantritt Zapateros wurde mit hohen Erwartungen begleitet. Die Gründung der interministeriellen Kommission, die Ernennung des Jahres 2006 als „Jahr der Erinnerung“ oder die Präsentation des Gesetzesentwurfs zeigen eine engagierte Politik der Regierung Zapateros. Die Tatsache, dass politisches Kapital aus der Materie zu schlagen war darf bei der Analyse der Motivation Zapateros nicht fehlen.

Des Weiteren bildet der Umstand, dass die sozialistische Partei sozusagen die Nachkommen der republikanischen Seite repräsentieren, Teil der Beweggründe Zapateros. In Opposition zu einer herrschenden Erinnerungskonstruktion bewirkt Zapatero, als Speerspitze der Erinnerungsbewegung, die Integration der republikanischen Deutung der Vergangenheit in das, wie es Aleida und Jan Assmann definieren, kulturelle Gedächtnis. Somit sagt er den Werten der

Transition - die gleichverteilte Schuld auf beide Seiten – den Kampf an. Zapatero präsentiert auf der parteipolitischen Ebene eine „konkurrierende Erinnerungskonstruktion“, die er in nationales Gesetz zu gießen versucht. Infolgedessen kann man von einer Verpflichtung sprechen, die Zapatero gegenüber dem republikanischen Erbe eingegangen ist. Es ist die Verpflichtung gegenüber der eigenen Geschichte, zumal die sozialistische Partei in den republikanischen Milizen integriert und während der Diktatur unterdrückt wurde.

Auf der anderen Seite spielt die konservative Partei ebenfalls eine wesentliche Rolle im „Kampf der Erinnerungen“. Als Hüterin der aus der Transition hergebrachten Werte, Vorstellungen und Vergangenheitsdeutungen, wird die konservative Partei durch die Aktivitäten der Erinnerungsbewegung auf die Probe gestellt. Ihr geht es dabei um die Bewahrung der eigenen Daseinsberechtigung. Oder wie Günther Sandner schreibt, *„Den politischen Eliten als Deutungseliten einer Gesellschaft, die das konstitutive Ensemble von grundlegenden Vorstellungen, Normen, Werten und Symbolen definieren, kommt hier besondere Bedeutung zu, sie verfügen über symbolisches Kapital und ringen um kulturelle Hegemonie,“*¹⁶⁷. Die PP stellt sich somit dem Kampf gegen oppositionelle Ideen der Erinnerungsbewegung und der linken Parteien. Es erscheint paradox, dass während der Legislaturperiode Aznar, die zivilgesellschaftliche Bewegung ihren Höhepunkt an Zuspruch, Aktivitäten, Mitgliedern etc. aufweisen konnte als in Zeiten der sozialistischen Amtsperiode. Professor Jesús de Andrés Sanz spricht ebenfalls davon, dass die Erinnerungsbewegung, obwohl in ihrem Tun und Handeln eingeschränkt, während der PP-Regierung ein hohes Maß an Erfolge erzielen konnte¹⁶⁸. Somit kann behauptet werden, dass die Existenz einer „konkurrierenden Erinnerungserzählung“ für die Entwicklung der Aufarbeitung der jüngsten Geschichte durchaus förderlich war und ist.

Von dem Gesagten abgesehen ist es natürlich nicht zu missachten welchen Beitrag die PP zur Aufarbeitung der eignen Vergangenheit leistete. Die Ehrung der Opfer religiöser Verfolgung ist nur ein Beispiel für die Verarbeitung der eigenen Traumata. Nicht anders als bei der PSOE, versucht man aus den Fragen der Vergangenheit politisches Kapital zu schlagen. Der Verweis auf eine gemeinsam erlittene Geschichte bewirkt ein Gefühl der Gemeinschaft innerhalb der politischen Anhängerschaft. Des Weiteren ist die Radikalisierung der konservativen Partei und der Erfolg rechtsgerichteter Autoren Anfang dieses Jahrhunderts, durch die oben beschriebene Vergemeinschaftung zu erklären. Sozusagen als Reaktion auf die sich formierende

¹⁶⁷ Sandner, Hegemonie und Erinnerung, S. 11.

¹⁶⁸ Vgl. Interview mit Prof. Jesús de Andrés Sant vom 28. Sept. 2009 S. 1.

Erinnerungsbewegung, werden innerhalb der konservativen Partei oppositionelle Ideen stärker.

Dies vorausschickend, hatte und hat die Zivilgesellschaft in Spanien einen beträchtlichen Einfluss auf die Entwicklung der konservativen wie der sozialistischen Partei. Mit der Zivilgesellschaft sind sowohl die Erinnerungsbewegung, die politische Anhängerschaft beider Parteien als auch rechtsgerichtete bzw. revisionistische Autoren und Persönlichkeiten gemeint. Sie ist der Motor der spanischen Erinnerungspolitik. Sie brechen das Schweigen und machen delicate Thematiken zum Gegenstand der spanischen Öffentlichkeit. Dadurch provoziert die Zivilgesellschaft die entsprechenden Reaktionen der Großparteien und stellt die Weichen für die politischen Auseinandersetzungen bzw. für den „Kampf der Erinnerungen“.

Darin liegt die Gemeinsamkeit der beiden Großparteien. Beide Parteien versuchen mit dem Aufkommen der Zivilgesellschaft politisches Kapital für die eigene Klientel zu schlagen. Beide Parteien kreieren so das Identitätsgefühl ihrer Anhängergemeinschaft, und zielen darauf die Wählerschaft zu festigen. Im Zuge der kontroversen Auseinandersetzungen, vor allem bezüglich der Gesetzesinitiativen zur Vergangenheitspolitik, verlieren beide Parteien an Zuspund und sehen sich dazu gezwungen dem politischen Gegner in gewissen Punkten Zugeständnisse zu machen.

Abschließend ist zu sagen, dass auch mit dem „Gesetz der Erinnerung“ der Prozess hin zu einer einheitlichen Linie bezüglich der jüngeren Vergangenheit noch lange nicht abgeschlossen ist. Nach wie vor provoziert das Thema im heutigen Spanien emotionalisierte und polemische Debatten. Paradoxerweise wurden die Aussichten auf einen Erinnerungskonsens bzw. auf eine einheitlich geteilte Auffassung der jüngsten Vergangenheit durch das letzte Jahrzehnt eher erschwert als erleichtert. Die Verabschiedung des Reparationsgesetzes führte dazu, dass das Kapitel auf nicht absehbarer Zeit abgeschlossen wurde. Die Wahrscheinlichkeit für eine weitere Behandlung der Thematik seitens einer Regierung, gleich welchen Couleur's, ist verschwindend gering. Es lässt den Schluss zu, dass eine kritische Aufarbeitung der Geschichte nur mit der Verschärfung der Positionen einhergehen kann. Dieses Resultat lässt darauf schließen, dass ein (Be)schweigen der Erinnerungen für die spanische Gesellschaft förderlicher gewesen wäre. Auf der anderen Seite kann man die positiven Effekte des „Brechen des Schweigens“ nicht ignorieren. Ohne Zweifel ist, dass das Reparationsgesetz und die vorhergehenden Debatten einen Paradigmenwechsel im offiziellen Umgang mit der jüngsten Vergangenheit darstellen. Zur Diskussion standen Themen, die noch vor zwei Jahrzehnten kein Gehör auf der politischen Bühne gefunden hätten.

Auch wenn die tatsächlichen Auswirkungen des Gesetzes nicht in der Form passieren wie es den Erwartungen der Erinnerungsbewegung entsprechen würden, ist die Tatsache, dass ein Text, der in seiner Form sehr revolutionär ist, vom Parlament verabschiedet wurde, ein großer Schritt für die spanische Erinnerungspolitik.

8 Literatur- und Quellenverzeichnis

- Aguilar Fernández, Paloma (2008): *Memory and Amnesia. The role of the Spanish Civil War in the transition to democracy*, New York.
- Aguilar Fernández, Paloma/Humblebaek, Carsten (2002): *Collective Memory and National Identity in the Spanish Democracy. The legacies of Francoism and the Civil War*. In: Rein, Raanan (Hrsg.) *History and Memory. Studies in Representation of the Past*. (Bd. 14, H. 2) S. 121-165.
- Armengou, Montse/Belis, Ricard (2006): *Las fosas del silencio. ¿Hay un holocausto Español?* Barcelona.
- Assmann, Aleida (2006): *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*, München.
- Assmann, Jan (1997): *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*, München.
- Assmann, Jan/Hölscher, Tonio (1988): *Kultur und Gedächtnis*, Frankfurt am Main.
- Bannasch, Bettina(Hrsg.) (2005): *Erinnern und Erzählen. Der Spanische Bürgerkrieg in der deutschen und spanischen Erzählliteratur und in den Bildmedien*, Tübingen.
- Berger, Peter L./Luckmann, Thomas (2000): *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*, Frankfurt am Main.
- Bernecker L, Walther(1997): *Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg*, München.
- Bernecker L, Walther/ Brinkmann, Sören (2008): *Kampf der Erinnerungen. Der Spanische Bürgerkrieg in Politik und Gesellschaft 1936-2008*, Bremen.
- Bernecker L, Walther/ Seidel Collado, Carlos(Hrsg.) (1993): *Spanien nach Franco. Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie 1975-1982*, München.
- Bernecker L, Walther/Dirscherl, Klaus (2004): *Spanien Heute. Politik, Wirtschaft, Kultur*, Frankfurt am Main.
- Bernecker L., Walther (1991): *Krieg in Spanien 1936-1939*, Darmstadt.
- Bock, Petra(Hrsg.) (1999): *Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich*, Göttingen.
- Calamai, Marco/Garzia, Aldo (2005). *Zapatero. El mundo de los ciudadanos*, Madrid, S. 57.

- Cuesta Bustillo, Josefina (2007): The levels of memory. Generational, “Contemporary”, Succession and Transfer in Spain (1931-2006). In: Hispania Nova. Revista de Historia Contemporánea, H.7, S. 2f.
- Cuesta, Josefina (2008): La odisea de la memoria. Historia de la memoria en España Siglo XX, Madrid.
- De Andrés Sanz, Jesús (2006): Los símbolos y la memoria del franquismo. Estudios de Progreso, Fundación Alternativas, H. 23. Madrid.
- Duch Plana M. (2002) Toponimia franquista en democracia. In: Forcadell, Carlos/Frías, Carmen/Peiró, Ignacio/Rújula, Pedro (Hrsg.) Usos Públicos de la Historia. VI Congreso de la Asociación de Historia Contemporanea, Bd. 1, Zaragoza.
- Elordi, Carlos (2003). Los Años difíciles. **Hoy** Por Hoy, Valencia.
- Erll, Astrid (2005): Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. Eine Einführung, Stuttgart/Weimar.
- Eslava Galán Juan (2005): Una Historia de la Guerra Civil que no va a gustar a nadie, Barcelona.
- Flacke, Monika (Hrsg.) (2001): Mythen der Nationen. Ein europäisches Panorama, München.
- Fouce, José Guillermo (2007): Lucha por los Derechos Humanos y la Justicia Histórica en la España del Siglo XXI. In: Revista Electrónica de Intervención Psicosocial y Psicología Comunitaria, H. 2, Nr. 1 u. 2.
- Gerbel, Christian/ Lechner, Manfred/C.G. Lorenz, Dagmar/ Marchart, Oliver/ Öhner, Vrääh/ Steiner, Ines/Strutz, Andrea/Uhl, Heidemarie (Hrsg.) (2005): Transformationen gesellschaftlicher Erinnerung. Studien zur „Gedächtnisgeschichte“ der Zweiten Republik, Wien.
- Gómez López-Quñones, Antonio (2006): La guerra persistente. Memoria, violencia y utopía ; representaciones contemporáneas de la Guerra Civil española, Madrid. _
- Glück, Doris (2007): Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur in Osteuropa und/durch Musealisierung mit den Fallbeispielen von Statuenparks: Grutas Parkas in Litauen, Szoborpark in Ungarn und dem Statuenpark in Moskau, Unveröffentlichte Diplomarbeit, Wien.
- Halbwachs, Maurice (2006): Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen, Frankfurt am Main.

- Juliá, Santos (Hrsg.) (2004): Víctimas de la guerra civil. Una aportación imprescindible a un debate que sigue abierto, Madrid.
- Kriz, Jürgen/Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.) (1994): Politikwissenschaftliche Methoden. (Lexikon der Politik Bd. 2), München.
- Moreno, Francisco (2004): La represión en la posguerra. In: Juliá, Santos (Hrsg.) Víctimas de la guerra civil. Una aportación imprescindible a un debate que sigue abierto , S. 275-395.
- Noetzel, Thomas (2006): Erinnerungsmanagement. Von Der Vorgeschichte zur Geschichte. In: Landkammer, Joachim/Noetzel, Thomas/Ch. Zimmerli, Walther(Hrsg.) Erinnerungsmanagement. Systemtransformation und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich, München, S. 15-23.
Online unter: www.hispanianova.rediris.es
- Orwell, George(1938): Mein Katalonien, London.
- Sandner, Günther (2001) Hegemonie und Erinnerung: Zur Konzeption von Geschichts- und Vergangenheitspolitik, In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 30(1), Wien/Salzburg, S. 5-17.
- Schauff, Frank (2006): Der spanische Bürgerkrieg, Göttingen.
- Schuch, Ulrike (2002) Die Sprachpolitik des Partido Popular nach den Wahlen von 1996. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Wien.
- Seidel Collado, Carlos (2001): Der Spanische Bürgerkrieg. Geschichte eines europäischen Konflikts., München.

Quellenverzeichnis

- Bildquelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Spanischer_B%C3%BCrgerkrieg
- Bildquelle:
http://www.greatarchaeology.com/Archa_monument_review.php?archaeological_monument=Valle_de_los_Caidos
- Homepage der Organisation Asociación para la Recuperación de la Memoria Histórica- kurz ARMH: www.memoriahistorica.org/
- Homepage der spanischen Judikative: <http://noticias.juridicas.com>
- Homepage des „Erinnerungsforums“: www.foroporlamemoria.info
- Interview mit Prof. Jesús de Andrés Sant vom 28. Sept. 2009, Madrid.
- Interview mit Prof. Núñez Díaz-Balart vom 28. Sept. 2009, Madrid.
- Tageszeitung Diario Ya: www.diarioya.es
- Tageszeitung die Süddeutsche Zeitung: www.sueddeutsche.de
- Tageszeitung El Mundo: www.elmundo.es
- Tageszeitung El País: www.elpais.es
- Tageszeitung The Guardian: www.theguardian.co.uk
- Wochenzeitschrift der Spiegel: www.spiegel.de

Abstract

„Der spanische Bürgerkrieg aus der Sicht der heutigen spanischen Gesellschaft: Vergleich der Regierungsperiode José Maria Aznar (1996-2004) mit der von José Luis Rodríguez Zapatero (2004-2008)“

Der Gegenstand dieser Arbeit ist in erster Linie der Umgang des aktuellen Spaniens mit dessen historischen Erbe aus Bürgerkrieg und Diktatur. Es wurden die vergangenheitspolitischen Aktivitäten zweier Regierungsperioden miteinander verglichen- zum einen die konservative Regierung unter José Maria Aznar (1996-2004) und zum anderen die sozialistische unter José Rodríguez Zapatero (2004-2008). Anhand einzelner Vergleichsvariablen wurden Unterschiede und Gemeinsamkeiten erörtert, die Gründe dafür analysiert und eine allgemeine Bewertung des vergangenheitspolitischen Beitrags der jeweiligen Regierung diskutiert. Der Fokus lag bei der parteipolitischen Ebene im Wechselspiel mit den Aktivitäten der spanischen Zivilgesellschaft.

The aim of this essay was to examine the current Spanish policies towards its fratricidal past. The research question focused on a comparison of two governments (first led by the conservative Prime Minister José Maria Aznar (1996-2004) and second by the socialist leader José Luis Rodríguez Zapatero (2004-2008)) in terms of their contribution to overcoming the nation's traumas. According to a set of variables the differences and similarities between the two governments were shown, analyzed and evaluated. The paper concentrated on the policies of the ruling parties in relation to the activities of the Spanish civil society.

Lebenslauf

Laura Lassar

Geb. Datum und – Ort: 26. 10. 1984, Wien

Familienstand: ledig

Staatsbürgerschaft: Österreich

Ausbildung:

1995-2001 **Vienna Internaional School**

2001-2003 **AHS Anton-Krieger Gasse**

Ab 2003 **Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien**

Ab 2005 **Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Wien**

2006/07 **Erasmusjahr an der Universidad de Cantabria (Santander/Spanien)**

Sprachen:

Deutsch

Englisch

Spanisch